Stenographischer Bericht

űber die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Vierundzwanzigste öffentliche Sigung

Nr. 24 Mittwoch, den 16. Juli 1947 I. Ban			
	eite	Bericht des Präsidenten über den Fortgang der Wiederherstellungsarbeiten im Maximilianeum. Fortsegung der Aussprache zu den Darlegungen des Wirtschaftsministers vom 26. Juni 1947 und der Interpellation Dr. Schlögl, Dr. Horlacher und Genossen. Redner:	
Redner: Sagen Lorenz (SPD) [Berichterstatter] . 7 Lau (CSU)	443 444 445 446 446 447 447	Stinglwagner (CSU) [zur Geschäfts- ordnung]	
Weidner (FDP) [besgleichen] . 74 (Die Beratung des Gegenstandes wird zurückgestellt.) Wahlen nach § 4 des Versassungsgerichtshof= gesches (werden zurückgestellt)	49 49 54	Bermendung von Flüchtlingen als Land- arbeiter (Beilage 341), c) Dr. Probst und Genossen betreffend Ge- mährung von Zuwendungen auch an pen- sionsreise Beamte und Hinterbliebene ehe- maliger Beamter, Angestellter und Arbeiter aus Flüchtlingskreisen (Beilage 395), d) Dr. Probst betreffend Pssege des schlesischen und sudetendeutschen Kulturguts im Unter- richt an den Bolks- und Oberschulen (Bei- lage 396). Redner: Berger Aupert (CSU) [Berichterstatterzua] 785 -Rosse (WUR) [Berichterstatterzual] 786 Schesbed (CSU) [Berichterstatterinzual] 786 (Die Beratung der Gegenstände wird abgebrochen.)	
Dr. Dehler (FDP)	58 60 (Mtl	laß des von der Fraktion der WÜV zurück- gezogenen Abgeordneten Meißner 787 (Die Sipung wird unterbrochen.)	

Fortsetzung der Aussprache zum Mündlichen Be- richt des Ausschusses für Flücktlingsfragen zu den oben unter a—d bezeichneten Anträgen:	Seite	nahmen zur Berhütung von Hochwasserschäden und Behebung der Hochwasserschäden an der Bils (Beilage 425).
Redner:		Redner:
Mary (SPD)	788 788	Bidleder (CSU) [Berichterstatter] 796
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staats- haushalt zum Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Kürzung der Grund- gehälter und Diätensäge für Lehrerinnen (Bei-		Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozial- politik zum Antrag der Abgeordneten Dr. Korff und Genossen betreffend Arbeitsbeschaffung für die wurzellos gewordene Jugend (Beilage 526)
lage 424).		Mündlicher Bericht des Ausschusses für den
Rebner: Dekn (CSU) [Berichterstatterin]	789	Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen betreffend übernahme der Städtischen Oberrealschule Füssen durch den Staat (Beilage 426).
fassungsfragen zum Enwurf zweier Verordenungen über die Wiedereinführung der Schwur-		Redner:
gerichte (Beilage 474).		Baumeister (CSU) [Berichterstatter] 797 Dr. Stang (CSU) 798
Rebner: Dr. Dehler (FDP) [Berichterstatter] (Aber den Gegenstand wurde wiederholt abgestimmt; siehe unten.)	790	Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Dr. Stang und Genossen betreffend übertragung
Mündlicher Bericht des Ausschuffes für Sozial- politik zum Entwurf eines Gesetzes zur Ab -	•	der Pflege der Straßen II. Ordnung an die Landfreise (Beilage 427).
änderung bes Gesehes über Leistungen an Körperbeschädigte vom 26. März 1947 (Bei-		Redner: Sühler (CSU) [Berichterftatter] 799
lage 525) — Erste und zweite Lesung.		(Die Sihung wird vertagt.)
Redner:	1	
Hauck Georg (CSU) [Berichterstatter]	792	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozial- politik zu den Anträgen der Abgeordneten Dr. Beck und Genossen betreffend 1. 75 prozentige Fahrpreisermäßigung für Schwerbeschädigte in der US-Zone, 2. Fahrpreisermäßigung für lizenzierte Jugendgruppen (Beilage 523).		Die im Sigungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattsindende Sigung wird um 9 Uhr 8 Minuten durch den Bräsidenten Dr. Horlach er eröffnet. Präsident: Die Sigung ist eröffnet.
		Nach Art. 4 Abs. 2 des Auswandsentschädigungs=
Redner: Wilhelm (SPD) [Berichterstatter] Dr. Bühner (CSU)		gesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeord- neten Drechsel, Egger, Dr. Laforet, Laumer, Maderer, Piechl, Sauer, Dr. Seidel, Dr. Schwalber, Sichelbrönner,
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozial= politik zur Eingabe des Baherischen Blinden=	•	Haugg Pius. Wir treten in die Tagesordnung ein.
bundes um Gleichstellung der Friedensblinden mit den Kriegsblinden im Geltungsbereich des		Biffer 1
KB-Leistungsgesetzes (Beilage 524).	-	Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Dringlichkeitsantrag der
Redner: Trepte (CSU) [Berichterstatter]	794	Abgeordneten Stod und Genossen, Dr. Stang und Genossen und Dr. Dehler und Genossen,
Wiederholte Beratung der Verordnungsentwürfe über die Wiedereinführung der Schwurgerichte		betreffend Einstellung der Nestdemontage bei der Fixma Augelfischer in Schweinfurt. (Bei= Lage 527.)
(Beilage 424) und namentliche Übstimmung Redner:	708	Berichterstatter ist der Abgeordnete Hagen Lorenz; ich erteile ihm das Wort.
Shefbec (CSU) [zur Geschäftsordnung] .	795	Sagen Lorenz (SBD) [Berichterstatter]:
Antrag des Abgeordneten Dr. Rief auf Gestattung des Rauchens im Sigungssaal	796	Meine Damen und Herren! Der Staatshaushaltsaus- schuß hat sich mit dem Dringlickeitsantrag der Ab- geordneten Stock und Genossen (SPD), Dr. Dehler
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeord- neten Wiglinger und Genossen betreffend maß =	4	und Genossen (FDP) und Dr. Stang und Genossen (CSU) beschäftigt. Diesem Antrag ging ein Tele=gramm voraus, das einerseits von der Direktion der

(Hagen Lorenz [SPD])

Firma Kugelfischer und andererseits von dem Betriebs= rat an den Herrn Präsidenten des Baherischen Land= tags gerichtet war. In dem Telegramm heißt es:

> Nach allerneuesten Mitteilungen scheint totaler Abbau von Augelfischer endgültig beabsichtigt zu sein. Folgen sind selbst bei devzeitiger geringer Kapazitätsausnützung der beutschen Industrie und Wirtschaft unübersehbar. Ausfall von Rugelfischer bedeutet Blockierung jeder Industriekapa-zikätsausweitung, zumal weitere Wälzlagerher-steller in der Zulieserung von Wälzlagereinzel teilen auf Kugelfischer angewiesen sind und diese Werke somit automatisch ganz ober teilweise ebenfalls zum Erliegen kommen. An Importmöglichkeiten bei deutscher Devisenlage und sehr langen Lieferzeiten ausländischer Wälzlagerher= steller nicht zu benken. Empfehlen sofortige Intervention bei Ihrer zuständigen Militärregie= rung und deutschen Behörden mit der Bitte, daß Ihre Bebenken an OMGUS=Berlin weitergelei= tet werden. Telegraphische Rückäußerung erbeten. Rugelfischer Schweinfurt.

Der Präsident des Bayerischen Landtags hat in einem Begleitschreiben gebeten, diese für Bayern und Deutschland wichtige Frage sofort im Haushaltsausschuß zu behandeln und die Durchschrift eines Schreibens an den bayerischen Ministerpräsidenten und den Staats-

minister für Wirtschaft übersandt:

Soeben finde ich, von einer Dienstreise zurück= gekehrt, das Telegramm von Kugelfischer= Schweinfurt, in dem die große Beforgnis der endgültigen Stillegung von Kugelfischer-Schweinfurt zum Ausdruck gebracht wird. Die Folgen dieser Stillegung wären selbst bei der derzeitigen geringen Kapazitätsausnützung der deutschen Industrie und Wirtschaft unabsehbar. Der Ausfall von Augelfischer würde eine Blokkierung jeder Industrie bedeuten, zumal weitere Wälzlagerhersteller in der Zulieferung von Lagereinzelteilen auf Wugelfischer angewiesen sind und damit diese Werke automatisch ganz oder teilweise ebenfalls zum Erliegen kämen. Es wird letzten Endes darauf hingewiesen, daß Im-portmöglichkeiten bei der deutschen Devisenlage und sehr langen Lieferzeiten ausländischer Wälzlagerhersteller nicht zu denken sind. Kugelfischer= Schweinfurt ensucht daher, daß seitens der Regierung alles geschieht, um die Stillegung von Augelsischer-Schweinfurt zu verhindern. Es sollen sofort die notwendigen Interventionen bei der Militärregierung und bei OMGUS=Berlin erfolgen:

Obwohl der Landtag selbst erst noch zu der Frage Stellung nehmen muß, darf ich doch dars auf hinweisen, daß hier der Landtag einmütigder Ausfassung sein wird, daß Augelsischer unter allen Umständen für die baherische und deutsche Industrie enhalten bleiben muß. Ich bitte daher, auch unter Bezug auf die baherische Volksvertretung die entsprechenden Schritte sofort unter-

nehmen zu wollen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Kollege Dr. Stang, hielt es für geboten, daß der Ausschuß sosort zu der Frage Stellung nehme. Es handle sich

darum, durch einen Beschluß die Schritte der Staatsregierung noch besonders zu unterstützen. Selbst wenn die Aussichten gering seien, dürfe sich der Landtag nicht nachsagen lassen, daß er irgend etwas versäumt habe. Herr Kollege Sting Imagner erachtete es für notwendig, über bie Militärregierung und OMGUS beim Kontrollrat vorstellig zu werden, da Kugelfischer in der Hauptsache für Rußland bestimmt sei Regierungsvertreter Dr. Morgenrot gab bekannt, daß die gegenwärtige Kapazität der Firma Kugelsischer nur mehr 20 Prozent der unprünglichen Friedenskapazität betrage. Er wies weiter darauf hin, daß die in die russische Zone verlagerten Werke bereits 1945 den Russen als Beutegut zugesprochen wurden und daß diese dort verlagerten Werke 45 Prozent der gesamten Kapazität von Lugelsischer ausgemacht hätten. Weiter wies er darauf hin, daß von den in Schweinfurt und Umgebung liegenden Werken der Kugelfischer AG im Fahre 1946 weitere 50 Prozent den Russen zugesprochen worden sind, nicht als Beutegut, wie die in der russischen Zone vorhandenen Werke, sondern als Reparationsleistung. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die interalliierte Kontrollsommission in Brüssel inzwischen Stellung genommen hat. Dort sei jedoch gesagt worden, der Reparationsstop, den General Clay versügt habe, erstrecke sich nicht auf die in der Vorreparationsliste stehenden Werke. Darunter fällt, neben 17 anderen Werten, auch Rugelfischer= Schweinfurt.

Abteilungspräsident Lippl der Reichsbahn gab einen überblick über die Nachteile, welche der Reichsbahn durch den Ausfall von Augelfischer entstünden. Die Firma habe zu 50 Prozent für die Reichsbahn gearbeitet. Vor allem die Rohlentransporte würden daburch empfindlich gestört, die Drehschen würden ausfallen, da keine Ersatzlager mehr vorhanden sind usw. Die Hauptwerwaltung in Vielefeld sei darüber eingehend unterrichtet worden mit der Forderung, das die Firma Augelsischer unter allen Umständen erhalten bleiben müßte.

Von der spzialdemokratischen Landtagöfraktion war ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, der folsgenden Worthaut hat:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, sosort an den Kontrollrat mit der Bitte um Sinstellung der Restmontage bei der Firma Augelsischer-Schweinfurt heranzutreten.

Bugleich möge an den Kontrollrat die Bitte herangetragen werden, eine Kommission von Wirtschaftlern und Ingenieuren einzusetzen, welche die Ausgabe hat, die Folgen der Demontage der Firma Kugelsischer für die deutsche In-

dustrie zu untersuchen.

Nach zuverlässigen Nachrichten ernstzunehmender Zeistungen ist auf der Sitzung der Interallierten Repasationsbehörde in Brüssel am 3. Juli 1947 die Kestdemontage der Firma Augelsischer beschlossen worden. Sowjetrußland bekam durch Beschluß des Interallierten Kontrollrats in Berlin im vorigen Jahre dereits 50 Prozent des Schweinfurter Betriebs zusgesprochen. Kund 3736 Maschinen und Werkzeugewaren dis Ende 1946 demontiert, verpackt und nach Rußland abtransportiert. Diese Demontage war laut einer Danksagung des Chefs der Reparationsabteilung in Bahern, Oberstleutnant Mc. Keslin, in so hervorragender Weise erledigt worden, daß der obengenannte Offizier dem

(Hagen Lorenz [SPD])

Bersonal der Firma Kugelfischer den Dank der Reparationsabteilung zum Ausdruck brachte. Außer der bis Ende 1946 in Schweinfurt durchgeführten Demontage der Firma Kugelsischer hat Rußland von dem im russisch besetzten Gediet liegenden Teil der Firma Kugelsischer 45 Krozent ihrer früheren Gesamtkapazität als Beutegut erhalten. Nach dem Wortlaut des Berliner Protokolls ift ausdrücklich gesagt:

Die Produktionsmöglichkeiten von Augel- und Kollenlagern sollen zeitlich begrenzt beibehalten werden, um die eigenen Bedürsnisse zu befriedigen, bis die nötigen Einfuhren versügbar sind und bezahlt werden können.

Der Weltbedarf an Kugellagern ist burch die Umstellung auf Friedensbedarf so umfangreich, daß mit einer Belieferung Deutschlands aus dem Auslande auf Jahre hinaus nicht gerechnet werden kann. Der Wälzlagerverbrauch Deutschlands wurde unter Jugrundelegung des dom alliierten Kontrollrat zugesagten Industrieplans mit jährlich 36 Millionen Lagern ermittelt. Bei voller Ausnutzung der Produktionskapazität der noch vorhandenen deutschen Kugellagerindustrie können im Höchstalle 25 Millionen Kugellagerindustrie können im Höchstalle 25 Millionen Kugellagerindustrie können hergestellt werden. Die für Deutschland sich ergebende Fehlmenge würde demnach 11 Millionen Kugellager betragen. 30 Prozent der Betriebsproduktion der Firma Kugelsischer dienen dem Bergbau, 30 Prozent dem Verkehrssektor, 12 Prozent werden sür landwirtschaftliche Maschinen, 12 Prozent sür die Elektroindustrie und 16 Prozent für den allgemeinen Maschinenbau benötigt.

Der Abbau von Augelfischer würde zu kata= strophalen Auswirkungen für die gesamte beutsche Industrie in ihrem gegenwärtigen Stand und erst recht in ihrem zufunftigen Ausbau führen. Wenn die Kohlenförderung für Reparationsleistungen und für den Eigenbedarf, selbst nur für den Hausbrand, aufrechterhalten und gesteigert werden soll, bann muß im gegenwärtigen Stadium die Kugellagerindustrie bei voller Leistung erhalten und darf nicht abgebaut werden. Auch zur Aufrechterhaltung des Kohlen- und Lebensmitteltransports ist die Belieferung mit Kugellagern unbedingt erforderlich. Um selbst unsere eigene Araft für die Lebensmittelerzeugung voll ausnüzen zu können, ist die Förderung des Baues landwirtschaftlicher Maschinen unbedingt notwendig. Die Herstellung land= wirtschaftlicher Maschinen ohne Kugeklager ist undenk= bar. Wenn in Zukunft nicht mehr die Steuerzahler ber Besatzungsmächte die Erhaltung Deutschlands übernehmen sollen, dann muß Deutschland die lebensnotwendigen Produktionsmengen selbst herstellen können. Dazu ist die Erhaltung der Firma Kugelsischer als einer der wichtigsten Schlüsselindustrien Voraussetzung. Der Abdau der Firma Kugelsischer würde zu einer industriellen Verelendung Deutschlands führen, die nach unserer Auffassung von den Siegermächten unter gar keinen Umständen gewollt sein kann.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde von der sozials demokratischen Fraktion eingebracht. Die Fraktionen der ESU und der Demokratischen Partei haben sich dem Dringlichkeitsantrag (Beilage 527) angeschlossen. Der Vorsigende des Ausschusses, Kerr Kollege Dr. Stang, glaubte nun, daß der Antrag zu weitgehend sei. Er brachte eine Entschließung ein, die solgenden Wortslaut hat:

Der Staatshaushaltsausschuß des Bayerischen Landtags begrüßt und unterstützt die von der bayerischen Staatsregierung und dem Wirtschaftsrat unternommenen und noch weiter zu unternehmenden Schritte, die zum Ziel haben, die Demontage der restlichen 50 Prozent der Firma Rugelsischer-Schweinsurt durch nachdrückliche Vorstellungen dei OMGUS dzw. beim Konstrollrat zu verhindern. Sine solche Demontage würde nicht bloß sür die Firma und die Arbeitnehmer, sondern für die gesamte Wirtschaft dei der Abhängigkeit vieler Betriebe von den Erzeugnissen der Firma Kugelsischer, insdesondere auf dem Gebiet des Verkehrs, des Bergbaus und der Ernährungswirtschaft die schlimmsten Folgen haben.

Er sagte weiter dazu, der Antrag der SPD renne in seinem ersten Fall offene Türen ein, da ja die Staats=regierung bereits entsprechende Schritte beim Kontroll=rat bzw. OMGUS unternommen habe. Der zweite Teil, Bildung eines Ausschusses von Sachverständigen und Ingenieuren, bedeute allerdings etwas Neues.

Die Aussprache hat sich lange hingezogen. Ich möchte hier nicht zu weit gehen. Ich glaube, dem Hause wohl vorschlagen zu dürfen, sich dem Dringlichkeitse antrag der drei Fraktionen, der zuletzt einstimmige Annahme gefunden hat, anzuschließen. Ich glaube, daß die Kugelsischer AG eine derartig wichtige Bedeutung hat, wie es ja auch durch die verschiedenen Redner im Staatshaushaltsausschuß zum Ausdruck gekommen ist, daß darüber eigentlich nicht mehr viel zu reden ist.

Ich bitte das hohe Haus, sich dem Antrag, der im Haushaltsausschuß einstimmig angenommen worden ist, vollinhaltlich anzuschließen.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete La u.

Lau (CSU): Herr Präsibent: Gestatten Sie mir eine kurze Anfrage. Der Dringlichkeitsantrag der drei Fraktionen wird selbstwerständlich angenommen. Nachsbem aber der Herr Wirtschaftsminister in seiner letzten großen Kede zum Ausdruck gebracht hat, daß wir 65 Küstungsbetriebe und noch 122 Keparationsbetriebe haben, die ebenfalls demontiert werden sollen, gestatten Sie mir die Anfrage, ob dieser Dringlichkeitsantrag nicht auch auf andere Firmen erweitert werden könnte, die noch in Betracht kommen und ebenfalls für unsere allgemeine wirtschaftliche Produktion überaus lebensewichtig sind.

Präsident: Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, zu der Frage, die gerade aufgeworsen ist, Stellung zu nehmen. Der Herr Abgeordnete Lau hat gefragt, ob dieser Antrag nicht auf sämtliche Fälle ausgedehnt werben könnte, dei denen die Gesahr der Demontage droht. Soweit ich unterrichtet bin, sind die Verhältnisse wie folgt gelagert.

Wir haben uns im Staatshaushaltsausschuß und auch in diesem Hause bereits mit einer großen Zahl solcher Anträge befaßt und haben diese Anträge der Regierung hinübergegeben. Die Regierung hat uns zugesichert, daß sie alles unternehme, um den Anträgen zum Erfolg zu verhelsen. Die Regierung hat gebeten, den notwendigen Spielraum zu bekommen, um ihre Verhandlungen mit den Militärregierungen sühren zu können. In der Angelegenheit Kugelsischer liegt aber

(Präsident)

ein Fall vor, der neben der MAN, den wir auch in diesem Hause beschlossen haben, von ganz hervorragenster Bedeutung ist. Dier handelt es sich um eine große Schlüsselindustrie, die der besonderen Gefahr der De= montage unterliegt und für wie eingetreten werden muß.

Ich glaube, ich habe das richtig dargestellt, und bitte den Herrn Ministerpräsidenten mich zu korrisgieren, wenn meine Darstellung nicht richtig ist. — Der Herr Ministerpräsident nickt zu. Meine Darlegung

ftimmt.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dehler.

Dr. Dehler (FDP): Meine Damen und Herren! Die Nachricht, daß die Demontagen weitergehen, ist für uns erschütternd. Es handelt sich nicht nur um Kugelfischer. Es handelt sich um andere Werke, die auf der sogenannten Vorreparationsliste stehen und die ebenfalls Schlüsselindustrien darstellen; ihr Abbau würde sich negativ weithin auswirken. Es handelt sich auch um die Chilling-Worth-Werke und um die Noris-Zündwerke, Nürnberg.

Was ist alarmierend? Was ist erschütternd? Die Erkenntnis, daß der Weg, wenn ich primitiv so sagen darf, zum gesunden, zum vernünftigen Menschenverstand noch sehr erschwert ist!

Ich möchte ganz furz einen Kückblick auf die Entwicklung der Dinge geben. Wir erinnern uns an das Abkommen von Duebec vom 15. Dezember 1945, das zum erstenmal die Frage behandelt hat, wie Deutschland wirtschaftlich aussehen soll. Dieses Abkommen hatte ein Deutschland vorgesehen, na, das ungefähr aus Bauern bestand, die ihre Felder bestellen, und aus Hirten, die die Schalmeien dazu blasen, in dem Glauben, daß die Pflüge und die Schalmeien aus dem Ausland bezogen und nicht von uns hergestellt werden. Das war ein Plan, der unterstellt hat, daß die Industrie des Saargebiets und die Industrie von Ruhr und Rhein vollkommen stillgelegt werden. Die Dinge haben sich von selbst widerlegt.

Schon wenige Monate später, am 26. März 1946, wurde der "Industrieplan" setzgelegt, unter dem wir jetzt noch stehen. Der Industriehenen forderungen promiß zwischen den sehr weitgehenden Forderungen der französischen und russischen Kegierungen und der, vielleicht darf ich fagen, vernünftigen Einstellung Eng-lands und der Vereinigten Staaten von Amerika. Aber auch dieser Industrieplan ist ein Plan, und, meine Damen und Herren, jeder Plan, der nicht aus der Wirtschaft erwächst, sondern der die Wirtschaft ordnen will aus einem Gedanken außerhalb der Wirtschaft

heraus, führt zum Unglück.

(Sehr richtig!)

Es ist für uns beängstigend und beklemmend, daß dieses Mißtrauen jetzt noch am Werk ist. Man will Augelfischer lahmlegen, d. h. man will die gesamte Augellager-Produktion Deutschkands lähmen, um ein wesenkliches Stück der industriellen Fertigung herauszunehmen und damit zu erreichen, daß Deutschland nie mehr aufrüsten kann. Das ist ja der Sinn.

(Zuruf Donsberger: Man will die Konkurrenz ausschalten!)

— Ich glaube nicht, Herr Kollege Donsberger. Zu= nächst ist es das Mißtrauen. Man glaubt, wenn man den wesentlichsten Teil einer industriellen Ferti= gung herausgenommen hat, dann kann Deutschland nicht mehr aufrüsten. Mißtrauen verdirbt, und nur Vertrauen baut auf. Daß man uns noch mißtraut, das ist

das Beklemmende.

Welch ungeheure Folgen diese Dinge haben, haben Sie aus dem Bericht unseres Kollegen Hagen erseben. Jede Wirtschaft ist ein Organismus. Die Kugellagersabrikation in Deutschland ist ein Teil des Gerüftes unserer Industrie. Wenn man dieses Gerüst wegzieht, dann zerfällt der Organismus, muß sich vollkommen umstellen und ganz neu organisieren. Die Kon= sequenzen find, man darf schon sagen, vernichtend. An sich ist im Industrieplan vorgesehen, daß uns diese Rugel= und Wälzlager aus dem Ausland geliefert wer= den sollen. Wir erkennen ohne weiteres, bag das un= möglich ist, schon beshalb, weil die Normen, die das Ausland hat, nicht für unsere Industrie passen, und weil dadurch die ersorderlichen Ersatzeile nicht geliefert werden können. Außerdem ist die Industrie des Auslandes gar nicht in der Lage zu liefern, weil der Bedarf der Welt an Lugel- und Wälzlagern ungeheuer ist. Es werden uns Liefersriften von zwei bis vier Jahren genannt. Das ist die Katastrophe, die uns droht. Aber wie kann man dem begegnen? Daß jetzt die

Forderungen aufgestellt werden, beruht auf einem Be= joluß der Interalliierten Keparations = tommission — so heißt sie, glaube ich — in Brüsselvom 3. Juli dieses Jahres. Ich möchte mit diesem Beschluß das konfrontieren, was Mr. Dayton, der stellvertretende Chef der Militärregierung für Bapern, bei der Einjahresfeier unserer Erportschau gesagt hat. Da hat er an unsere Initiative appelliert; er hat uns angesprochen, daß wir, die deutsche Wirtschaft nicht das Ersorderliche tun, daß wir nicht planen, daß wir nicht mit konkreten Ideen an die Besatungsmacht

herantreten.

Der Weg, der in Brüffel beschritten wird, nimmt diese Möglichkeit; er nimmt jede Möglichkeit der Pla= nung und zieht uns den Boden unter den Füßen weg. Das ist das Enschütternde. Wenn die deutsche Wirtschaft — wir werden uns darüber ja im Rahmen der Aus-sprache über die maßgebende Rede des Herrn Ministers Dr. Zorn zu unterhalten haben — hochkommen soll, dann braucht sie die Hilfe des Auslandes. Das,

was hier geschieht, ist das Gegenteil davon.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß die große weltpolitische Lage in diese Frage hineinspielt. Ich bin der überzewgung, unsere Besatzungsmacht weiß, daß diese Dinge sinnlos sind. Aber diese Magnahmen beruhen ja auf den Beschlüssen des Interalliierten Kon= trollrats, also jetzt letztlich auf dem Willen vor allem der russischen Kegierung. Wir haben hier leider nicht das geringste Mitbestimmungsrecht, und hier sehen wir erst, wie weit wir in der Entwicklung der internatio= nalen Lage zurück sind. Denken wir uns in die gleiche Situation nach dem ersten Weltkrieg zurück: Das ist ja immer wieder das Gespenstische, wie sich das Geschehen wiederholt. Damals war das Problem das gleiche, nämlich die Frage: Wie baut sich eine Politische Stimmungen ab, wie kommt man zu einer Politik der nüchternen Erwägungen?

Wenn Europa bestehen soll, dann muß es produzieren können, dann muß der Produktionsapparat, der durch den Krieg schwersten Schaden gelitten hat, ge-steigert werden. Der Weg, der hier eingeschlagen wird, ist der entgegengesetzte; er steigert die Schwierigkeiten

und die Produktionsunmöglichkeit.

(Dr. Dehler [FDP])

Wie war es 1920? Wir haben vor wenigen Wochen hier des Mannes gedacht, der damals den Weg ging, der zu gehen war, Walther Kathenaus, der sich 1920 mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur zusammensetze, um die Probleme aus dem Bereich der Stimmung in den Bereich der kühlen Erwägung zu bringen, und der seinen Einsat dann mit seinem Leben büßen mußte.

Wenn wir hier zusammenkommen, dann hat es nurden Sinn, daß wir einmal sagen: Die Welt braucht uns nicht zu mißtrauen; wir haben den ehrlichen und ernsten Willen, nie wieder die Wasse in die Hand zu nehmen. Die Welt soll uns Vertrauen auch real schenken, und sie soll uns dieses Vertrauen auch real schenken; sie soll nicht abbauen, sondern soll uns ausbauen helsen.

Wenn ich die Dinge, so wie sie liegen, die Beziehungen der Besatungsmächte zu uns, die Einstellung zu unseren wirtschaftlichen Nöten, überdenke, dann din ich manchmal versucht, an die bitterbösen Verse unseres weisen Goethe zu denken: "Ein Hindlein wird gesucht, das weder knurrt noch beißt, zerbrochene Gläser frißt und Diamanten ..."

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.-Stang.

Dr. Stang (CSU): Weine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bunsch des Herrn Kollegen Lau, daß die Anträge bezüglich der Demontage über das Werk von Kugelfischer hinaußgreisen und auch auf andere Werke außgedehnt werden sollen, ist an sich durchaus berechtigt. Ich darf aber darauf hinweisen, daß wir schon seinerzeit, im Januar, als wir im Staatshaus-haltsaußchuß die Gegenwartsnöte besprachen, uns mit dem Antrag dezüglich des Abbauß der MAN-Werke beschäftigt und diesen Antrag auf alle jene Werke erstreckt haben, die auf der Keparationsliste stehen und zur Fortsührung unserer Wirtschaft unentbehrlich notwendig sind.

Nun aber habe ich ein Bedenken gegen diesen Wunsch, jest wieder einen solchen allgemeinen Antrag einzubringen und einen allgemeinen Beschluß kassen. Denn in dieser außerordentlich wichtigen Frage hieße es die Kraft unserer Beschlüsse abschwächen, wenn wir wieder ganz allgemein sagen würden, es müßten die auf der Keparationsliste stehenden Betriebe geschont werden. Ich glaube, die große Bedeutung der Kugelsscherwerke, über deren Größe ich hier gar nicht weiter sprechen will, weil ja das Nötige schon gesagt worden ist, veranlaßt uns, hier ein Besonderes zu tun und den Eindruck nicht abzuschwächen, was geschehen würde, wenn wir unsere Beschlüsse auf alle Werke ausdehnen.

Im übrigen möchte ich auch noch eines feftstellen. Es ist vorhin an mich die Frage herangetragen worden, warum wir im Staatshaushaltsausschuß uns mit dieser Angelegenheit beschäftigen; dasür wäre der Wirtschaftsausschuß zuständig. Das ist an sich richtig. Aber auf der anderen Seite steht sest, daß wir ein Telegramm mit der ausdrücklichen Bitte bekommen haben, sosort dazu Stellung zu nehmen. Da müssen wir doch über die Zuständigkeitsgrenzen hinwegsehen und das tun, was dem augenblicklich versammelten Ausschuß zu tun möglich ist.

Präsident: Das Wort hat der Vertreter des Staatsministeriums für Wirtschaft, Herr Dr. Morgen=rot.

Dr. Morgenrot: Meine Damen und Herren! Herr Hagen und Herr Dr. Dehler haben Ihnen schon die Bedeutung der zu erwartenden Demontage Kugelfischers dargelegt. Ich möchte nur Gelegenheit nehmen, Ihnen noch eine Information zu geben.

General Clay hat dem Vertreter des Länderratz bei OMGUS in Verlin, Herrn von Schumann, einen Empfang gewährt; die Aussprache, die nur kurz dauerte, hat solgendes ergeben: Es ist für Samstag beziehungs-weise Sonntag eine Zusammenkunft dei General Clay vereinbart worden. Die Teilnahme ist noch nicht bekannt und steht noch nicht sestannt und steht noch nicht sestannt und steht noch nicht sestanderrats, Herr von Schumann, und einige Abgesandte der Firma Augelsischer teilnehmen.

In der Zwischenzeit werden noch einige stati= st i s che Erhebungen zusammengestellt, um in aller Deutlichkeit zu zeigen, wie sehr uns der Abbau von Kugelfischer treffen wird. Es wird Sie, meine Damen und Herren vielleicht wundern, daß jetzt noch Statistiken zusammengestellt werden, daß sie nicht schon vorliegen. Was an statistischen Zahlen bisher vorlag und gegeben werden konnte, ist der amerikanischen Militärregierung zugeleitet; auch der Kontrollrat ist genauestens über das Problem unterrichtet worden. Es sind aber statistische Erhebungen heute immer mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Wir haben beispielsweise eine genaue Bedarfserfassung angesett, haben aber große Schwierig= teiten gehabt, sie allein in der US-Zone durchzuführen. Das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden hatte es übernommen, eine ähnliche Erhebung in der britischen Zone durchzuführen; das ist aber nicht möglich gewesen, und zwar, wie ich hier feststellen muß, über= wiegend aus formalen Gründen. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Erhebung, die eine genaue Aufgliederung bes Bedarfs ergeben hätte, nicht erstellt werden konnte.

Wir mußten diesen Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, nun insosern begegnen, als wir uns mit den Augellagerherstellern zusammengeset und noch einmal genau dargestellt haben, in welchen Then der Wälzlager die Firma Augelsischer sührend ist. Das Ergebnis hat gezeigt, daß Augelsischer eben durch eine weitzgehende Arbeitsteilung zwischen den beteiligten Hauptwerken, den UMF und Augelsischer, sich auf einige Gebiete spezialisiert hat. Das ist das Bedenkliche an der ganzen Situation. Es ist Ihnen schon dargelegt worden, daß die Wälzlagerind uftrie eine thpische Duerschnitzt das gibt dem ganzen Problem die überzagende Bedeutung.

Deshalb möchte ich mich von Regierungsseite auch den Vorschlägen anschließen, daß eine Zersplitterung der Eingabe unbedingt vermieden wird. Es ist sicher zweckmäßig, diesen Fall nur auf die Firma Kugelfischer zu beschränken.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Gehring.

Gehring (CSU): Meine sehr verehrten Frauen und Männer! Der Reserent hat eingehend geschildert,

(Gehring [GSU])

welche Bedeutung die Firma Kugelfischer, Schweinsfurt, hat. Von Herrn Abgeordneten Lau ist allerdings der Antrag gestellt worden, wir sollten den Antrag auf die anderen abzubauenden Firmen erstrecken. Dies hat mich als Wbgeordneten sür Schweinsfurt-Land, der ich natürlich auch Schweinsfurt selbst mitwertrete, doch angespornt, Ihnen ein paar Worte zu sagen, obsichon ich der Ansicht bin, daß eigentlich schwales geklärt ist und im ganzen hause niemand gegen die Anträge der drei Parteien sein wird.

Ich hatte mich bei Herrn Abgeordneten Dr. Stang, dem Vorsitzenden des Staatshaushaltsausschusses, darsüber beschwert, daß die Anträge der Parteien nicht in den Wirtschaftsausschuß gekommen sind. Durch seine Aussührungen bin ich wieder soweit korrigiert worden, daß ich mich damit einverstanden erkläre. Wenn das Haus brennt, kann man letzten Endes nicht lang den Weg wählen; da muß man so schnell wie möglich zusgreisen. Die Aussührungen des Herrn Regierungsvertreters haben ja gezeigt, daß vielleicht doch noch Aussicht besteht, durch Verhandlungen, die Samstag, Sonntag oder später stattsinden sollen, etwas zu retten.

Ich darf ganz kurz darauf hinweisen, was diese Frage zunächst für Schweinfurt bedeutet. Der Wunsch, andere Firmen mit hereinzunehmen und einen Allzgemeinantrag darauß zu machen, kann in keinen Aussammenhang mit diesem Antrag hier gebracht werden. Schweinfurt leidet durch die Demontage wie kein anderer Ort in ganz Bahern. Zunächst die Kugelsischerwerke, dann die Vereinigten Kugellagersabriken Schweinsurt, dann noch die Kothenburger Metallsabrik; damit ist Schweinsurt vollständig erledigt. Alles steht auf der Demontageliste. Kugelsischer ist am weitesten vorzeschritten; die anderen schwanken dis heute noch. Schweinsurt ist also in einer Weise wie kein Ort sonst betroffen. Dies zunächst zu der lokalen Frage.

Die Frage der Bedeutung der Wälzlagerher= st ell ung hat Ihnen ja der Herr Regierungsvertreter auseinandergesett; ich kann mir da die Worte schenken und mich ziemlich beschränken. Er hat Ihnen auseinan= dergesett, daß man bei der Kugellagerfabrikation eine Spezialisierung hat eintreten lassen und daß ganz be= sonders Augelftscher gewisse Wälzlager herstellt, die tat= sächlich einen Querschnitt für die ganze Fabrikation bedeuten. Wenn dieses Werk ganz ausfällt, so werden wir dastehen und Maschinen stehen lassen müssen, weil es einfach unmöglich sein wird, diese Teile beizubringen. Ich glaube, wer in der Wirtschaft steht, weiß, wie schwer und von welcher Bedeutung es manchmal ist, einen ganz kleinen Ersatzteil zu beschaffen. An dem kleinen Ersatteil hängt oft die größte Maschine; sie kann nicht laufen, weil dieser Teil fehlt. In diese Verhältnisse werden wir hineinkommen, wenn tatfächlich die volle De= montage der Kugelfischerwerke eintreten wird.

Meine sehr verehrten Freunde, ich glaube, ich brauche Ihnen kaum zu sagen. Es ist eine Frage von eminent weittragender Bedeutung nicht nur sür Schweinsurt, sondern sür umsere ganze Wirtschaft. Ich glaube, wir werden uns einig sein und alles tun, was wir können, um den Antrag zu unterstützen und das Werk einigermaßen zu erhalten.

 ${\mathfrak P}$ räsident: Das Wort hat der Abgeordnete ${\mathfrak H}$ a u c Georg.

Hand Georg (GII): Meine Herren Abgeordneten! Als einer, der diesem Berufszweig angehört, möchte ich nur eines erwähnen: Wenn und die Kugellagerwerke genommen werden, dann bedeutet das für unsere metallverarbeitende Industrie einen Schlag, der nicht zu verwinden ist. Es wird ein jeder wissen, daß wir wohl eine Reparationsleistung zu volldringen haben. Wer wir wollen mit erwägen; wenn man schon aus unserer Wirtschaft etwas herausbricht, dann wollen wir wenigstens darüber mitreden dürsen, was man uns nimmt.

Man nimmt uns in den Augellagerwerken etwas, was für unsere gesamte Wirtschaft von so eminenter Bedeutung ist, daß wir uns diesen Antrag mit überhaupt keinem anderen vermischen lassen können. Wir wollen den Antrag einzig und allein auf dieses Werk beschränkt wissen, weil es für uns eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Ich würde es bedauern, wenn man von einer ans deren Gegend aus nur irgendwie glaubte, man wolle hier die Stadt Schweinfurt in den Vordergrund stellen. Nein, wir wollen mit der Erhaltung dieses Werkes

unserer gesamten Industrie dienen.

Präsident: Das Wort hatlder Abgeordnete H a g e n Lorenz.

Hatte Zverst (SBD): Meine Damen und Herren! Es hatte zuerst den Anschein, als würde sich dieser Dringlickeitkantrag gegen die Regierung richten; denn es ist behauptet worden, es könnte unter Umständen dadurch zum Ausdruck kommen, daß man der Regierung unterstellen wollte, sie hätte nicht alles getan, was möglich wäre, um diesen Schlag von uns abzuwehren. Dem ist aber nicht so; ich darf das ausdrücklich sestellen. Nur hat sich seit dem 3. Juli die Situation wesentlich verändert, weil durch den Beschluß der interallierten Reparationsbehörde der Abbau von Kugelssischer endgültig beschlossen worden ist. Hier nun nicht gegen, sondern mit der Regierung zu arbeiten, die Regierung noch zu unterstüßen, ist der Zweck dieses Antrags.

Nun hat Herr Kollege Lau gemeint, man sollte den Antrag allgemein halten. Herr Kollege Dr. Stang hat bereits auf die Bedenken hingewiesen; ich schließe

mich dem vollinhaltlich an.

Alber es kommt noch ein anderer Grund hinzu, der uns veranlaßt, heute für Augelfischer allein zu plädieren: Wie ich vorhin bereits ausführte, gehört Augelfischer zu den 18 Betrieben, die auf der Sonderreparationsliste stehen. Es stehen noch mehr von diesen Betrieben der Augellagerindustrie darauf. Ich weiß, man hat seitens OMGUS-Berlin den Standpunkt vertreten, daß ja, wenn Augelfischer abgebaut würde, noch eine ganze Anzahl anderer Betriebe vorhanden sind. Aber ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, daß auch alle die anderen Betriebe mit auf der Reparationsliste stehen, und zwar nach dem Kapitel II Alasse 19. Diese Liste Nr. 19 sieht vor, daß BKF Schweinfurt, die dem Schweden-Konzern angehört, Fichst & Sachs, Schweinfurt, Stahlsugelhalter, Schweinfurt, Müller, Nürnberg, Jäger, Elderseld, und Möller, Augel- und Bälzlagerhersteller in Fulda ebenfalls unter diese Liste sallen. Sie sollen vorläufig nur deshald nicht abgebaut werden, weil das im Berliner Brotosoll Gesagte einstweisen noch Gültigkeit hat, nämelich, daß uns dis zu dem Zeitpunkt, wo wir in der Lage

(Hagen Lorenz [SPD])

sind, die Kugellager von außen einzuführen, die Kugellagerproduktion ausnahmsweise begrenzt noch gestattet ist.

Es kommt weiter hinzu, daß Kugelfischer Spezialkugellager herstellt, wie sie in keiner anderen Firma gefertigt werden. Das ist für uns ein weiterer Grund dafür, daß wir uns gegen die Restdemontage mit einsehen müssen.

Darf ich noch auf etwas anderes hinweisen: Herr Kollege Dr. Stang hat angesührt, daß man sich gewissermaßen in Kompetenzstreitig feiten ergehen würde. Wollen wir doch im Landtag in den einzelnen Ausschüssen nicht auch in den Fehler verfallen, in dem unsere Ministerialbürokratie schon sehr stark befangen ist; wollen wir uns nicht auch in Kompetenzstreitigsteiten verlieren!

(Richtig!)

Was hier gemacht worden ist, war aus dem Notstand heraus geboren, daß sosort gehandelt werden mußte; nachdem der Staatshaushaltsausschuß gerade zu der Zeit, als der Herr Pröstdent des Baherischen Landtags das Telegramm erhielt, tagte, war es das Nächstliegende, daß der Pröstdent die Angelegenheit diesem gegenwärtig tagenden Ausschuß auch zur Erledigung zugewiesen hat.

Ich darf aber noch auf ein anderes Moment verweisen, das sehr schwerwiegend wäre, wenn Kugelssicher vollständig abgebaut würde. Kugelssicher ist die älteste Rugellagersabrif — ich darf wohl sagen — in ganz Deutschland; sie besteht seit dem Jahre 1883. Es ist ganz naturgemäß, daß in diesem Betrieb auch soziale Bestrebungen vorhanden waren. Eine der sich am stärksten außwirkenden sozialen Bestrebungen war, daß man in diesem Betrieb eine Benstons= und Altersversorgungskasse sier die Benstons= und Altersversorgungskasse für die dei Kugelsischer Beschäftigten hat ein Bermögen von 29 Millionen Mark; diese 29 Millionen Mark sind mit im Betried selbst indestiert. Würde nun Kugelsischer hundertprozentig abgedaut werden, so wäre damit auch das ganze Kapital dieser Bersorgungseinrichtung mit betrossen. Es könnte keiner der alten arbeitsunsähigen Beamten, Angestelsten und Arbeiter von Kugelsischer auch nur einen Pfensnig bekommen.

Bleiben uns aber die jetzt noch vorhandenen restlichen 50 Prozent bestehen, dann ist immerhin noch
die Gewähr gegeben, daß die alten arbeitsunsähigen
Leute, die zum Kuhm der Firma und zum Ausbau der
gesamten Augellagerindustrie in Deutschland mit beis
getragen haben, an ihrem Lebensabend, wenn sie nicht
mehr arbeitssähig sind, noch etwas zum Leben haben.
Das ist ein weiterer Grund sür den Landtag, mit aller
Deutlichseit und einstimmig zum Ausdruck zu bringen,
daß er dem Abdau der restlichen 50 Prozent von
Augelsischer, Schweinsurt, nicht zustimmen kann,
und die inständigste Bitte an den Kontrollrat zu richten
— etwas anderes können wir ja leider an ihn nicht
richten —, daß die Kestdemontage unterlassen bleibt.

(Bravo!)

Präsident: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diesenigen Damen und Herren, die dem Antrag auf Beilage 527: Die Staatsregierung wird ersucht, sofort an den Kontrollrat mit der Bitte um Einstellung der Restdemontage bei der Firma Augelsischer, Schweinfurt, heranzutreten.

Zugleich möge an den Kontrollrat die Bitte herangetragen werden, eine Kommission von Wirtschaftlern und Ingenieuren einzusetzen, wleche die Aufgabe hat, die Folgen der Demontage der Firma Kugelsischer für die deutsche Industrie zu untersuchen

ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Anstrag ist einstimmig angenommen.

Ich darf als Kräsident des Hauses noch eines hinzufügen: Der Beschluß, den der Bayerische Landtag soeben angenommen hat, ist einer der wichtigsten Beschlüsse, die im Bayerischen Landtag gesaßt wurden.

Ich möchte hier den Wunsch zum Ausdruck bringen, den wir alle haben, daß die Bemühungen der Staats=regierung auf diesem Gebiet von Ersolg gekrönt sein mögen. Denn in der Tat ist Augelsischer eine der wich=tigsten Schlüssel= und Hilsindustrien, die es zur Auf=rechterhaltung der deutschen Wirtschaft überhaupt gibt.

(Sehr richtig!)

Ich möchte das Haus aber weiter um die Ermächtigung bitten, an den Wirtschaftsrat in Franksurt a. M. ein Telegramm zu schicken, worin der Beschluß des Bayerischen Landtags zur Mitteilung gelangt;

(sehr gut!)

denn dieser Wirtschaftsrat ist ja jett für diese Ansgelegenheiten zuständig. Ich möchte vorschlagen, gleichseitig vielleicht das, was in der Debatte zum Ausdruck gekommen ist, in solgender Fassung anzufügen:

mit dem Ersuchen, auch die Fragen der für den Wiederausbau der deutschen Wirkschaft so entscheidenden Demontage überhaupt zu einem für die deutsche Wirtschaft möglichen Ergebnis zu bringen:

(Sehr gut!)

Das ist die Grundlage, auf der der Wirtschaftsrat ja weiter arbeiten muß. Ich stelle mir vor, daß die ganze Arbeit des Wirtschaftsrats in Frage gestellt wird, wenn es nicht gelingt, diese Kapazität der deutschen Industrie zu erhalten, die wir brauchen und auf die wir billigerweise Anspruch erheben müssen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich die Zustimung dazu an, daß so versahren wird. — Das ist

der Fall; ich stelle das fest.

Brafident: Wir fehren zurück zu dem Bunkt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zu den Eingaben betreffend Errichtung einer Flüchtlingsgroßsiedlung "Neuheim am Römerweg" im Landkreis Bilshofen (Beklage 324).

Berichterstatter ist ber Abgeordnete Hagn Hans.

Meine Damen und Herren, ich höre, daß im Hause das Bedürsnis besteht, diese Angelegenheit "Siedlung Neuheim am Kömerweg" noch einmal zum Gegenstand von Beratungen in den Fraktionen zu machen. Ich glaube, das Haus ist wohl damit einverstanden, daß hierzu Gelegenheit gegeben wird.

(Widerspruch.)

(Präsident)

Dann bitte ich einen Antrag aus dem Hause zu stellen; ich kann das nicht selbst machen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hund =

hammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Der Herr Landtagspräsident hat von sich aus biese Anregung gebracht, ehe ich Gelegenheit hatte, den Antrag zu stellen, die weitere Beratung dieses Gegenstands zunächst zurückzustellen bis morgen nach den Fraktionssitzungen. Meine Fraktion und die der SPD wollen in sich zu diesem Tagesordnungspunkt nochmals Stellung nehmen. Ich beantrage also Zurückstellung.

Präsident: Es besteht jederzeit die Möglichkeit, den Antrag zu stellen, eine Angelegenheit zunächst zurückzustellen, um dann später die Debatte wieder aufzuznehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Weidner.)

— Sie wollen sich wahrscheinlich geschäftsordnungsmäßig gegen den Antrag wenden, Herr Kollege Weidner; ich bitte das zu tun.

Weidner (FDP): Der Antrag steht schon seit Monaten auf der Tagesordnung. Er ist im Wirtschaftsausschuß sehr aussührlich behandelt worden, und wir haben auch gestern schon sehr eingehend darüber gesprochen. Ich din der Auffassung, daß die Zeit drängt.

Präsident: Es handelt sich bloß um eine Verschiebung um einen Tag. Bis morgen nachmittag muß die

Frage erledigt werden.

Ich bitte diesenigen Mitglieder des Hauses, die dem Antrag Dr. Hundhammer zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die große Mehrheit. Dem Antrag Dr. Hundhammer ist damit stattgegeben.

Die Wahlennach § 4 des Verfassungs=gerichtshofgesetes können noch nicht vorgenommen werden, nachdem die abgeschlossene Liste noch nicht vorliegt. Es ist auch notwendig, daß darüber nochmals eine Aussprache stattfindet. Die Angelegen=heit kommt morgen Nachmittag zur Entscheidung.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesord=

nung:

Aussprache zu den Darlegungen des Wirtsschaftsministers in der Sigung vom 26. Juni 1947,

in Berbindung damit

Interpellation ber Abgeordneten Dr. Schlögl, Dr. Horlacher' und Genossen betressend Sicherstellung der Bersorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Bedarfsgegenständen (Beislage 392).

Ich bitte, so zu versahren, daß wir, nachdem die beiden Bunkte miteinander verbunden sind, zunächst die Insterpellation begründen lassen, weil es dann in einem Auswaschen geht. — Das Daus ist damit einverstanden.

Das Wort hat zur Begründung der Interpellation

der Abgeordnete Dr. Schlögl.

Dr. **Schlögl** (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die am 10. Juni 1947 eingebrachte Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Stenogr. Ber. bes Bayer. Landtags 1946/47, Bb. I, 24. Sigung

Ist der baherischen Staatsregierung bekannt, daß im Landkreis Roding 31 Bauern angeklagt waren, weil sie gegen Lebensmittel Düngergabeln eingetauscht haben, die sie dringend benötigten? Was gedenkt die baherische Staatsregierung zu tun, um die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Bedarfsgegenständen auf rechtmäßigem Wege sicherzustellen?

Meine Damen und Herren! Ich gestatte mir, diese Interpellation zu begründen. Es steht mir nicht zu, an dem Urteil des amerikanischen Gerichts irgendwelche Kritik zu üben. Die Interpellation hat nur den Zweck, die Folgerungen aus diesem Gerichtsurteil zu ziehen. Mit Erlaubnis des Prösidenten darf ich vielleicht, nachdem mir die Akten bekannt sind, den Tatbestand der Anklage bekanntgeben.

Der Prozeß hat ziemlich lange gebauert. Schau= plat war das kleine Landstädtchen Koding in der Oberpfalz. Die Bauern waren zunächst wegen Verlehung des Kontrollratsgesetes Nr. 50 angeklagt, da sie gegen Lebensmittel Düngergabeln eingetauscht hatten. Die Bauern hatten also Kompensations= geschäfte mit Lebensmitteln gemacht. Der Geschäftsführer des Ernährungsamtes Abt. A in Schwandorf, zu dessen Bereich Roding gehört, hat unter Eid ausgesagt, wie nach der Ablieferungskartei die an= geklagten Bauern ihrer Ablieferungspflicht nachgekom= men sind. Panach steht fest, daß die Ablieferungen der Angeklagten im allgemeinen eher über als unter dem Durchschnitt des Landkreises lagen. Bei der Milchabliese= rung gehörte keiner der angeklagten Bauern zur Klasse 3, eine beträchtliche Anzahl zählte fogar zur Klasse 1. Auch die Brotgefreideablieferung war im allgemeinen bei famtlichen Angeklagten in Ordnung, nur die Hafer- und teilweise die Kartoffelablieferung soll nicht ausgereicht haben. Ich lege Wert auf biese Feststellung, weil in den Tageszeitungen unrichtige Berichte veröffentlicht wurden.

Der Prozeß wurde zunächst nur gegen einen Teil der Angeklagten durchgeführt. Es erfolgten fünf Freisprüche; zwei Bauern wurden zur Mindeststrafe von je schs Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist und 5000 Mark Gelbstrafe verurteilt. Gegen den Rest der Angeklagten wurde der Prozeß am 9./10. Juni fort= geführt. Dabei erfolgte eine Anklageänderung. Das Verfahren erstreckte sich nunmehr auf Art. II Ziffer 43 der Verordnung Nr. 1 über Verbrechen und andere strasbare Handlungen. Dieses Gesetz bestimmt, daß ein Angeklagter durch ein Militärgericht mit irgendeiner Strafe, jedoch nicht mit der Todesstrafe bestraft werden kann, wenn er die öffentliche Ordnung gefährdet oder gegen die Interessen der allierten Streitkräfte sich ver= geht. Dem Verteidiger gelang es, nachzuweisen, daß auch diese Unklageänderung der strasbaren Handlung nicht gerecht wird. Das Mistärgericht billigte das Vorbringen des Verteidigers und verurteilte die Angeklag= ten nach der deutschen Verbrauchsregelungsstraford= nung. Der Richter hielt sich allerdings für ermächtigt und da komme ich zu einem ganz wesentlichen Punkt im Hinblick auf die Währungsentwicklung ben Höchst= strafrahmen der Verbrauchsregelungsstrasordnung zu überschreiten. Nach dieser Strasordnung ist eine Höchststrafe von 150 Mark vorgesehen. Die Strafen beliefen sich aber auf 100 bis 900 Mark.

Damit habe ich im wesentlichen den Tatbestand sest= gestellt. Es steht also fest, daß diese 31 Bauern an=

(Mth.)

(Dr. Schlögl [CSU])

geklagt bzw. verurteilt wurden, weil sie Düngergabeln gegen Lebensmittel eingehandelt haben.

(Dr. Linnert: Kompenfiert!)

— Herr Kollege Dr. Linnert, Sie haben recht, man nennt das auf gut Deutsch ein Kompensationsgeschäft.

Nun ist etwas zu untersuchen. Nachdem die Tages= presse behauptet hat, daß es sich hier um Schwarzhandelsgeschäfte gehandelt habe, ist zu untersuchen, ob dieser Tatbestand überhaubt gegeben ist. Ich bedauere, daß wir derartige Begriffsverwirrungen haben. Die Bauern haben praktisch in einem Notstand gehandelt; denn ich darf feststellen, daß es dem Wirtschaftsministerium im Jahre 1946 auf legalem Wege nur gelungen ist, 40 000 Düngergabeln nach Bayern zu bringen. Der Bedarf der bayerischen Landwirtschaft belief sich aber auf 650 000 Düngergabeln, so daß also der größte Teil tatsächlich auf irgendeine andere Weise beschafft werden mußte. Denn man wird den Bauern nicht zumuten tönnen, daß sie den Dünger etwa mit den Händen auflegen. Sie sehen also, die Bauern befanden sich in einer Notlage genau so, wie ein anderer infolge seiner Not= lage heute auf Hamsterei ausgeht. Das ist der gleiche Tatbestand. Ich stehe auf dem Standpunkt, genau so wenig, wie man einen Hamsterer verurteilen kann, wenn er, um seinen Notstand zu beseitigen, sich irgend= wie Lebensmittel beschafft, genau so wenig ist es an= gangig, daß man bei diesem Notstand Strafen ausspricht.

Der Kernpunkt der Dinge liegt aber noch viel tiefer. Hier handelte es sich um Düngergabeln. In Wirk-lichkeit müssen wir aber feststellen, daß es dem baherischen Wirtschaftsministerium bis zum heutigen Datum überhaupt nicht gelungen ist, die Landwirtschaft mit den notwendigen Betriebsmitteln zu versorgen. Wir können die gleichen Klagen vorbringen bei Hufnägeln, Hufeisen und Sensen, und ich könnte Ihnen eine ganze Serie von Dingen aufzählen, die einfach nicht hereinkommen.

Was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich logischer= weise, daß dieser Zustand auf die Dauer gesehen einfach untragbar ist. Nun ist zwar richtig, daß man mit Le-bensmitteln nicht kompensieren darf, aber wenn ich das nicht tun darf, dann kommt es so weit, daß wir selbst, die Regierung sowohl wie wir als Whgeordnete, die Bauern tahächlich in die Illegalität hineintreiben, zwangsmäßig hineintreiben. Dieser Bustand ist nach meinem Dafürhalten unhaltbar. Ich möchte daher die dringende Bitte an das daherische Wirtschaftsministration wieder war aus and Markingende Wirtschaftsministration wieder war aus and Markingende Bitter und das daherische Wirtschaftsminis sterium richten, unter allen Umständen dafür zu forgen, daß die Betriebsmittel für die Landwirtschaft endlich einmal sichergestellt werden, denn sonst kommen wir in einen Widersinn der Dinge hinein. Auf der einen Seite will man haben, daß die landwirtschaftliche Produktion erhöht wird, und auf der anderen Seite ist man nicht in der Lage, die Landwirtschaft auch nur mit den ein= fachsten Betriebsmitteln zu versorgen. Das wird mit der Zeit ein circulus vitiosus, und deshalb ist auch der Unmut in ben Kreisen der Landwirtschaft so groß, weil man tatsächlich nach Meinung der Landwirtschaft die Bauern hier vollständig im Stich läßt und sie damit praktisch dem Strafrichter ausliesert. Sie sehen also, wir haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die Bauern mit den notwendigen Betriebsmitteln versorgt werden.

Sehr interessant ist, daß wir seit dem Zonenzusammenschluß auf diesem Gebiet bedeutend schlechtere Verhältnisse haben wie früher. Wenn wir früher Lebensmittel in die englische Zone geliesert haben, sind die Lastwagen von dort nicht seer zurückgesehrt, sondern haben immer solche Betriedsmittel mitgebracht. Heutethen diese Lastzüge leer zurück. Wir liesern von Bahern aus Lebensmittel in die englische Zone und erhalten dafür praktisch nichts mehr als Keichsmark. Meine Damen und Herren, das geht auf die Pauer nicht so weiter, und zwar deswegen, weil unsere Lebensmittel-lieserungen einen Umfang angenommen haben, der außerordentlich groß ist. Ich darf Sie daran erinnern, daß ein Vielsaches von dem, was die baherische Bevölkerung an Lebensmitteln bekommt, aus Bahern hinausgeliesert wird, und zurückgeliesert wird nichts. Wir können diesen Ausverkauf Baherns auf die Dauer unter keinen Umständen mehr so dulden, und es ist Sache der baherischen Staatsregierung, hier nach dem Kechten zu sehen und zu versuchen, daß auf diesem Gebiet Remedur geschaffen wird.

Weiter steht sest und ich kann hiefür auch den Beweis liesern, daß trotz dieses Zustandes, den ich geschildert habe, der Verleumdungsfeldzug
gegen Bayern in Norddeutschland noch lange nicht
aufgehört hat. Sie brauchen bloß einmal hinaufzusahren, dann werden Sie hören, in welcher Weise man
über uns herfällt. Dabei müssen wir seststellen, daß
Bahern heute Lieserungen in einem Ausmaß tätigt,
wie es wohl noch nie in der ganzen deutschen Geschichte
der Fall war. Trotzem fällt man über uns her. Warum

ist das überhaupt möglich?

(Bodesheim: Weil die baherischen Bauern kompensieren!)

Diege Bodesheim; ich habe da auch einen speziellen Wunsch an die Bayerische Staatsregierung. Warum kompensieren die Bauern? Notgedrungenerweise, weil die Bayerische Staatsregierung nicht in der Lage ist, die notwendigen Betriedsmittel legal herzubringen. So liegen doch die Dinge. Sollen denn die Bauern wirklich ihren Betried einstellen? Meine Damen und Herren, das werden Sie im Ernst nicht verlangen. Es gibt aber dann keinen anderen Ausweg, Herr Kollege Bodesheim. Ich kann Ihnen aber mitteilen, daß ich die Bauern in meinem Blatt im Gegenteil aufgesordert habe, alle diese Leute von ihren Hösen zu jagen, weil sich sonst der Bauer strasbar macht. Wir sind noch weiter gegangen und haben gesordert, daß alle Züge überwacht werden. Wir sind damit nicht durchgedrungen, weil die Eisenbahn praktisch genommen nicht mittut, so daß der Bolizeiminister nicht in der Lage ist, die Eisenbahnzüge untersuchen zu lassen. Diesen Widersinn der Dinge können wir auf allen Gebieten beobachten. Ich möchte den Herrn Innenminister dringend bitten, sich in Zustunst um diese Zuständigkeitsfragen überhaupt nicht mehr zu kümmern, sondern einsach zuzugreisen; dann wird auch dieser Ausverkauf Baherns endlich einmal aushören.

(Zuruf: Bielefeld!)

Was nützt uns Bielefeld? Es ist ein Notzustand gegeben, und da muß man eben durchgreisen. Freilich werden die Juristen dieses hohen Hauses wieder Einswendungen machen. Ich pseise aber auf die ganze Juristerei, wenn unser Volk dabei zugrunde geht.

(Hört, hört!)

(Dr. Schlögl [GSU])

Die baherische Staatsregierung setzt, das ift aus den Aussührungen des Herrn Wirtschaftsministers hervorgegangen, jetzt große Hossinungen auf den Wirtschaftstat in Frankfurt am Main. Ich weiß nicht, ob der Wirtschaftstat in Frankfurt am Main. Ich weiß nicht, ob der Wirtschaftstat in Grankfurt am Main. Ich weiß nicht, ob der Wirtschaftstat in der Lage sein wird, alle diese Hossinungen tatsächlich zu ersüllen, die wir auf ihn setzen. Auf jeden Fall stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir, um den Ausderfauß Baherns zu verhindern, als Wegeordnete alle zusammen alles tun müssen, um endlich einmal eine einigermaßen vernünftige Wirtschaft zu bekommen. Ich weiß wohl, es sind uns die Hände gebunden in vieler Hinsicht; aber etwas Initiative müssen wirsen des Jantiative müssen wir auf diesem Gebiet doch haben. Deshalb darf ich die Damen und Herren dringend ditten, alle parteipolitischen Gegensähe zurückzustellen und gemeinsam zu versuchen, diese Frage einigermaßen zu lösen.

Das hohe Haus hat in einer seiner letzten Sitzungen sast einstimmig einen Antrag angenommen, wonach die Bewirtschaftung auch auf andere produzierende Bewissstände ausgedehnt werden soll. Der Gesegentwurf ist sertig, der Ministerrat konnte sich jedoch nicht entschließen, ihn dem hohen Hause heute vorzulegen. Die Gründe sind mir bekannt; man kann sie billigen. Auf die Dauer ist es aber unmöglich, für einen einzigen Stand die Zwangswirtschaft aufrecht zu erhalten, während bei den anderen Ständen mehr oder minder eine sreie Wirtschaft besteht. Das läßt sich nicht ertragen; denn was ist die Konsequenz? Wit der Zeit muß diese Zwangswirtschaft von selbsst, wie wir heute schon beodachten können, in sich zusammenfallen. Es ist undenkbar, daß ein Teil der Wirtschaft so herausgegriffen wird.

Präsident: Und es ist undenkbar, daß Sie die Begründung der Interpellation so ausdehnen und hier gleich in eine Aussprache zu dem allgemeinen Thema eintreten. Ich bitte Sie also, zu Ende zu kommen.

Dr. Schlögl (USU): Herr Präsident, ich muß die Begründung der Interpellation erweitern und noch auf die Währung zu sprechen kommen, nachdem der Richter das angeführt hat. Er hat die Bauern für die Wäh= rungsentwicklung mit verantwortlich gemacht. Ich muß diesen Gedanken aussprechen, aus dem einfachen Grunde, weil es praktisch genommen undenkbar ist, daß wir auf der einen Seite eine Bewirtschaftung aufrecht erhalten in Form der Zwangswirtschaft, die anderen produzie= renden Wirtschaftsteile aber von einer Bewirtschaftung freihalten. Dabei komme ich gleich zu einem ganz wich= tigen Punkt. Der Richter hat, wie gefagt, die Bauern verantwortlich gemacht für die Währungsentwicklung. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten darauf näher eingehen. Wie sind denn die Dinge bei unserer Währung gelaufen? Wir wissen alle mitsammen: Bis zum Jahre 1933 hatten wir eine Währung, die mit Gold und Devisen gedeckt war. Gold und Devisen brauchte man dann, um den Arieg vorzubereiten, und infolgebessen sind Gold und Devisen in das Ausland geflossen, und Hitler hat die Währung begründet auf der sogenannten Arbeit, auf einem ideologischen Besgriff. Ich nehme an, daß die kapitalistischen Wirtschafts freise ohne weiteres erkannt haben, daß das ein großer Volksbetrug war; sie haben aber trop alledem keine Bedenken gehabt, diese Hitler-Mark an Zahlungs Statt anzunehmen. Sogar im Jahre 1945 ging noch eine

Jagd auf diese Mark los. Wie dann der Zusammensbruch kam, hat man sich sofort von dieser Mark lossgesagt und den Tauschverkehr organisiert.

Wan hat das, weil man das dem Volk nicht so sagen wollte, in ein Fremdwort gekleidet und nennt es die heute so viel gerühmten Kompensationsgeschäfte oder Freikontingente oder wie diese Begriffsbestimmungen alle lauten. Fest steht nun, daß die Leidtragenden an diesem Währungszerfall gerade die Kreise sind, die auch hier das Kecht getrossen hat, nämlich die Bauern, die Arbeiter, die Mittelständler, die Beamten und Angestellten. Und selbst die Mitglieder der Kegierung werden eines Tages die Leidtragenden mit sein. Ich kann Ihnen eines sages die Leidtragenden mit sein. Ich kann Ihnen eines sagen: Man muß immer und immer wieder darauf hinveisen, aus dem einsachen Grunde, weil wir sonst aus dem Widersinn der ganzen Wirtschaft nicht herauskommen. Ich muß also sessstellen, daß nicht die Bauern es waren, die den Währungszersall gebracht haben, sondern gerade die kapitalistischen Kreise. Gerade die waren es, die sich zwerst von dieser Währung losgesagt haben, während man das Volk einzgebettet hat in einen eisernen Lohnstop, in einen eisernen Preisstop. Es ist doch merkwürdig, daß heute z. V. ein Eimer fast so viel kostet wie ein Zentner Getreibe. Das sind Dinge, die ich persönlich einsach nicht begreife.

Damit habe ich die Interpellation begründet. Ich möchte jett mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten, nachdem der Herr Wirtschaft in ist er mich fürzlich apostrophiert oder, wie es in der baherischen Diplomatensprache heißt, sanst gestreichelt hat, auf einige Punkte ganz kurz eingehen. Nachdem er meinen Namen genannt hat, ist das wohl gestattet, Herr Präsident?

Präsident: Ich habe nichts-dagegen.

Dr. Schlögl (GSU): Es ift gut, daß der Herr Wirtschaftsminister soeben kommt; er kann dann alles hören, was ich in dieser Hinsicht auszusühren habe. Der Herr Wirtschaftsminister hat geglaubt, Kritik üben zu sollen, und zwar in ganz sanster Weise, am parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Es hat mich gefreut, daß der Herr Wirtschaftsminister die Pistole abgeschossen hat. Mir war das sehr angenehm; denn ich weiß, wie sehr ich zur Zeit im Mittelpunkt des Interessed der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft stehe. Ich bekomme tagtäglich von diesen Kreisen Briese, und es wird so himsgestellt, als ob ich der größte Feind der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft wäre. Das ist aber keineswegs der Fall. Ich habe für jede Leistung auf dem Gediet Verständnis. Man hat mich also mit allen mögslichen Briesen überschüttet. Kürzlich hat ein Großindustrieller gemeint, ich sollte mich mehr um die Kindsviecher kümmern als um Dinge, die mich nichts anzgehen. Ich habe ihm erwidert, daß ich mich sehr wohl um die Kindviecher kümmere, sowohl um die diers wie um die zweibeinigen, besonders wenn die zweibeinigen so boshaft sind.

Nun hat 'ver Herr Wirtschaftsminister mir vorgehalten, daß die Beamten nicht geneigt sind, in das Wirtschaftsministerium hineinzuströmen, weil der parlamentarische Untersuchungsausschuß da ist. Ein Beamter, der die Kritif des Parlaments nicht ertragen kann, ist meines Erachtens sehl am Platz denn einen Beamten, der sich nichts zu schulden kommen läßt,

(Dr. Schlögl [CSU])

schätzen wir alle mitsammen. Aber wenn ein Beamter so ist, daß ihm noch die nationalsozialistischen Eierschalen dranhängen, gehen wir gegen ihn vor, und daran wird sich nichts ändern. Wenn ein Bürokrat noch nicht gelernt hat, daß wir heute eine Dem okratie haben, bekämpsen wir ihn, und zwar mit vollem Recht. Das dürfte also kein Grund sein, weshalb man gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß ist. Wir werden unsere Arbeit im parlamentarischen Untersuchungs= ausschuß — das kann ich zum Trost des Herrn Wirtschaftsministers sagen — sehr bald beendigt haben, und ich bin selbst froh, wenn wir zum Schluß kommen. Das Wesentliche ist ja in diesem Ausschuß bereits festgestellt worden: daß nämlich die Arbeit des Herrn Amtsvorgängers des Herrn Wirtschaftsministers Zorn tatsächlich zum größten Teil sehr theoretisch war. Sie wissen, daß dieser Amtsvorgänger heute wieder große Artikel schreibt, und es zeigt sich dabei, daß er über bas Stadium der Theoretisiererei noch nicht hinausgekom= men ist. Er macht auch heute noch immer wieder den Versuch, seine alten Theorien unter allen Umständen in irgendeiner Form zu verteidigen.

(Zuruf: Sich in Erinnerung zu bringen!)

Ich habe von einem Beamten oder Angestellten, oder was dieser hohe Herr ist, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses einen Brief bekommen, und ich nehme an, daß auch die anderen Herren Abgeordneten diesen offenen Brief erhalten haben. Herr Vergassesson Leiter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Mißtände im baherischen Wirtschaftsministerium einen Brief geschrieben, den ich wohl nicht zu verlesen brauche, weil Sie ihn schon kennen. Mich hat dabei eines interessiert.

Präsident: Der Brief lag nicht vor, als die Strafsache gegen die Bauern durchgeführt wurde. Er hat auch mit der Interpellation nichts zu tun.

Dr. Schlögl (CSU): Der Herr Präsident wird immer mehr Jurift, ich stelle das sest.

(Heiterkeit.)

Er wird immer mehr Jurist. Es wäre gesehlt, wenn wir das auch noch erleben würden; ich muß darauf eingehen, damit ich den Herrn Wirtschaftsminister Zorn befriedigen kann, und zwar in jeder Hinstit denn sonst kommt er wieder auf eine falsche Fährte und kritisiert wieder den parlamentarischen Untersuchungsausschuß in einer Art und Weise, die hernach nicht ganz stichhaltig ist. Ich darf also doch mit Ihrer Erlaubnis einige Feststellungen machen. Den Brief will ich nicht berlesen.

Präsident: Ich nehme das Einwerständnis des Hauses dazu an, daß Herr Kollege Dr. Schlögl auch als Vorsigender des parlamentarischen Untersuchungsauß-schusse zur Untersuchung der Wißstände im Wirtschaftsministerium sich in die allgemeine Debatte vorgesichoben hat.

Dr. **Schlögl** (CSU): Ich werde dafür hernach nicht mehr das Wort ergreifen. Das kann ich zu Ihrer Beruhigung jett schon sagen. **Präsident:** Ich nehme also das Einverständnis des Hauses an.

Dr. Schlögl (CSU): Nun interessiert mich eines: Wenn diesem Herrn Utsschneider die Protokolle des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zugänglich gemacht worden sind, ist das sehr interessant. Wenn der Herr Unschneider selfstellt, daß wir in diesem Ausschuß nur auf Sensationen aus wären, so muß ich diesen Vor-wurf aufs schärsste zurückweisen. Wir untersuchen die Verhältnisse vollkommen ruhig und sachlich. Es liegt uns vollkommen fern, Sensationen aufzuziehen. Wenn irgende eine Zeitung in der Aufmachung anders vorgegangen ist, so haben wir das nicht zu verantworten. Die Sitzungen bes Untersuchungsausschusses waren bekanntlich biffentlich. Ich habe den Herrn Bergassessor Upschneiber des= halb nicht als Zeugen vernommen, weil er unterdessen einen Zeugen — ber ist auch Beamter und ist eidlich vernommen worden — verklagt hat, wie man mir mit= geteilt hat, und ich kann doch nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Er kann, wenn er Dr. Weber von Regensburg verklagt hat und der Prozeß steigt, dort seinen Beweis antreten. Aber es geht doch nicht an, daß der parkamentarische Untersuchungsausschuß in ein schwebendes Verfahren eingreift.

Das, meine Damen und Herren, zu dieser Angelegenheit. Und nun, Herr Wirtschaftsminister, darf ich Sie bitten, mir noch eine Anfrage zu beantworten. Sie hängt zusammen mit der Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Es ist die berühmte und bekannte Lederangelegenheit, die wir wiederholt im Landtag behandelt haben. Ich darf Ihnen das Schreiben vorlesen, mit Erlaudnis des Herrn Präsidenten, weil Zahlen darin sind — ich din etwas zahlenschwach —, damit ich die Sache richtig wiedergebe:

Im Jahre 1946 wurden in Bayern etwa 490 000 Kinder und etwa 560 000 Kälber der Schlachtung zugeführt. Wieviele Häute davon verblieben in Bayern und wieviele, die zur Gerbung und Verarbeitung außer Land gingen, kamen nach Bayern wieder zurück? Sämtliche in Bayern 1946 erzeugten Häute, in fertiges Leder umgewertet, haben ein Gewicht von etwa 10 500 000 Kilogramm, je Kopf der Bevölkerung etwa 1,2 Kilogramm Kinds- und Kalbs-leder.

Meine Damen und Herren, warum führe ich das an? Weil ich mith für den parlamentarischen Untersuchungsausschuß wehren will; denn wir haben bereits in Beilage 164 dieses Kapitel aufgegriffen. Es standen mir nur nicht die Zahlen zur Versügung, jeht habe ich sie authentisch. Nun möge sich der Herr Wirtschaftsminister dazu äußern, wo diese Kohhäute und das versarbeitete Leder hingekommen sind.

Herr Wirtschaftsminister, Sie tragen einen ganz scharsen Namen, er ist sest umrissen. Sie heißen Dr. Zorn. Im Volk wartet man darauf, daß Sie Ihren Namen zum Zuge kommen lassen. Werden Sie einmal zornig werden, wenn immer wieder versucht wird, uns Bahern auszuschmieren, wo es einigermaßen geht? Das ist in den anderen Ländern sicher so gewesen, darüber gibt es gar keinen Zweisel. Ist der Antrag des Landtags in Beilage 164 durchgeführt oder ist er heute noch nicht durchgeführt? Das muß ich Sie fragen. Wir haben das Zahlenmaterial zur Hand. Daß wir

(Dr. Schlögl [GSU])

in Bayern in jeder Form ausgeschmiert sind, das beweist das Zahlenmaterial. Mit Gutheit kommt man in Norddeutschland nicht vorwärts, das werden Sie schon gemerkt haben. Werden Sie jetzt einmal zornig und reden Sie energisch! Denn sonst ziehen die uns die letten Dinge noch heraus, und wir muffen in Bahern dann wahrscheinlich eines Tages barfuß laufen!

(Hört!)

So geht es nicht weiter. Das gehört auch zum Kapitel

Betriebsmittel der Landwirtschaft.

Herr Wirtschaftsminister, Sie brauchen mir biese Anfrage nicht sofort zu beantworten, weil ich weiß, daß zur Beantwortung noch verschiedene Fragen gelöst wers den müssen. Aber die Zahlen sind evident, ich habe sie mir von diesen sompetenten Stellen geholt, damit ends lich einmal klarer Wein eingeschenkt wird.

Meine Damen und Herren! Es ist bekannt, daß 70 Prozent der Robhäute bisher außerhalb Bayerns gegangen sind. 30 Prozent bleiben in Bahern, und ich möchte sie fragen: Wie kommt es, daß, wenn meine Information richtig ist, 15 Prozent in Rehau bleiben und nur 15 Prozent in Bayern verteilt worden sind? Das ist auch so eine Frage, die in diese Zusammenhänge gehört, nachdem ich schon einmal Vorsitzender dieses Ausschusses bin.

Meine Damen und Herren! Kürzlich hat eine bose Tageszeitung auch etwas Merkwürdiges hier in Mün= chen verbreitet, nämlich eine Angelegenheit, die wir auch schon im Ausschuß behandelt haben. Das ist die Frage der Ole und Fette, die in den Lagern da noch herumliegen. Es ist eine ganz wichtige Angelegen= heit. Der Wirtschaftsminister wird wahrscheinlich er= widern — ich kenne das schon aus der Praris des Wirtschaftsministeriums —, daß er entweder nicht zuständig ist oder daß er nicht die Transportmittel besitzt. Ich möchte ben Herrn Wirtschaftsminister darauf aufmerksam machen, daß zwei Ministerien Lastzüge haben. Er möge sich diese Lastzüge für den Transport kommen lassen, damit man diese wertvollen Produkte endlich aus den Lagern holt und sie nicht vollständig kaputt werden. Ich werde zweitens wahrscheinlich zur Antwort bekommen, daß hier die Zuständigkeit von ihm weg-genommen ist. Ich will den Herrn Wirtschaftsminister dringend bitten, er möge einmal bie Rüst ung sgut Inubh genau untersuchen. Es kommt mir nicht darauf an, welches Ergebnis genau erreicht wirb, aber doch so ungefähr, welche Dienstgrade des alten Militärs in bieser Küstungsgut Embh noch sitzen, vom Zahl= meister bis hinauf zum Oberst. Ich bitte, dem hohen Haus diese Mitteilung zu machen.

Ich weiß überhaupt nicht, wem die Küstungsgut Gmbh unterstellt ist, wenn nicht dem Wirtschaftsminister. Ich mache ihm vielleicht Vorwürfe, für die er gar nichts kann. Aber letzten Endes ist er verantwortlich für alle Fragen der Wirtschaft, und zur Wirtschaft geshört auch die berühmte und berüchtigte Rüftungsgut Gmbh, ein gemeinsames Unternehmen der Länder Bahern, Württemberg/Baden und Hessen zusammen. Da muß einmal hineingeleuchtet werden; wenn das immer wieder an der Zuständigkeit scheitert, kommen wir überhaupt nicht vorwärts.

Meine Damen und Herren! Fassen Sie meine Unsfrage, die ich an den Wirtschaftsminister gestellt habe, nicht als eine Kritik an dem Herrn Wirtschaftsminister

Dr. Zorn auf! Ich weiß, er hat ein sehr undankbares Amt. Nach dem Ernährungsminister ist er der unglückseligste Minister, den wir überhaupt haben. Wer dort sist, hat es nicht leicht. Ich habe seine Rede sogar in Druck gegeben und an meine Bauern hinausgegeben.

Das ist sicher objektiv genug gewesen.

Wer in mancher Hinsicht ist doch wirklich im Wirtschaftsminsterium nicht alles so in Butter, wie wir es wünschen möchten. Deshalb wünsche ich ihm dringend, daß er auf diesem Gebiet einmal den starken Mann macht, daß er hier in Bahern wie insbesondere außerhalb Bayerns auf den Tisch des Hauses schlägt. damit man es dort versteht. Mit irgendwelchen sonsti= gen überlegungen ober Keden kommt man da oben nicht weiter. Ich sage Ihnen auch den Grund. Wenn es in Deutschland genügend Deutsche gabe, dann wären wir überhaupt aus manchen Schwierigkeiten heraus. Aber es gibt noch leider Gottes viel zu viel Preußen. Das ist ein Menschenschlag für sich, der anmaßend in einer Art und Weise vorgeht, der immer wieder uns Bahern als dumm ansieht. Gegen diesen Thpus wende ich mich. Ich bin sonst ein Freund der Norddeutschen, weil ich Deutscher bin und das offen bekenne. Aber diese Generation der Preußen muß einmal aussterben, dieser Geift, der uns so sehr geschadet hat. Ich bitte Sie, Herr Minister, dafür zu sorgen, daß wir Bayern nicht immer und immer wieder ins Hintertreffen kommen. Sie haben selbst verunsacht, daß wir auf diese Dinge zu sprechen gekommen sind, weil Sie den parlamentarischen Untersuchungsausschuß so sanft gestreichelt haben, und alle anderen Dinge, die wir einzuwenden haben.

Es wird gesagt, daß wir Banern schaden, wenn wir manche Dinge aufdecken. Meine Damen und Herren, ich möchte schon sagen: Die norddeutschen Parlamente müßten den gleichen Mut haben wie wir und auch Untersuchungsausschüsse einsetzen und ihre Wirtschaft untersuchen lassen. Dann würde man sehen, daß dort ein viel größerer Saustall herrscht als bei uns in Bahern. Das stimmt sogar mit einer Erklärung über-ein, die der ehemalige Wirtschaftsminister Dr. Erhard abgegeben hat. Dies ist das, was ich zur Begründung der Interpellation und zur Kritit des baherischen Wirt-schaftsministers sagen wollte.

Jch komme zum Schluß. Nachbem kürzlich sogar die Freien Demokraten so liebenswürdig waren, in sach= licher Opposition zum Wirtschaftsminister zu stehen, haben sie ihm so viel Beifall geklatscht — ich weiß nicht, wie der Herr Wirtschaftsminister das aufgefaßt hat daß mir angst und bang geworden ist, weil ich gebacht habe: Vielleicht bekommt der den Dr.=Linnert=Drden, (Heiterfeit.)

und das märe etwas wert.

Ich möchte das hohe Haus bitten — die Freien Demokraten werden mit mir einer Meinung sein in Fragen der Wirtschaft tatsächlich die Parteipolitik zu begraben, daß wir hier eines Sinnes sind und zusammenhelfen wollen, damit wir mit dem Wenigen, was uns noch zur Verfügung steht, auch noch für die Gesamtbevölkerung etwas erreichen. Wir haben gestern in einem Ausschuß einmal die Not der Leute direkt vor Augen gehabt; die Herren, die dabei gewesen sind, haben es mit angesehen.

Meine Damen und Herren, wir mussen dafür sorgen, daß in etwa die Dinge sich bessern, und diese Mahnung richtet sich auch an die baherische Regierung,

(Dr. Schlögl [USU])

auf diesem Gebiet die Initiative zu ergreisen. Glauben Sie mir, ich spreche das Wort sehr schwer aus, weil ich weiß, wie schwierig die Dinge sind, aber man muß die Dinge zu meistern versuchen. Und da müßte auch dieser Kodinger Prozeß ein gewisses Beispiel sür den Wirtschaftsminister sein. Er nur kann uns helsen. Nicht der Landwirtschaftsminister ist zuständig, nur der Wirtschaftsminister ist zuständig, nur der Wirtschaftsminister ist zuständig, nur der Wirtschaftsminister ist zuständig. Ich bitte ihn, die Prozeßatten genau durchzustudieren. Dann hat der Kodinger Prozeß die Bedeutung gehabt, dem ganzen baherischen Volk die Augen zu öffnen, daß der Weg, den wir discher beschritten haben, nicht der richtige war und daß wir versuchen müssen, aus den Schwierigkeiten wenigstens etwas herauszukommen.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Damit treten wir gleichzeitig in die allgemeine Aussprache ein, die der Herr Kollege Dr. Schlögl in so freundlicher Weise bei der Begrünsdung der Interpellation eröffnet hat.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Emmert.

Emmert (CSU): Meine Damen und Herren! Der Beifall, den das hohe Haus jüngst der programmatischen Kedé des Herrn Wirtschaftsministers gezollt hat, bezeugt, daß wir mit den Aussührungen des Ministers auf der breiten Ebene des Wirtschaftspolitischen zufrieden waren. Namens meiner Fraktion kann ich den Erklärungen des Herrn Ministers meine und meiner Freunde Zustimmung nicht versagen. Die Kede bringt einen erfreullich frischen Zug der Wirtschaftsspreundlichkeit, die ich besonders begrüße. Die Wirtschaft unseres daherischen Landes hat schon lange darauf gewartet, daß die Kezierung in aller Offentlichkeit zu den Problemen Stellung nimmt, vor denen die Wirtschaft heute steht und mit denen sie ohne die schüßende und fördernde Hand des Staates allein nicht fertig werden kann.

Das Bekenntnis des Herrn Wirtschaftsministers zur Notwendigkeit einer verantwortlichen Mitarbeit der Wirtschaft an allen gegenwärtigen und künftigen Aufgaben der bayerischen Wirtschaftspolitik und der Einsat der unternehmerischen Initiative sinden im besonderen Maße Widerhall in unserem Herzen. Wir wiederholen, daß wir die Lebensfragen der deutschen Gegenwart und der Zukunst aus unserer christlichen Grundeinstellung bekräftigen wollen, und wir wissen am besten, daß die Lösung dieser Fragen, soweit sie das weite Gebiet der Wirtschaftspolitik angehen, nur möglich ist, wenn der Inzuls dazu in immer stärkeren Maße von einer sozialen Wirtschaftspolitik zu dieser Gesinnung als einer ersten Voraussehung sür den Wiederausbau der Wirtschaft und ist bereit, diesen Weg mit allen Anständigen zusammen zu gehen, die den gleichen Impuls in sich tragen.

Was der Herr Minister in dem zweiten Teil seiner Rede über Wirtschaftsplanung und Sozialisierung gesagt hat, weicht sehr wohltuend von dem Tenor ab, den man leider öfter, als uns lieb ist, in anderen Ländern unseres Vaterlandes von der sozialistischen Führung zu hören bekommt. Gewiß, nicht alles sindet unsere Zustimmung — wir haben in dieser und jener Hinscht eine andere Meinung —, aber die Grundtendenz, die

ber Herr Minister vertritt, ist im wesentlichen so positiv für die Wirtschaft, daß ich auch namens meiner Partei dem Herrn Minister volle Anerkennung aussprechen will. Wenn die Dinge so offenherzig und weitblickend angepackt werden, glauben meine Freunde, daß es unseren gemeinsamen Bemühungen gelingen wird, die zur Zeit noch turm hohen Schwierigkeiten zu meisstern.

Wir wollen daher alles Kleinliche, was sich in der Kritik des Alltags auftun kann, zurückstellen und unsere Kräfte auf das gemeinsam gesteckte Ziel zusammensassen.

Meine Damen und Herren! Mit Recht hat der Herr Minister betont, daß der Arbeit eines jeden Wirtschaftsministers heute Grenzen gezogen sind und daß die letten wirtschaftlichen Entscheidungen, wie z. B. Währung, Steuergesetzgebung, Reparationen, Demontagen, Requisitionen und Patentschutz, von den Besatungsmächten getroffen werden. Was der Herr Minister darüber gesagt hat, wird von uns uneingeschränkt geteilt. Wer, — und das ist allerdings auch unserz Meinung —, es ist nicht genug damit getan, daß wir gelegenklich in programmatischen Erklärungen auf diese Schwierigkeiten nur hinweisen, wir müssen vielmehr von uns aus alles tun, unseren Einfluß, soweit dieser sich überhaupt noch entfalten kann, geltend zu machen, da= mit die Wünsche unserer schwer angeschlagenen und immer tiefer sinkenden Wirtschaft an die Siegermächte nicht ungehört verhallen, sondern in den Anordnungen der Siegermächte nach Möglichkeit ihre Berücksichtigung finden.

Ich bedauere, daß der Herr Minister in seiner Rede das Problem des Industrieplans, der Demon-tagen und der Reparationen für den deutschen Wiederaufbau nur kurz gestreift hat. Denn — und das kann nicht oft genug ausgesprochen werden — diese Probleme sind namentlich für die künftige Entwicklung der deut= schen Ausfuhr und damit in gewissem Sinne auch für das Schickfal unseres Volkes von ausschlaggebender Bebeutung. Solange ber Industrieplan von Potsdam mit seinen bisherigen Produktionsverboten und Produktionseinschränkungen aufrechterhalten bleibt, kann auch die deutsche Ausfuhr nicht das Exportsoll aufbringen, das ihr von der Besatungsmacht zur Auflage gemacht wird. Der frühere amerikanische Präsident Hoover hat in einem Bericht, den er nach einer Studienreise durch Deutschland und Österreich an Bräsident Truman er= stattet hat, auf diese Tatsache ganz besonders aufmerksam gemacht. Solange es bei der Demontage von Fabriken und dem Abtransport an Reparationsleiftun= gen, die für die deutsche Ausfuhr entweder unmittelbar oder mittelbar außerordentlich wichtig sind, verbleibt, fann der deutsche Außenhandel die ihm gestellte Aufgabe einfach nicht erfüllen. Selbst ein führender ameri= kanischer Industrieller, Mister Allen W. Dulles, der Präsident der Nationalen Außenhandelsvereinigung in New York, hat auf diesen Umstand noch kürzlich hin= gewiesen und dabei wörtlich erklärt:

Das Deutschland von heute ist mit einer bankrotten Gesellschaft vergleichbar, in die einige ihrer Gläubiger Millionen Dollar hineinstecken, während zur gleichen Zeit andere Gläubiger die Maschinen aus den Fabriken wegnehmen.

Wir bitten den Herrn Minister, nichts unversucht zu lassen, in Besprechungen mit Vertretern der amerikanischen Regierung auf die bestehenden Zusammenhänge zwischen deutscher Aussuhrnotwendigkeit einerseits und

Korrektur des Industrieplans andererseits samt Einstellung der Demontagen mit aller Deutlichkeit aufmerksam zu machen. Der Wirtschaftsminister vor allem hat die besondere Pflicht, sich der Wünsche der auf der Demontageliste stehenden Firmen anzunehmen und sich energisch dafür einzusehen, daß die bestehenden Gesahren gebannt werden. Die disherigen Ersahrungen stimmen uns allerdings wenig hoffnungsfreudig. Unsere Erkenntnisse und Mahnungen, die Demokratie doch nicht dem Hunger auszuliesern, müßten recht baldige praktische Folgerungen haben. Veruhigungspillen, bei deren Veradreichung die Demontagen ruhig weiterlaufen, haben wenig Wert.

Wir legen des weiteren auch Wert darauf, daß in solchen Besprechungen mit der Besatungsmacht auf die unheilvollen Folgen der außerordentlichen Steuerbelastung der deutschen Bevölkerung sowie vor allen Dingen auch der deutschen Wirtschaft nachdrücklichst aufsmerksam gemacht wird. Wan mag hier und da der Weisnung sein, daß diese Fragen erst nach der Währungsresorm praktische Bedeutung bekommen. Das ist in gewissem Sinne auch richtig. Immerhin schaffen aber die anormal hohen Steuern auch für die Übergangszeit noch so viele Schwierigkeiten, daß ihre Herabsetzung

unbedingt verlangt werden muß.

In der britischen Zone ist überdies die Bermögens= steuer bei der Berechnung der Einkommenssteuer vom Einkommen voll abziehbar, in der amerikanischen Besatungszone wird dies jedoch nach wie vor abgelehnt. Es wäre gewiß ein Schritt vorwärts, wenn es gelänge, auch bei uns diesen vollen Abzug durchzusetzen. Es ist mir und meinen Freunden völlig unver= ständlich, warum immer noch zwischen beiden Zonen solche wesentliche Unterschiede in der steuerlichen Behandlung bestehen können. Ich werde darauf in einem anderen Zusammenhang noch zurücktommen. Es wäre meines Erachtens dringend notwendig, daß die zuständisgen Minister der Länder in der US-Zone in dieser Richs tung vorstellig würden, damit die Gleichheit der steuerlichen Belastung wenigstens in den beiden Zonen durch= geführt wird. Die unausbleibliche Folge einer solchen, im wahrsten Sinne des Wortes konfiskatorischen Besteuerung ist, daß zunächst einmal so mancher Arbeit-nehmer wenig Interesse an einer geregelten Arbeit hat. Wenn er Schwarzarbeit leistet ober aufs Land geht, erhält er neben reichlicher Bezahlung auch noch Lebens-mittel, und zwar steuerabzugsfrei. Verständlich, wenn auch der Unternehmer tein Interesse daran hat, mehr zu verdienen, seinen Betrieb zu vergrößern oder zu verbessern! Denn auch er arbeitet nur für das Finanzamt. Diese "steuerliche, Leiftungsfähigkeit", Die sich in Kassenüberschüssen der Länder ausdrückt, verdient meines Erachtens mehr Schrecken als Freude. Es ist nur eine ganz trügerische Fassade, hinter der die Pleite lauert.

Die Steuergesetzgebung des Kontrollrats zwingt überdies den Kaufmann, unter seinen Attiven die Forderungen gegen das Neich (Kriegsschäben, Kriegsslesferungen, Keichsanleihen) voll anzusehen, statt diese abzuschreiben. Damit entstehen für steuerliche Zwecke unter gesehlichem Zwang offenkundig falsche Bilanzen, nur um recht große Beträge herauszurechnen, die konfisziert werben können. Das ist ein Ergebnis, das jeder betriedswirtschaftlichen Regel widerspricht und ebenso jeder vernunstmäßigen Erkenntnis ins Gesicht schlägt.

In diesem Zusammenhang bedauern wir, daß es nicht gelang, in der amerikanisch besetzten Zone eine ähn= liche Regelung bezüglich der Forderungen an das Reich aus Kriegslieferungen und -leiftungen zu erreichen, wie dies in der englisch besetzten Zone durch die Finanz-instruktion' Nr. 57 der englischen Militärregierung ge-troffen wurde. Diese Finanzinstruktion bestimmt die volle Abzugsfähigkeit solcher Forderungen in den Steuerbilanzen 1943, 1944, 1945, soweit die Beranlagungen für die einzelnen Steuerjahre noch nicht endgültig und rechtskräftig sind und die genannten Forderungen bis 31. Oktober 1945 noch nicht gezahlt wurden. Es ist uns bekannt, daß den in der englischen Zone gelegenen Firmen durch die Regelung der Finanzinstruktion Nr. 57 nicht unerhebliche steuerliche Vorteile erwachsen sind, und wundern uns nur immer wieder, warum eine gleiche Regelung für die amerikanische Zone bisher nicht gefunden werden konnte. Wir bitten den Herrn Minister der Finanzen, mit allem Nachdruck der amerikanischen Mili= tärregierung in Deutschland gegenüber zu vertreten, daß eine entsprechende Anordnung auch für unsere Zone erlassen wird.

'Meine Damen und Herren! Wir hoffen, daß durch die baldige Schaffung bizonaler bzw. trizonaler Wirt= schaftsverbände als Bertretungsorgane der Wirt= schaft die Möglichkeit heranreift, die Gemeinsamkeit der Interessen unter den Zonen abzustimmen, um dann diese Interessen einheitlich gegenüber den Besatzungsmächten als unsere gemeinsamen Wünsche zu vertreten. Wir haben gehört, daß bald der Wegfür solche bizonalen Wirtschafts= verbände, Industrie= und Handelskammervertretungen frei sein wird. Wir würden uns ganz besonbers freuen, wenn dem so wäre. Vor allem aber würde esuns freuen, wenn dem bizonalen bzw. fünftig dem trizo= nalen Wirtschaftsrat in Frankfurt ein Beratungsaus= schuß der Wirtschaft zur Seite gestellt werden könnte, der nach den letzten Verlautbarungen errichtet wird aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften. Man spricht von einem 48köpfigen Gremium, und zwar zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Jedes Land stellt in diesem Ausschuß drei Vertreter der Arbeit= nehmer und drei Vertreter der Arbeitgeber. Ich würde es besonders begrüßen, wenn der Plan bald Wirklichkeit würde und der Beratungsausschuß sich auf den Gesamt= organismus der Wirtschaft in den Zonen stützen könnte. Wir hatten dann die Organisation, die wir brauchen, um eine einheitliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik abzustimmen und die gemeinsamen Wünsche gegenüber den Besatzungsmächten zu vertreten.

Auch noch etwas anderes möchte ich in diesem Zusammenhang zur Sprache bringen. Der Herr Minister brachte zum Ausdruck, daß schon allein die Arbeit des bizonalen Wirtschaftsamtes eine selbständige baherische Wirtschaftspolitik unmöglich macht. Es ist klar, daß auch Bahern auf die Bedürsnisse des größeren deutschen Wirtschaftsraums Kücksicht zu nehmen hat. Das darf uns aber nicht daran hindern, eine don uns als richtig erstannte Wirtschaftspolitik dem bizonalen Wirtschaftsamt gegenüber mit aller Deutlichkeit zu vertreten. Sierzu haben wir jetzt die Möglichkeit über den Wirtschaftsrat in Franksurt. Es darf dabei aber nicht sein Bewenden haben. Der Herr Wirtschaftsminister soll dafür Sorge tragen, daß Bahern auch in der personellen Besetzung des Wirtschaftsamtes seinem Stärkeverhältnis entsprechend berücksichtigt wird. Das ist für uns ein Grundersordernis. Wir legen Wert darauf, daß die

allertüchtigsten Kräfte, die sogenannte erste Garnitur, die Arbeit in Minden bzw. Franksurt leistet, und zwar mit einer Hingabe, die dem Ernst der Stunde wie auch der hohen Verantwortung entspricht. Parteipolitik geshört nicht in die Verwaltungsstuben. Mit Sorge vers solgt die Union die Entwicklung der Personalpolitik in Minden. Der Wirtschaftsrat in Frankfurt hat gewiß eine andere Zusammensetzung wie das Verwaltungsamt in Minden. Hinzu kommt der meines Erachtens berechtigte Standpunkt der Wirtschaft: Die Wirtschaft lehnt die dort noch vorherrschende Selbstherrlichkeit einer Verwaltungsbürokratie ab und trägt Bedenken gegenüber dem teilweise sogar wirtschaftsfeindlichen Kurs, der dort vereinzelt herrscht. Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, daß wir diese Entwicklung mit aller Aufmerksamkeit verfolgen. Darum freut es uns besonders, daß der Herr Wirtschaftsminister zu einer objektiven Betrachtungsweise der Dinge hinneigt. Fedenfalls glauben wir das aus seiner Rede entnommen zu haben.

Einen breiten Kaum in den Ausführungen des Herrn Ministers nahmen die gegenwärtigen Ausgaben der Organisation einer möglichst gerechten Verteilung sowie Steigerung der Produktion ein. Auch diese Seite der Rede des Herrn Ministers sindet im allgemeinen unsere Billigung. Leider haben die Militärregierungen die dizonalen Vereindarungen über die Kompensationen nicht genehmigt. Neuerdings haben sich aber die Wirtschaftsminister auf gewisse Grundsätze geeinigt, wonach nur genehmigte Kompensationen in akuten Notsällen erlaubt sein sollen. Wenn es auch in Bayern bei oben genanntem Grundsatz bleibt, besürchtet die Virtschaft, daß die genehmigte und behördlich kontrollierte Kompensation nicht so schnell, gut und reibungslos durchgeführt werden kann, wie es jeweils notwendig sein wird.

Die Beschränkung der vollen Bewirtschaftung auf lebenswichtige Güter wird auch von uns vertreten, weil wir alle Anstrengungen des Ministeriums unterstützen, die darauf abgestellt sind, die Produktion mit allen Mitteln anzuregen. Deshalb begrüßen wir auch die vom Wirtschaftsministerium in Angriff genommenen Maßnahmen und Wisichten bezüglich Kohle, Erdöl, wirtschaftlicher Forschung und Kationalisierung. Wir bitten aber auch das Wirtschaftsministerium, alle An= strengungen zu machen, daß die Vorräte in den Rü= stungslägern nun enblich der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Leider — das muß offen ausgesprochen werden — haben die deutschen Stellen in Bahern allzu bürokratisch gearbeitet, so daß Millionenwerte, die be= reits freigegeben waren, zum großen Teil immer noch nicht verteilt sind. Während des langen Winters sind Vorräte leider zu Schrott geworden. Anträge, die bereits von amerikanischen und deutschen Dienststellen genehmigt waren, sind immer noch unerledigt. Ich bitte deshalb den Herrn Minister, das Amt für Küstungsgut und die damit zusammenhängenden Regierungswirtschaftsämter anzuweisen, diese Anträge endlich zur Er= ledigung zu bringen.

Das ehemalige Heeresgut könnte sehr dazu beistragen, ein industrielles Sosortprogramm für die Landwirtschaft in Angriff zu nehmen, damit wenigstens die allerdringlichsten Bedürsnisse in absehbarer Zeit befriesdigt werden können. Wenn das Vestreben unserer Bauern, die landwirtschaftliche Erzeugung um weitere 15 Prozent zu steigern, von Ersolg begleitet sein soll,

dann ist meines Erachtens Boraussehung, daß man ausreichend Kunstdünger, Ersatteile für landwirtschaftliche Maschinen usw. zur Versügung stellt. Wir bitten daher den Herrn Wirtschaftsminister, sich auch dieser Wünsche mit aller Tatkraft anzunehmen. Wenn die derzeit vorhandene Industriekapazität nur bis zu etwa 35 Prozent ausgenützt werden kann, so verkennen wir keineswegs die Schwierigkeiten, die unserem Plan entzegenstehen. Allein wir hoffen auch, daß dieser Tiefpunktriellen. Und gewerblichen Erzeugung doch demnächst überschritten werden und ein Teil der neu auskommenden Produktionskapazität der Landwirtschaft dienen kann; denn, wer der Ernährung hilft, hilft uns allen.

Bayern hat nach dem Stand vom 15. Mai 1947 bei etwa 6,6 Millionen Einheimischen etwa 1,75 Millionen Ausgewiesene. Von ihnen konnte bis heute trop aller Bemühungen nur ein geringer Bruchteil in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Das Problem wird um so ernster, als nur etwa 20 Prozent der Neubürger überhaupt arbeitsfähig sind. Das Vorhaben kann unseres Erachtens nur dann glücken, wenn ihm die Aufstellung eines Industrieverteilungsplans für Deutschland, somit auch für Bahern, vorausgeht, da nur dadurch eine vernünftige Arbeitslenkung denkbar ift. Die bisher nur provisorisch untergebrachten Menschen müssen meines Erachtens teilweise umgesiedelt werden, um ihnen für die Dauer ihr tägliches Brot sicherzustellen. Wir werden alle erfolgversprechenden Bemühungen unterfützen, welche neue Arbeitsmöglicheiten eröffnen, sei es dunch Gründung neuer Betriebe, Pereitstellung von gewerdlichen Käumen, Bilbung von Produktiv-genossenschaften, übernahme von Großaufträgen für den Export, Gewährung von Krediten, besonders für Keine Gewerbetreibende.

Der Herr Wirtschaftsminister hat schon recht, wenn er den Export als das zur Zeit wichtigste Mittel zur Anregung unserer Produktion bezeichnete. Unter den zahlreichen Problemen des Wiederaufbaus unserer Birtschaft nimmt der Export eine Schlüsselstellung ein. Deutschland hat zahlreiche Devisenquellen, über die es früher verfügte, heute verloren. Zu nennen sind hierbei vor allem die Devisenerlöse aus der deutschen Schiffs fahrt, dem internationalen Bankgeschäft, den internationalen Versicherungen, sowie die großen Devisen-eingänge aus der Anlage deutschen Kapitals im Aus-land und vor allem die Devisenerlöse aus den gerade für unsere bayerische Wirtschaft so wichtigen Fremdenverkehr. So ist uns im wesentlichen als der wichtigste und fast einzige Faktor auf der Aktivseite unserer Zahlungsbibanz nur noch die Warenausfuhr verblieben. Die dringende Notwendigkeit, ja der harte Zwang zur weitestmöglichen Förderung der Warenausfuhr liegt daher auf der Hand. Nür mit dem Erlös unserer Warenausfuhr können wir die lebensnotwendige Einfuhr von Nahrungsmitteln, Treibstoffen, industriellen Kohstoffen, Produktionsmitteln, sowie diejenigen internationalen Dienstleistungen bezahlen, die wir außerdem in Anspruch nehmen müssen.

Angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit der Ersüllung dieser Aufgabe können wir den optimistischen Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers hinsichtlich der Entwicklung unserer Ausfuhr nicht solgen. Nach dem Außenhandelsplan, der Ende 1946 für die ameristanisch-britische Besahungszonen von den Besahungsmächten sestigtegt wurde, soll die baherische Wirtschaft

im laufenden Jahr insgesamt Waren im Wert von 125 Millionen Mark exportieren. In den ersten fünf Monaten des Laufenden Jahres wurden aber tatsächlich noch nicht einmal für 40 Millionen Mark Aussuhr-kontrakte abgeschlossen. Bei dieser Entwicklung erscheint es unserer Fraktion als völlig ausgeschlossen, das für Bapern festgelegte Exportziel im ersten Planjahr zu erreichen. Der Herr Minister hat sehr hoffnungsvoll von den 30 Exportprogrammen gesprochen, die sein Ministerium bisher ausgearbeitet und der Militärregie= rung vorgelegt hat. Exportprogramme sind aber noch tein Export und die Planung von Ausfuhrfertigung ist noch keineswegs gleichbedeutend mit Produktion und Absatz dieser Waren. Es wäre unseres Erachtens eine verdienstvolle Aufgabe des Herrn Wirtschaftsministers gewesen, vor diesem hohen Hause voch gang offen all die Schwierigkeiten und Hindernisse aufzuze i = gen, die einem Wiederausbau der deutschen Aussuhr und des deutschen Außenhandels nach wie vor entgegen= stehen. Export ist sowohl eine Frage der Produktion wie des Absayes. Weder das eine noch das andere erscheint uns heute gesichert. Zur Produktion von Aus-führwaren sind unter anderem auch gewisse Aus-landsrohft of fe ersorderlich, die heute noch nicht vorhanden sind und deren rechtzeitige Vereitstellung höchst zweiselhaft erscheinen muß. Eine ganz kurze überslegung wird die Berechtigung bieses Zweisels erweisen. Nach einem alten Erfahrungsfatz sind in der gesamten deutschen Aussuhr wertmäßig durchschnittlich 10 Pro-zent Auslandsrohstossfosten enthalten. Soll Bahern im laufenden Fahr Ausfuhrwaren im Gesamtwert von 125 Millionen Mark exportieren, so benötigt es hiezu erfahrungsgemäß ungefähr Austandsrohftoffe im Wertbetrag des zehnten Teils, also im Wert von etwa 12,5 Millionen Mark. Was ist nun bisher im laufenden Jahre an ausländischen Rohstoffen eingeführt worden? Unseres Wissens nur ein verschwindender Bruchteil hievon. Das Wirtschaftsministerium trägt hieran keine Schuld, da alle Einfuhr zentval von Minden aus durch die Besatzungsmächte und nicht durch den deutschen Ginfuhrhandel erfolgt. Da die Einsuhr aber bis jetzt noch nicht von der beutschen Seite aus erfolgt, der deutschen Seite jedoch die Verantwortung für die Erreichung des vorgeschriebenen Exportsolls aufgebürdet worden ist, sollte unseres Erachtens das Wirtschaftsministerium immer wieder bei der zuständigen Seite der Besatungs= macht auch auf die Erfüllung der unerläßlichen Boraus= setzung hinweisen, die die Rohstoffeinfuhr für die Ausfuhrfertigung nun einmal darstellt. Sonst könnte mit vollem Recht eines Tages der Vorwurf erhoben werden, daß das Ministerium zwar zahlreiche Export= programme ausgearbeitet, aber nicht bei der Besatungsseite für rechtzeitige Rohstoffeinfuhr Vorsorge ge= troffen hat.

Ausfuhr ist wber nicht nur eine Frage der Probuktion, sondern auch des Absates. Es ist niemand unbekannt, daß der Absates deutscher Waren im Auskand heute noch Hemmnissen unterliegt, die jede private Unternehmerinitiative in der Außenwirtschaft illusorisch machen. Wir hoffen, daß der Herr Wirtschaftsminister in Erkenntnis der grundlegenden Bedeutung dieser Tatsache unermüdlich besorgt sein wird, die Außemvirtschaft von diesen Fesseln zu besreien, um ihr, selbstverständlich unter der Kontrolle der Besatungsmächte, Stenogr. Ber. des Baher. Landtags 1946/47, Bb. I, 24. Sizung wieder jene Bewegungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, die für den Absat deutscher Waren im Ausland und damit auch für die Erfüllung unserer Exportauflage unerläßliche Voraussezung sind. Der Herr Virschaftsminister hat schon darauf hingewiesen: Das gegenwärtige Aussuhrverfahren ist viel zu kompliziert und bedarf dringend der Vereinfachung. Es erscheint mir notwendig, wenn auch über die sogenannten "Möglichkeiten" der Aussuhr— ich denke an das Umzrechnungsverhältnis Fremdwährung und Reichsmark— weitgehend Ausklärung geschaffen würde. In Kreisen der Wirtschaft besteht vielsach die Ansicht, das der Aussuhrantrag dann nicht genehmigt würde, wenn der deutsche Inlandspreis seit 1938 nicht unbeträchtlich erhöht worden sei.

(Glocke des Präsidenten.)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter einen Augenblick! Es ist soeben Klage darüber geführt worden, daß so viele Privatunterhaltungen im Saal stattfinden. Ich bitte die Herren Kollegen, die Privatunterhaltungen führen wollen, dies im Vorraum zu tun.

Nun bitte ich Sie fortzufahren, Herr Abgeordneter.

Emmert (CSU): Nach meiner Kenntnis kommt es für die Aussuhrgenehmigung ausschließlich auf das Vers hältnis zwischen dem gegenwärtigen Auslandspreis in Devisen und dem deutschen Stop-Preis von 1938 an. Die deutsche Preissteigerung gegen 1938 soll dagegen auf die Genehmigung selbst keinen Einsluß haben. Wir bitten den Herrn Wirtschaftsminister, für eine Aufklärung der Umstände, die eine Aussuhr begünstigen, die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten.

Bezüglich ber vom Herrn Minister erwähnten Holzlieferungen an das Ausland wäre es nach Ansicht unserer Fraktion schon am Plaze, wenn man sich mit Nachdruck für die Schonung des baherischen und deutschen Waldes einsetzen würde. So geht es nicht weiter. Davon wird nicht nur die Aussuhr betroffen, sondern auch das Wohnbauprogramm, dem wir in den nächsten Jahren unsere ganze Aufmerksamkeit schenken müssen.

In dem zweiten Teile seiner programmatischen Rede beschäftigte sich der Herr Wirtschaftsminister mit der Frage der Wirtschaftsplanung und der Sozialisierung. Ich habe schon zu Gingang kurz dazu Stellung genommen. Auch wir sind der Ansicht, die Notlage habe einen solchen Umfang und vor allem auch eine jolche Tiefe, daß wir auf eine staatliche Steuerung vor= erst gewiß nicht verzichten können. Den Wiederausbau dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, wäre heute ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Wir freuen uns aber, vom Herrn Minister zu hören, daß er sich dafür einseben will, die private Initiative als wirk-sames und auch entscheidendes Regulativ der Aufbauarbeit weitestgehend zu berücksichtigen. Die Gedankengänge des Herrn Ministers bewegen sich im ganzen auf jener höheren Ebene, auf der meine Fraktion einen Gedankenausbausch über das im Interesse des Wiederaufbaus notwendig zu Tuende für fruchtbar hält. Nasmens meiner Fraktion gebe ich daher die Erklärung ab, daß wir uns für die Zusammenfassung aller Kräfte zur Verfügung halten. Diesem Zusammenspiel haben sich Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft gleichermaßen einzuordnen.

Der Hern Minister bezeichnete mit Recht das Kohlen problem als Angelpunkt für die induftrielle und gewerbliche Entwicklung nach oben. Wir müssen wenigstens erreichen, daß uns ein weit größerer Anteil an der Kohlenproduktion für unsere notleidende Wirtschaft verbleibt. Denn das ist die erste Grundvoraussehung für die von uns so dringend gewünschte Steigerung der Produktion, einerseits für den Export wie anderenseits für den ungeheuren Güterbedarf der Bewölkerung, insbesondere unserer Landwirtschaft. Dieser muß in erster Linie an Produktionsmitteln das geliesert werden, was sie braucht, um nach dem außervordentlichen Verschleiß im Kriege die Erzeugung wieder auf einen Stand zu bringen, der bei niedrigem Arsbeitseinsat größere Erträge erzielbar macht.

Was uns ferner nottut — der Herr Minister hat danauf leider nicht hingewiesen —, ist die Lösung der Arbeitsmarktrise, unter der die Wirtschaft zur Zeit außerordentlich leidet. Wir bitten die Regierung, dieser Frage ihr besonderes Augenmerf zu schenken. Es genügt nicht allein, auf die Kücksehr der Kriegsgesangenen zu pochen. In Besprechungen, mit der Militärregierung sollte der Bitte Ausdruck verliehen werden, uns wenigstens einen Teil der dort beschäftigten Arbeitskräfte

wieder freizugeben.

Die Wiederausbauarbeit muß allerdings auch von der Preisseite her die notwendige Unterstützung sinden. Infolge Steigerung der Unkosten, welche durch zuschmende Verteuerung von Rohstoffen, Werks und Hilfsstoffen, Keparaturs und Transportsoften, Umstellungs und Unlauftosten sowie anderer preissteigernder Faktoren bedingt ist, ergibt sich zwangsläusig, daß auch die Betriebe der Wirtschaft bei gewissemhafter Beachtung der Preisvorschriften ihre Unternehmungen in zunehmendem Maße auf Kosten ihrer eigenen Substanz sortzuführen gezwungen sind. Es ist nur eine Frage der Beit, wie lange sie hierzu noch in der Lage sind.

Und nun zum Schluß: Der Herr Minister hat sich eindeutig genug als Gegner der totalen Planwirtschaft, der zentralen Verwaltungsbürofratie bezeichnet. Begrüßenswert war sein Bekenntnis zu der abendländischen Anschauung über den Wert und die Bedeutung des Individuums, sein Abrücken von dem Begriff der Planwirtschaft und Ersetung durch den Begriff der Wirtschaftsplanung, in der die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft ühren Kaum haben soll. Wir werden aber auch mit Sorgfalt darüber wachen, daß diese Gedankensänge die praktische ministerielle Arbeit in den kommensänge die praktische ministerielle Arbeit in den kommensen Monaten beschatten werden. Denn es ist unser Ziel, die Wirtschaft aus den Kräften der Eigengesetzlichkeit wieder lebensfähig zu machen zum Wohl unserer baperischen Hermat und zum Segen unseres deutschen Vaterslandes.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen solgenden Vorschlag zu unterbreiten: Die Haupt-redner einer jeden Fraktion sollen zeitlich undeschränkt zu diesen Fragen Stellung nehmen können. Die übrigen Redner sollen aber nur eine Redezeit von zehn Minuten haben. Dies gewügt zur Erörterung einzelner sich noch ergebender Fragen durchaus.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dehler.

Dr. **Dehler** (FDP): Meine Damen und Herren! Ich habe perfönlich Anlaß, Herrn Minister Dr. Zorn dafür zu danken, daß er meiner Anregung entsprochen hat, die Grundthesen, nach denen er baherische Wirtschaftspolitik treiben will, hier zu versechten. Meine Freunde und ich haben seinen Aussührungen, ich darf sagen, demonstrativen Beisall gezollt, so demonstrativ, daß ich hosse, daß er ihm bei seinen Freunden nicht geschadet hat.

(Beifall.)

Dieser Beisall galt seiner Person, deren Lauterkeit unbestreitbar ist. Wir freuen uns, daß ein Mann mit alter bayerischer Verwaltungstradition dieses Ministerium sührt. Unser Beisall galt auch weitgehend seinen Darlegungen. Das, was Kollege Emmert soeben ausgesührt hat, kann ich insoweit unterstreichen. Dr. Zorn hat seine Aussihrungen zwar unter der Etikette gebracht: Nur aus einer sozialistischen und nicht aus einer liberalen Gesinnung heraus kann man die Dinge meistern. Wenn aber das, was er vertreten hat, Sozialismus ist, dann bin ich ein Sozialist.

(Beifall.)

Die Worte, mit denen er überspitte planwirt= schaftliche Gedanken abgelehnt hat, sind unbedingt zutreffend. Die Sinnlosigkeit dieser Planung, wir haben sie heute erlebt. Wir haben darauf bei der De= batte über die Demontage von Kugelfischer hingewiesen. Planung, die dazu führt, daß Amerita uns Fett liefern muß, weil man sich warauf kapriziert, daß wir feine Seeschiffe haben können, und weil man uns nicht gestattet, vorhandene Walfische zu 'fangen, Planung, die dazu führt, daß wir Stickstoff auf Kosten der Steuerzahler der USA einführen müssen, obwohl wir den Stickstoff selbst herstellen könnten, solche Planung kann es auch nicht im Inneren geben. Was Dr. Zorn hier gesagt hat, ist richtig. Ich möchte ja meinen, seine Freunde müßten resignieren, wenn er am Ende die ganze Sozialisierung darauf beschränkt hat, daß nur Unternehmungen, deren Eigentum mit Lasten verbunden ist, die ein einzelner wicht tragen kann und die auf breitere Schultern gelegt werden müffen, für die Sozialisterung in Frage kommen. Dabei möchte ich noch sehr in Frage stellen, ob der Finanzminister an solchen So= zialisierungen eine große Freude hätte; denn es würde sehr bald dazu führen, daß er über eine Briefmarkensammlung wirtschaftlicher Fehlldrucke verfügen würde.

Wir gehen grundsätlich mit ihm einig und haben das Gefühl, daß er sich auf dem richtigen Weg befindet, wenn er sagt, daß es in der Wirtschaft nur um den einzelnen und nur um dessen Wohl geht. Hierzu sagen wir: Es geht erst recht um das Wohl des Letzten in unserem Volke. Alles, was wir beschließen, alles, was geschieht, jede Demontage, jede Keparation und jede Kestitution geht auf Kosten des kleinen Mannes. Den Letzten beißen die Hunde. Eine Wirtschaftspolitik aber, die sich darum nicht kümmert, ist verurteilenswert. 90 Prozent unseres Volkes sind kleine Leute. Ihr Interesse muß gewährt werden. Es ist zu fragen: wird ihnen das Existenzminimum gewährt und werden ihnen Arbeitsbedingungen gegeben, die ihr Leben sinnwoll machen? Ich habe das erfreuliche Gefühl, daß Dr. Zorn kein Doktrinär ist. Das Schlimmste in der Wirtschaft ist, wenn jemand mit firen Gebanken voreingenommen an wirtschaftliche Dinge herangeht. Er hat das Gegenteil gezeigt.

(Dr. Dehler [FDP])

Sie wissen, wir vertreten eine Wirtschaftsaufsafgung, die an die Verantwortung des einzelnen appelliert und die besagt, daß die Verantwortung Freiheit und die besagt, daß die Verantwortung Freiheit vorausset, saber keine Freiheit, die Unsgebundenheit bedeutet, sondern eine Freiheit, die vom Staat und von der Gesamtheit kontrolliert wird, eine Freiheit, die im Falle des Wissbrauchs genommen wird. Dies gilt auch für die Unternehmer. Wenn sie ihre Aufgabe in dieser schweren Zeit nicht erfüllen, verdienen sie unterzugehen. Ein Unternehmer, der daran denkt, aus dieser Notzeit etwas für sich herauszuschlagen, ist ein Hundssott.

Einer der schwersten Vorwürfe, den ich in diesem Hause erlebt habe, war der uns vom Abgeordneten Op den Orth entgegengerusene Sat, unsere Parole sei: Schutz dem Geldbeutel! Von jenem Tag dis zum heutigen liegt ein weiter Abstand. Ich habe ihm damals gesagt, ich würde es ihm nie vergessen. Auf Grund dessen, was Dr. Zorn hier ausgesührt hat, habe ich es aber nunmehr vergessen. (Beihall bei der SPD.)

Wenn wir an ein Problem sachlich herangehen und uns ernstlich bemühen, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, dann einigen wir uns auch, wenn wir uns auf unseren gesunden Menschenberstand und unseren

auten Willen verlassen.

Es hat nicht viel Sinn, über die großen wirt-schaftspolitischen Fragen zu sprechen. Daß unsere Wirtschaftslage trostlos ist, ist offenkundig. Unser ganzes Wirtschaftsleben ist zusammengeschrumpft auf eine Fülle mickriger Dauschgeschäfte. Man hat das Gefühlt, die Zigarette hat ungefähr die Funktion der afrikanischen Glasperie bekommen und steht in einem magi= schen Glanze über unserem ganzen Wirtschaftsleben. Dies ist hoffnungslos; dessen werden wir uns alle bewußt sein. Hier gibt es nur eine Anderung, wenn die Geld= frage geklärt wird, so oder so. Entweder es wird re= formiert ober wir lassen das Geld laufen. Es ist immer noch tausendmal besser, wir machen Inflation, tausend= mal besser, wir bassen das Geld nach seinem vorhan= denen Volumen sich an die vorhandene Gütermenge anpassen, als daß wir diesen von den Nazis eingeführten Zwangsapparat fortsetzen. Er verdirbt nur und nützt nichts. In einem modernen Industriestaat gibt es nur die regulierende Kraft bes Geldes. Alles andere reicht nicht aus, keine Planung, kein Zwang und nichts anderes. Diese Frage nuß geklärt werden, und wenn es nicht mit Kußland geht, dann ohne Rußland. Dies ist meine Meinung.

(Sehr richtig.)

schaftspolitik. Soweit das, was ich positiv zu den Ausführungen des Wirtschaftsministers zu sagen habe.

Nun zur Kritik. Ich habe Wesentliches bermist in dem, was er uns gesagt hat. Ich hatte nicht das Gesishl — das ist der Hauptvorwurf, den ich gegen ihn richte —, daß hier der bayerische Wirtschaftsminister sprach. Was hat er uns von der bayerischen Wirtschaft gesagt? Wir sind uns alle der Grenzen bewust — Herr Kollege Emmert hat sie sehr nichtig aufgezeigt —, die einer daherischen Wirtschaftspolitik gesetzt sind. Da beginnt eben die Lusgabe eines daherischen Wirtschaftsministers, diese Grenzen hier aufzuzeigen und uns zu sagen, was im Kahmen dieser Grenzen möglich ist, welche Produktionskräfte vorhanden sind, wie wir sie einsehen können, welche Rohstoffe wir daben, welche Rohstoffe wir drauchen, welche Waren wir uns dizonal oder durch Importe verschaffen müssen, welche Möglichseiten der Export hat.

Jede Diskussion über die Wirtschaft setzt eine Best and saufnahme voraus. Wir müssen wissen: was kann die baherische Wirtschaft leisten? Hierüber ist nichts gesagt worden. Es war billig, sich auf die Kritif des Mr. Danton zu beziehen, der uns den Vorwurf machte, die deutsche Wirtschaft habe keine Initiative, bringe nur Wunschträume an ihn heran, aber plane im einzelnen nicht und fasse ihre Pläne nicht zusammen. Diese Vorwürfe sind zum Teil begründet, obwohl nicht zu verkennen ist, daß der deutsche und baherische Unternehmer im Rahmen der bestelbenden Möglichkeiten viel geleistet hat im Zusammenwirken mit den Arbeitern. Ich glaube, eine Geschichte dieser Zeit wird einmal ein hohes Lied singen auf einen Teil der Unternehmerschaft und noch mehr auf den deutschen Arbeiter, der unter den ungünstigsten Bedingungen burchhält, der auf all das verzichtet, was das Leben Iebenswert macht, der aus Treue zu seiner Arbeitsstätte, zu seinem Werk in die Fabrik geht, obwohl es keinen rechten Sinn für ihn hat, und herausholt, was nur möglich ist. Daburch, daß ein Wirtschaftsminister auf die Wirtschaft verweist, geht er seiner Verantwortung nicht ledig. Ich habe ver-mißt, daß der Herr Wirtschaftsminister uns gesagt hat, was er getan hat, um diesen Vorwurf des Mr. Danton zu entkräften. Was hat das Wirtschaftsministerium geleistet, wo hat es baherische Wirtschaftsplanung ge= macht? Der Herr Wirtschaftsminister hat uns nur verlegen eingestanden, daß erft der Apparat geschaffen,

> (Zuruf: Die Zündung!) statistische Material beia

daß erst das statistische Waterial beigebracht werden muß. Jett, nach einem halben Jahr Tätigkeit! Ich weiß nicht, wie weit hier Fehler des Vorgängers weiterwirken. Das ist auf jeden Fall ein Versagen. Wie wollen wir weiterkommen, auch in der Diskussion mit den Amerikanern, wenn wir nicht fagen: So liegen die Dinge, so ist unser Status, hier müßt Ihr helsen und einspringen? Kein Wort davon! Aber das hätte uns interessiert, das wäre konkrete Wirtschaftspolitik ge= wesen. Das hätte auch die törichte Meinung, die in unserem Volk sich breit macht, enkkräften können, daß die Besatzungsmacht uns nicht helken wolle. Solche Dinge wuchern in unserem Bolk und verderben das Bild. Da kann man nicht mit allgemeinen Redensarten beschwichtigen, da muß man den Dingen auf den Grund gehen und uns Material geben und uns sagen, so sind die Dinge, diese Möglichkeiten haben wir, die wollen wir ausnützen, in anderen Punkten brauchen wir die Hilfe der Besatzungsmacht.

(Dr. Dehler [FDP])

Ich meine, der Herr Wirtschaftsminister hätte sich in viel stärkerem Maße das Vertrauen der Wirtschaft holen müssen. Ich sehe seine Ausgabe darin, daß er in engster Zusam ner ar deit mit den Wirtschaftlern, mit den Unternehmern, natürlich auch mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmern, wirst. Da braucht man kein halbes Jahr, um sich einen überblick zu verschaffen, worum es geht und wie es steht, das muß in Wochen möglich sein, und das wäre auch möglich gewesen. Ich habe das beängstigende Gefühl, daß das richtige Vertrauensverhältnis zwischen der wirtschaftlichen Führung und der Wirtschaft noch sehlt. Die Wirtschaft ist dankdar sür jede Unregung, und ein Wirtschaftsminister kann nur Lebendig arbeiten, wenn er den engsten Konner mit der Wirtschaft hat. Daß das nicht der Fall ist, war der bedrückende Eindruck der Darlegungen des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Zorn.

Es war für mich auch störend, darf ich wenigstens sagen, daß der Herr Minister, als er an die konkreten Aufgaben der Wirtschaftspolitik heranging, sie in der Reihenfolge "Organisation der Verteilung" und "An-regung und Steigerung der Produktion" aufsührte. Es ist eine falsche Betrachtungsweise, wenn man zunächst an die Verteilung und erst dann an die Produktion denkt. Unser Problem, das europäische und deutsche Problem ist die Produktion mit allen Mitteln, und erst hintenher kommt die Frage der Verteis ung. Aber auch bei der Verteilung habe ich vermißt, daß konkrete Dinge gesagt wurden, daß gesagt wurde, in dan und der Verteilung habe ich vermißt, in der und der Form wird es gemacht, die bisherigen Verfahren waren aus dem und dem Grunde fallch und das wird nun so besser gemacht. Was hat man uns gesagt? Nur: Steigerung der Kontrollmittel, mehr Revisoren, mehr Kraftwagen für die Revisoren, noch mehr Korruptionsdezernate bei den Staatsanwalt= schaften, Schnellgerichte. Das ist nicht der Weg, um aus den Dingen herauszukommen. Man hat gesagt, die böse Bahn läßt bei sich nicht untersuchen und die böse Post wahrt das Postgeheimnis und läßt uns nicht hineinschauen. Brav, deutsche Bahn, und brav, deutsche Post, daß ihr euch so verhaltet! So gehen die Dinge nicht, es ist ein Frrweg daran zu glauben, und die ganzen Dinge, die uns Herr Dr Schlögl gesagt hat, beweisen nur, daß es nicht so geht, ob man die Sache einmal von seiten des Bauern und das andere Mal von seiten des Produzenten anschaut.

Der Herr Wirtschaftsminister hat gesagt, wir führen heute ein unwirkliches Treibhausleben hinter den Glaswänden der Wirtschaftsgesetze, ein unwirkliches Leben, das das wirkliche Leben immer mehr zu über= wuchern droht. So ist es. Das muß man aber deutlich und War sagen. Gin Wirtschaftsminister, der bor dem Volk und vor den gewählten Vertretern des Volkes spricht, muß sagen, wie es ist, und muß es unerbittlich sagen und nicht irgendwie verschleiern. Dadurch, daß man dem Bolke sagt: noch mehr Revisoren und noch mehr Zuchthäuser, wird nichts gobessert. Die Welt muß hören, wie es mit uns steht, daß wir am Ende unserer Kraft sind und daß es nicht so weitergehen kann. Der Wirtschaftsminister muß sagen, wie kümmerlich unser Bolk lebt, wieviel Schuhwerk und wieviel Fett wir bekommen, wie sich der einzelne Arbeiter durchfretten muß und daß es nicht so weitergeht.

Dann wäre ein Wort über den Arbeiter zu

sagen gewesen, auch wenn der Wirtschaftsminister spricht, weil der Arbeiter das Glement der Wirtschaft ist.

(Dr. Linnert: Kein Wort steht brin.)
Ich hätte erwartet, daß ein Wirtschaftsminister in diesem Rahmen das brennende Problem der 40 = Stunden = Woche erörtert hätte, nicht im Sinne eines Bonzentums oder einer kapitalistischen Betrachtung, sondern weil dieses Problem das Problem unserer Zeit ist, nämlich das Eingeständnis, daß der Arbeiter nicht mehr kann, daß es so nicht weitergeht, daß die Welt nicht erwarten kann, daß ein Arbeiter, der so mit dem Letzten kämpft, 60 Stunden arbeitet. Das ist ein Problem der Wirtschaft. Die Herren von den Gewerkschaften kämpsen dagegen, daß irgendwelche Funktionen des Arbeitsministeriums an das Wirtschaftsministerium zurückgehen. Ich din der Meinung: diese Trennung der beiden Ministerien ist kein Glück, sondern ein Unglück. Der Arbeiter ist das Substrat der Wirtschaft, weil die Bestiedigung seiner Lebensbedürswisse das Ziel der Arbeit ist.

(Seifried: Er darf nicht wieder das Objekt der * Wirtschaft werden.)

— Nein! Herr Dr. Zorn, der Ihr Vertrauen genießt, ist Wirtschaftsminister und muß sich um die Belange des Arbeiters kümmern. Ich habe es als Mangel empfunden, daß der Arbeiter, der Angelpunkt der Wirt=

schaft, von ihm nicht erwähnt wurde.

Es gäbe noch viel zu sagen. Herr Kollege Emmert hat die Dinge erschöpfend und so, daß ich weitgehend mit ihm übereinstimmen kann, erörtert. Im übrigen also wenig Dissernzen mit dem, was Herr Dr. Zorn grundsätlich gesagt hat, aber enhebliche Kritik an der positiven Leistung. Es ist von diesem Wirtschaftsministerium nichts ausgegangen, es hat nicht belebt, es hat nicht einmal die Grenzen ausgezeigt, innerhalb deren eine-baherische und deutsche Wirtschaftspolitik zu bestreiben ist. Das verdenken wir ihm.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete von Knoeringen.

von Knoeringen (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Wirtschaftsminister hat in seiner großen Rede nicht nur ein Vild der gegenswärtigen wirtschaftlichen Lage unseres Landes gegeben, er hat auch die Grundfragen einer neuen Wirtschaftspolitik und die Krobleme einerneuen Wirtschaftsordnung dargelegt. Zum ersten Male in der Geschichte des bayerischen Parlaments hat ein Wirtschaftsminister zu Ihnen gesprochen, der der Sozialdemokratischen Partei angehört und der sich zu den Grundprinzipien des modernen Sozialismus offen bekannte.

(Dr. Linnert: Ist der moderne Soziabismus nun der neue?)

— Alles entwickelt sich, Herr Dr. Linnert.

'(Dr. Linnert: Nach rückwärts?)

— Kückgang bedeutet den Tod. Seine Rede hat in diesem Hause ein gewisses Aussehen erregt, Aussehen vor allem bei den Vertretern einer freien Wirtschaft, die in der Sozialdemokratie gerne die Verkörperung eines egoistischen Materialismus und einer öben Gleichmachereisehen; Aussehen aber auch bei jenen Mitgliedern des Hauses, die sich disher nicht die Mühe machten, die wirtschaftlichen Grundgedarken der Sozialdemokratie und des modernen Sozialismus zu studieren.

(Dr. Linnert: Mary ift 80 Jahre alt!)

(von Anderingen [SPD])

— Bitte, Herr Dr. Linnert, ich gebe Ihnen darauf Antwort. Marx hat eine Analhse seiner Zeit geschaffen und er hat sie mit Mitteln geschaffen, die, wenn wir sie heute auf eine völlig veränderte Gesellschaft anwenden, selbstverständlich auch andere Ergebnisse zeitigen wird:

(Zuruf: Das wollen wir hören.)

Es ist von jeher eine teils böswillig erzeugte, teils aus Unkenntnis entstandene Fehlbewertung gewesen, die Sozialdemokratie als Vertreterin eines materiali= stifchen Kollektivismus hinzustellen, dem individuelle und ethische Züge mangeln. Wer die Gesellsschauffassung der Sozialdemokratischen Kartei in ihrer geschichtlichen Entwicklung nachprüft, muß feststate stellen, daß sie die Anerkennung der ethischen Werte im Menschen und die Freiheit der Einzelpersönlichkeit geradezu zur Boraussetzung hat. Ich will hier darauf nicht eingehen. Aber lesen Sie den großen Kommentar von Kautsty zum Erfurter Programm vom Jahre 1891 nach, und Sie werden feststellen mussen, daß das Ziel der ganzen politischen und wirtschaftlichen Erörterungen nichts war als die Befreiung des Menschen vom Druck der Materie. In biesem Kommentar wurde im Jahre 1891 als das Ziel für die Sozialdemokratische Partei bezeichnet die Umwandlung des Staates in eine sich selbst ge= nügende Wirtschäftsgenossenschaft, nicht in die Diktatur. Was damals schon immer der Inhalt unseres politischen Rampfes war, das ist heute nach zwölf. Jahren der Distatur und der Mißachtung aller pensönlichen Freiseit vielleicht noch stärker in unserem Bewußtsein lebens dig geworden, nämlich, das sprechen wir offen als Sozialdemokraten auß: Der Zweck unseres ganzen polisien. tischen Kampfes und der Zweck einer neuen wirtschaft= lichen Ordnung kann nur sein das Streben nach der Frei= heit des Menschen, nicht die Verstaatlich ung des Menschen, sondern die Vermenschlichung des Staates, wie es Pestalozzi so herrlich formuliert hat. Der Kapitalismus hat in gigantischem Wachs= tum die produktiven Kräfte der menschlichen Gesellschaft entwickelt, aber der Mensch ist weit davon entsernt, frei zu sein. Die übergroße Mehrheit der Menschen wurde in Verhältnissen geboren, war in Verhältnisse hineingezwungen, die eines Menschtums unwürdig sind. Die großen Prinzipien bes bürgenlichen Zeitalters, der Traum von der Gleichheit und der Brüderlichkeit, das liberalistische Bekenntnis von leben und leben lassen, die illusorische Verkündigung, daß dem Tüchtigen allein die Welt gehöre, all das ift zeronnen in der harten Wirklichkeit der ökonomischen Entwicklung. Die Freiheit des Menschen ist trot der märchenhaften Entwicklung der Technik nicht gekommen; im Gegenteil, diese Freiheit ist mehr bedroht als jemals zudor in der modernen Geschichte. Das kapitalistische Spe stem ist mit dem Weltkrieg 1914 in seine größte und permanente Krise eingetreten. Diese Krise er= wuchs aus dem Migverhältnis der Zunahme der produktiven Kräfte dieser Gesellschaft und der Unmöglichkeit, diese produktiven Kräfte zu lenken und zu fontrollieren. Es war ein Mißverhältnis zwischen der Entwicklung und dem Nachhinken der politischen Ent= wicklung unserer Gesellschaft. Wenn die Menschheit dieses Misverhältnis — das ist nicht nur ein Problem des Bayerischen Landtags — nicht beseitigen kann, werden die dynamischen Kräfte der Produktion unsere

Gesellschaft in Stücke sprengen. Gestatten Sie mir, daß ich dieses Problem auch hier in den Mittelpunkt meiner Erörterungen stelle; denn es ist letzten Endes entscheidend sür alles, was wir beraten, planen und tun. Alle ernsthaften Beobachter sind sich darüber einig, daß wir eine große Strukturveränderung wusserer Gesellschaftsordnung durchleben. Das liberalistische Zeitalter ist ein sür allemal zu Ende und kein Wunschstnum bringt es zurück.

(Dr. Linnert: Nicht prophezeien!)

– Ich glaube, wir verstehen uns, Herr Dr. Linnert. Wir muffen uns nur bemühen, die richtigen Formeln des Ausdrucks zu finden für bas, was ich meine. Ich glaube, darin liegt eine Hauptschwierigkeit in der Zukunft, baß wir gewisse Hemmungen überwinden, die Grenzen aufgerichtet haben, die die Mauern aus der Vergangenheit aufgerichtet haben. Was ich erörtere, ist nicht nur ein Problem der Sozialdemokratischen Partei, sondern ein Problem des Lebens und Todes unserer ganzen Gesellschaft. Die verheerenden Gesellschaft and der fellschaft eine monopoliapitalistische Anarchie und den fortschreitenden Zersall der alten Gesellschaftsordnung mit sich brachten, haben auch bazu geführt, daß die freie Marktwirtschaft auf wesentlichen Gebieten ihre regulierende Funktion verloren hat. Wir wären längst in Anarchie und Austojung versunken, wenn sich nicht aus der kapitalistischen Gesellschaft heraus die Ansätze einer neuen ökonomischen Ordnung entwickelt hätten. Diese neue ökonomische Ordnung, die von sich aus mit Sozialismus noch gar michts zu tun hat, ist gekenn-zeichnet durch den verstärkten Eingriff des Staates in den wirtschaftlichen Prozeß, durch seine immer größer werdenden Funktionen als Verteilungs= und Kontroll= apparat in der Gesellschaft, kurz burch bie staat liche Planung. Niemand vermag das zu leugnen. Wir stellen diese Entwicklung in den verschiedensten Formen in allen modernen Industriestaaten fest. Wir stellen auch fest, daß sich gerade Vertreter der kapitalistischen Wirt= schaft immer mehr der Schaltstellen dieses staatlichen Kontrollapparats zu bedienen suchen, um ihre Posi= tionen in der Gesellschaft zu behaupten.

(Dr. Linnert: Umgekehrt ist auch gefahren!) Darum geht der Kamps, der in Deutschland eröffnet ist.

(Dr. Linnert: Das shaben wir gerade jetzt in Deutschland nötig.)

— Darauf komme ich noch zu sprechen. überall und weit über die Grenzen eines sozialistischen Bekenntnisses hinaus sinden wir heute die Einsicht, daß die überwindung der Wirtschaftskrisen nur in der Kichtung auf eine verstärkte Planung und Lenkung der Ökonomie liegen kann. Das hat gerade Herr Dr. Dehler vorhin auch ausgeführt.

(Dr. Dehler: Nicht so forciert!)

Aber der Vertreter der CSU hat es mit größerer Deutslichkeit ausgesprochen. Die zunehmende staatliche Plasuung ist daher das Merkmal unseren Zeit.

(Buruf: Leider!)

— Richtig, leider. Selbstverständlich bedarf es einer gewissen gesellschaftlichen Ordnung, wenn wir in einer Gesellschaft zu leben haben, in der Millionenmassen auf einem Haufen zusammengeballt sind. Es wäre wanchem lieber, irgendwo auf einer bescheidenen Insels sein Leben

(von Anoeringen [SPD])

fristen zu können. Dann aber würde er sich keine Hosserknöpfe kaufen können und keinen gebügelten Anzug haben.

(Dr. Linnert: Wozu braucht denn der Robinson auf der Insel Hosenknöpfe?)

Nur Menschen in rückständiger Enge, die die großen Veränderungen nicht zu überschauen vermögen, können heute der Meinung sein, daß die Schaffung einer freien Wirtschaft in ungebundener Auswirkung der produktiven Kräfte noch möglich ist. Es gibt kein Zurück von den modernen Formen der Wirtschaftslenkung zur ungebundenen Konkurrenzwirtschaft des beginnenden Kapitalismus. Ich glaube, kein vernünftiger Mensch wünscht das. Genau so wenig gibt es ein Zurück von der modernen Kraftturbine zum Mühlenrad. Der Ubergang von der freien kapitalistischen Wirtschaft zur neuen Form der Wirtschaftsplanung ist zwangsläufig und geschieht unter einem gewissen Druck. Er vollzieht sich unter dem Druck der Verhältnisse, unter den Bedingungen der Not und ist, wie ich hinzuseten möchte, die Voraussetzung für die weitere Existenz unserer Gesellschaft überhaupt. Wir Sozialdemokraten stehen daher dieser Entwicklung nicht entgegen. Wir wollen sie mit allen Kräften fördern; denn wir wissen, daß in dieser Richtung der Fortschritt liegt.

Aber hier kommt die große Frage, die als Schick = jalsfrage über uns allen hängt und die uns auch als Sozialdemokraten mit jedem Tag klarer wird, bas ist die Frage: Wird sich diese Entwicklung, da sie schon zwangsläufig ist, für ober gegen die Freiheit des ein= zelnen Menschen vollziehen? Wird in dieser Entwick= Lung der Mensch zu einem Rädchen in einer gigantischen Maschine herabgewürdigt, oder ist es möglich, in einer neuen planwirtschaftlichen Ordnung die Freiheit des einzelnen Menschen und seine individuelle Weiterent= wicklung zu sichern? Das in der Tat ist die Kernfrage unserer Zeit, unserer ganzen Kultur. Es geht nicht mehr darum, ob in der heutigen Zeit unsere Wirtschaft ge= leukt und geplant werden soll, nicht mehr darum kann gestritten werden. Wer diese Planung und Lenkung ablehnt, spricht für die Anarchie. Es kann nur darum gehen, wer den Inhalt dieser Planung bestimmt.

(Dr. Dehler: Immer steht der Dikkator am Ende jeder Planung.)

Das ist die Gefahr, das möchte ich ausdrücklich sagen, die große Gesahr, in der sich unsere heutige ge-sellschaftliche Entwicklung besindet, daß am Ende möglicherweise die Diktatur steht.

(Zuruf.)

– Das ist es nicht, sondern es kommt darauf an, in dem Menschen das Bewußtsein dieser Gefahr zu entwickeln, um sie zu vermeiden. Für uns Sozialdemokraten ist daher heute der Kampf nicht allein auf die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung gerichtet, sondern in erhöhtem Maße darauf, ob in dieser Ordnung der Mensch erhalten bleibt. Der Mensch barf nicht, wie ich schon sagte, der Materie unterworfen werden. Er darf nicht das wesenlose Teilchen einer Maschine sein, er muß sich vielmehr zu ihrem Beherrscher erheben. Die Freiheit des Individuums aber kann nur erreicht werden in einer Gesellschaft, die die primitiosten Bedürfnisse des täglichen Lebens für alle von vorn-herein sicherstellen kann. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse um die Preisgabe der Freiheit wäre ein Kück-

schritt in die Barbarei. Es ist auch dieser Punkt, der uns heute als Sozialbemokraten von der Kommunistisschen Partei und ihrer Auffassung grundsätzlich und für immer unterscheiden wird. Für den Kommus nisten führt der Weg zu einer neuen Gesellschaft über die totale Herrschaft seiner Partei. Der Kommunismus wählt heute den Weg der Eroberung der zentralen Kommandostellen des Staates durch die Parteiaktion von oben. Der Kommunist glaubt und kann es ehrlich glauben, daß es nur darauf ankommt, die Macht in einem Staat zu haben, um die Gesellschaft nach seinem Bild zu formen. Wir sind uns dessen bewußt, daß ohne Macht keine Schöpfung möglich ist. Aber wir haben gelernt, daß die unkrontrolliert im Besit einer kleinen Gruppe befindliche Macht das Ende aller freien Entwicklung ist. Wir haben bas gelernt in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Wacht. Wir glauben — und das ist ein ehrliches Bekenntnis für jeden Demokraten —, daß die Gewalt nicht das alleinige Mittel ist, um die Menschen in eine neue Gesellschaft hineinzuführen. Wir glauben und sind über= zeugt davon, daß die Gewalt zurüchlägt gegen den, der sie in einem modernen Staat ohne die Kontrolle des Volkes anwendet. Darum wollen wir den Weg der Demokratie gehen, so schwer er in der Tat auch ist. Wir wissen, daß der demokratische Sozialismus erst unter gewissen gesellschaftlichen Bedingungen durchführbar ist. Dazu gehört nicht nur eine moderne Wirtschaftsplanung, sondern auch, dessen sind wir uns völlig bewußt, eine gewisse Bewußtsein sreife der Menschen, ohne die letzten Endes Demokratie und Selbstbestimmung unmöglich sind. Wir haben im Nationalsozialismus eine staatliche Planwirkschaft erlebt, deren Grundlage die monopolkapitalistischen Machtgebilde waren. Wir wissen heute, daß dieser geplante Kapitalismus scheitern mußte, weil er nur geschaffen war, um den Machtgelüsten einer Herrenschicht zu dienen. Wir sehen heute in Rußland eine diktatorische Plan« wirtschaft, die unter Ausschaltung der persönlichen Freiheit ein Zerwild dessen geworden ist, was die Vor= kämpfer für die Befreiung der unterdrückten Schichten dieses Landes erträumt haben. Wir erleben heute in Amerika die stärker werdende Einflugnahme fapitalistischer Machtgebilde auf Staat und seine Lenkungsfunktionen. Wir erleben in England das größte Experiment eines über= gangs zu staatlicher Planung in demokra-tischen Formen und unter Aufrechterhaltung der verantwortlichen Mitbestimmung der breiten Schichten des Volkes. Auch wir hier in diesem Landtag, Deutschland und mit uns das ganze Europa, das nicht in die Einfluß-sphäre der öftlichen diktatorischen Planwirtschaft ein= bezogen ist, stehen vor der Wahl des richtigen Weges. Es kann für uns in Deutschland und damit auch in Bayern nur eine Entscheidung geben: den Weg zur dem o = tratischen Wirtichaftsplanung, nicht nur aus den Gründen der Notwendigkeit, diese Not zu überwinden. Wenn die Demokratie wirklich leben soll, dann muß sie heute die Mitbestimmung der breiten Schichten dieses Landes nicht nur auf der Ebene der Politik sicherstellen, sondern vor allen Dingen auch in der Wirtschaft. (Sehr richtig!)

Es war das große Verhängnis der Weimarer Republik, daß sie aus einer halben Revolution ge= boren wurde, daß der politischen Umwälzung nicht auch

(von Knoeringen [SPD])

die wirtschaftliche Umwälzung folgte, daß der Entmachtung der alten Herrenbasten im politischen Bereich nicht auch die Entmachtung der Wirtschafts biktatoren folgte. So kam auf die halbe Respolution die ganze Reattion. Wir Sozialisten haben aus dieser großen geschichtlichen Lehre die Erstenntnis gezogen, daß umsere ganze politische Demostratie wertlos ist, wenn es nicht gelingt, die Machtselung des Monopolkapitals zu brechen und für alle Zeit unmöglich zu machen,

(Dr. Linnert: Sehr gut!)

daß es in unserer Demokratie Pensonen, Cliquen oder Organisationen gibt, die die wirtschaftlichen Machtmittel für politische Herrschaftsziele ausnüßen können,

(Dr. Linnert: Auch einverstanden!)

und die dadurch in der Lage sind, die Grundlagen der politischen Freiheit zu untergraben und die Freiheit selbst zu vernichten. Wir wissen, daß unter den Einswirtungen des katastrophalen Zusammenbruchs der nationalsozialistische Plankapitalismus seine Funktionen verlieren mußte und daß die Einslüsse kapitalistischer Interessenzuppen zurückgedrängt sind. Wer wir verspüren auch hierzusande ihr ständiges Wählen und wissen, daß sie die alte Lust nicht aufgegeben haben, über wirtschaftliche Machtstellungen erneut Einsluß auf das politische Geschehen zu bekommen. Wir kennen die Kräfte, die am Werke sind.

(Dr. Linnert: Wir nicht!)

Diese Kräfte wollen heute nicht einfach die Wiederkehr der alten Zustände, aber sie haben begriffen, daß es für sie jett darauf ankommt, die Schaltstellen der Wirtschaft zu besetzen, um so die Wirtschaftsverwaltung in ihrem Sinne zu lenken. Wir kennen Männer, die beim Ausbau unserer Wirtschaftsverwaltung glänzend versagten, die es aber nicht aufgegeben haben, heute jenen privatkapita= listischen Interessenten das Wort zu reden, die wir Sozialisten mit wachsendem Mißtrauen verfolgen. Wir werden wachsam sein und wir werden das Volk zu dieser Wachsamkeit aufrusen. Aber wir sind uns auch klar darüber, daß, wenn unser Volk, die arbeitenden Schich= ten dieses Landes die große Verantwortung nicht er= kennen, die sie heute für ihr eigenes Schickfal nicht nur durch ihre politischen Entscheidungen, sondern auch durch ihre wirtschaftliche Einflußnahme tragen, die Demokratie und die Verfassung, wie wir uns gegeben haben, nichts als ein untauglicher Versuch gewesen sind.

Meine Partei muß daher bemüht sein, die Verantwortlichkeit ber arbeitenden Schichten zu wecken und ihren Einfluß in der demokratischen Kontrolle der Wirt= schaftsverwaltung und in der gesamten Wirtschaft zu stärken. Dazu gehört vor allem die Durchführung der Artikel 175 und 176 der Verfassung. In diesen Artikeln ist die demokratische Mitbestimmung auch der Arbeit= nehmer an den wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben ge= sichert. Diese verkassungsmäßige Sicherung kann uns jeboch nicht genügen; wir müssen sie zum Leben er-wecken. Wir müssen uns dafür verantwortlich süchen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer in der Wirtschaft heute auch in die Lage versetzt werden, diese Funktionen auszuüben. Die Wirksammachung der Gesetze, die aus diesen Artikeln unserer Verfassung entstehen, wird in erster Linie ein Bildungsproblem sein. Wenn die Arbeitnehmer in Unternehmungen von erheblicher Be=

deutung einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung der Betriebe nehmen follen, so müssen sie auch in den Stand gesetzt werden, sachkundig urteilen zu können. Die Schulung und Bildung verantwort= licher Träger wirtschaftsbemokratischer Funktionen, d. h. die Schulung und Unterweisung von Betriebsräten in praktischen, wirtschaftlichen und politischen Fragen — gosamtpolitischen, nicht partei= politischen — ist im Interesse der Entwicklung unserer gesamten Demokratic gelegen. Die Sozialdemokratie fordert daher die größtmögliche Unterstützung bes Staates bei ber Erfüllung biefer Aufgabe. Im ganzen Lande muß den gewählten Vertretern der Arbeitneh= mer= und Verbraucherschaft durch ein großzügiges Schul = und Unterstützungsinstem Gelegen-heit gegeben werden, ihre veranwortliche Aufgabe wirklich zu erfüllen. Nur wer einen solchen Bildungs= plan unterstützt, wird beweisen, daß sein Bekenntnis zur Wirtschaftsdemokratie nicht nur ein Lippenbekennt= nis ist. Der Abgeordnete Dr. Schlögl hat diese Bildungsarbeit für die Bauernschaft gefordert; wir müssen sie für die gesamte Arbeitnehmerschaft fordern, weil wir glauben, daß unsere Demokratie nur leben kann, wenn die Menschen, die zu Entscheidungen in dieser Demokratie berufen sind, sich darüber klar sind, was sie entscheiden.

(Beifall.)

Die Artikel 175 und 176 der Verfassung sind wertlos, wenn die gewählten Betriebsräte nicht imstande sind, wirklich in den Mechanismus eines Großbetriebs Einblick zu nehmen.

(Dr. Linnert: Er ist auch wertlos, der Artikel.)

— Nein, er ist nicht wertlos, weil wir die bildungsmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen werden! Soll die Demokratie, die wir erstreben, im Herzen unseres Volkes Wurzel fassen, so nuß sich jetzt zeigen, ob es möglich ist, auf dem Gebiet der Wirtschaft jene Demokratisterung zu erreichen, die dem Andeitrehmer nicht nur die Last zuschiedt, die Auswirkungen kapitalistischen Versagens zu tragen, sondern auch das volle Kecht gibt, an der Neuschaffung einer demokratischen Wirtschafts-

ordnung teilzunehmen.

Zur Frage der Sozialisterung der Wirtschaft hat Wirtschaftsminister Dr. Zorn Entscheibendes gesagt. Für uns, um auch das klar hervorzuheben, ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht die bloke juristische Verstaatlichung. Wenn wir heute Sozi al i = sierung sagen, so meinen wir damit die effektive Verfügung der Gesellschaft über die Produktionsmittel. Verfügung über die Produktions= mittel ist dabei das Entscheidende, nicht aber das rechtliche Eigentum. Für uns Sozialdemokraten war, wie ich schon eingangs erwähnte, die Sozialisierung niemals Selbstzweck. Die notwendig gewordene Enteignung der Produktionsmittel, soweit sie monopolistische Größen angenommen haben, ist für uns nicht die Überführung der wirtschaftlichen Macht aus den Händen einer Gruppe in die einer anderen Gruppe, Herr Dr. Linnert, sondern die Überführung der wirtschaftlichen Macht aus dem Privatbesich in die tatsäch= liche Verfügung der Gesellschaft.

(Dr. Dehler: Was sagt Minister Dr. Zorn dazu? Das interessiert mich sehr.)

— Ich glaube, daß ich mich in keinem Widerspruch zu ihm befinde. Nur so kann die Demokratie und die Frei-

(von Anoeringen [SPD])

heit des einzelnen Individuums gesichert werden; nur so ift unserer Weinung nach die Vermenschlichung des Staates möglich. Die Wirtschaftsplanung auf dem Boden der Demokratie kann nur heißen: Planung für das Volk und durch das Volk.

(Dr. Korff: Wie macht das das Volk? Durch die Bürokraten wohl?)

— Nein, nicht durch die Bürokraten, sondern es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß das Volk in wirkschaftlicher Hinsicht demokratische Entscheidungen treffen kann.

(Dr. Linnert: Wie sange bauert bas?)

Das ist ja keine Frage, Herr Dr. Linnert.
 (Dr. Linnert: Doch. das ist reine Theorie. m.

(Dr. Linnert: Doch, das ist reine Theorie, was Sie hier sagen!)

— Das ift nicht reine Theorie, weil sich das in England sichtbar zeigt, wenn Sie die Entwicklung dort verfolgen.

(Zuruf: Betriebsführer kann man nicht lernen!)
— Betriebsführer soll der Mann ja auch nicht sein, aber er soll in die Lage versetzt werden, zu kontrollieren, was der Betriebsführer tut.

, (Dr. Linnert: Dann muß er es auch können!)

— Jawohl, bas wollen wir!

(Dr. Linnert: Das kann man nicht lernen!)

— Wir wollen, Herr Dr. Linnert, — —

(Benschiedene gleichzeitige Swischenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Wir müssen endlich lernen, uns demokratisch aufzuführen und nicht eine Reihe von Zwischenrusen gleichzeitig zu machen.

(Stock: Aber die Demokraten können es nicht; das ist es.)

Wir haben eine Demokratie ohne Demokraten; daran kranken wir. Da geht es zu wie in einer Volksversammslung, wo plözlich eine Keihe Zwischenruse gemacht werden, wobei noch dazu ein Zwischenrus dem andern widerspricht. Ich mische mich nicht in die Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Knoeringen ein. Sie sind teilweise von einer hochstehenden Warte aus gesehen, daß sie auch für jeden politischen Gegner von Interesse sein können. Deshalb bitte ich, diese Ausführungen nicht durch Zwischenruse zu stören. Ein Zwischenrus hat nur dann einen Sinn, wenn er auch Wig und Bemerstungen enthält, auf die dann der Kedner eingehen kann, aber nicht bloße Ablehnung darstellt.

(Dr. Linnert: Das bestimmt nicht der Herr Präsident.)

— Herr Kollege Dr. Linnert: Sie werden nicht widersprechen wollen, daß eine ganze Menge Zwischenruse gefallen sind. Kein Mensch hat sie verstehen können. Das ist aber die Voraussetzung eines Zwischenrufs.

(Dr. Linnert: Es gibt keine Voraussezungen.) Ich frage die beiden Schriftsührer, ob wir die Zwischenruse hier verstanden haben.

(Unruhe.)

Meine verehrten Damen und Herren! Durch solche Methoden nügen Sie der Demokratie nicht; das möchte ich hier konstatieren.

(Dr. Linnert: Auch dadurch nicht, daß der Präsident immer Werturteile fällt.)

- Ich habe kein Werturteil abgegeben.

(Dr. Korff: Sie haben "unsinnig" gesagt.)

— Sehen Sie, da behaupten Sie etwas, was Sie nicht richtig gehört haben. Ich habe gesagt, Zwischenrufe, die einander widersprechen. Das stimmt ja auch; man konnte sie zum Teil nicht einmal hören.

Herr Abgeordneter von Knoeringen, ich

bitte, fortzufahren.

von Knoeringen (SPD): Hohes Haus! Es gibt drei Voraussetzungen für die Entwicklung einer ernstehaften sozialen Demokratie:

Die erste Voraussetzung ist die Brechung der politischen und wirtschaftlichen Macht des Mono=

polfapitals,

(Dr. Linnert: Einverstanden!)

die zweite die volle politische und wirtschaftliche Demokratie,

(Dr. Linnert: Ginverstanden!)

die dritte die Uberwindung des Bildungs= monopols und die großzügige Erziehung un= seres Volkes

(Auruf)

zum demokratischen Denken unter Einsatz der Hilfsquellen des Staates.

(Zuruf: Gut!)

— Herr Dr. Linnert, Sie sind damit einverstanden. Sie fragen mich nach den Möglichkeiten der Verwirklichung. Wie ich schon sagte, nützt uns eine politische Demokratie allein nichts; das hat 1918 bewiesen. Sine politische Demokratie wird nur leben, wenn sie auch eine wirtschaftliche Demokratie ist. Ich din mir nun dewußt, daß wir sür die Virssammachung der wirtschaftlichen Demokratie Voraussehungen zu schaffen haben und daß es ein schwerer Weg sein wird, an dem die gesamte Demokratie zu interessieren ist.

(Sehr richtig!)

— Sie haben mich vorhin mißverstanden. Wenn ich z. B. forderte, daß der Betriebsrat nach Artikel 176 einen Einfluß nehmen soll, daß das der Einfluß sein soll, diesen Betrieb zu lenken und zu sühren. Diesen Einfluß soll er nicht haben. Aber er soll verantwortlich teilnehmen. Das, glaube ich, ist das Neue unserer Zeit, daß die Arbeitnehmer, die bisher in Verantwortungs-losigkeit zurückgedrängt waren,

(Zuruf: Objekt!)

— Objekt gewesen waren, nunmehr herankommen sollen, um an dieser Verantwortlichkeit steigern müssen, und daß wir die Verantwortlichkeit steigern müssen, indem wir die bildungsmäßigen Voraussetzungen dazu schaffen. Sonst sind die Artikel 175 und 176 nichts als

eine schöne Formulierung in der Verfassung.

Da wir glauben, daß wir heute alle daran Intersesse haben, daß Bewußtsein von Demokratie, Freiheit und Verantwortlichkeit zu steigern, wird dieses Haus die Vorlagen nicht ablehnen können, die wir einzubrinsgen gedenken, um einen großzügigen Schulungs und Bildungsplan sür alle Menschen zu schaffen, die heute in der gewerblichen Wirtschaft Verantwortung zu tragen haben.

(Dr. Dehler: Einverstanden.)

Von uns wird eine Vergesellschaftung von Privateigentum nur insofern für notwendig erachtet, als es sich .

(von Anoeringen [SBD])

um politische und wirtschaftliche Machtfaktoren handelt. Wir wollen nicht Eigentum vergesellschaften, das keine solche politische Machtfunktion hat. Aber Sie sind mit mir in Übereinstimmung, Herr Dr. Linnert, wenn ich sage, daß trot aller politischen Rechte, die wir hatten, unsere Großindustrie der Vergangenheit, die Mono = polindustrie, den entscheidenden poli=tischen Einfluß in der Weimarer Demokratie genommen hai. Darüber sind wir uns klar.

(Dr. Linnert: So können wir es nicht unterschreiben.)

— Mein Standpunkt ist es jedenfalls, daß dieser Na= tionalsozialismus mitsamt Adolf Hitler, seinen Paraden und Fahnen ohne die Unterstützung des deutschen Monopolkapitalismus nicht möglich gewesen wäre.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD.)

Wie aus den neuen Richtlinien der ameri= kanischen Regierung für die Besatungspolitik Deutschland hervorgeht, die heute früh im Rundfunk verkündet worden sind, soll die Entscheidung über die Sozialisierung ausschließlich dem deutschen Volke überlassen bleiben. Wir legen Wert darauf, das hier mit aller Deutlichkeit festzustellen. Der Bayerische Landtag hat mit der Annahme des Ersten Gesetzes zur Durchführung des Artikels 160 der Verfassung den Anfang der Entprivatisierung des Berg= baus und Hüttenwesens gemacht. Es ist bedauerlich, daß die Militärwgierung dieses Gesetz bisher noch nicht bestätigt hat.

Die nächste Aufgabe, die uns in dieser Richtung gestellt ist, ist die Entprivatistierung der baherischen Energiewirtschaft. Die So-zialdemokratie wird mit Energie auf die Lösung dieser Frage drängen. Wir sind uns — damit komme ich zu dem Punkt — auch der G e fahr einer Bürokratiserung, die in einer zentralen demokratischen Planung als ständige Bedrohung vorhanden ist. Überall, wo organistert wird, besteht die Ektenden Elektrik die Ektenden Elektrik die Ektenden ist. besteht die Gesahr des Bürokratisierens. Wir können aber diese Gesahr nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß wir nun die Planung ablehnen, sondern nur da= durch, daß wir die Selbstverwaltung und das Kontrollshstem, jest nicht der Bürokratie, sondern das Kontroll= shstem der Demokratie, von unten her mit aller Kraft

entwickeln.

Warum funktioniert denn so oft ein Apparat der Bürokratie nicht? Weil niemand da ist, der sich die Milhe macht, diesen Apparat zu begreifen, weil die politische und wirtschaftliche Demokratie nicht funktio= niert, weil soundsoviele Menschen sagen, was geht das mich an, weil ihre Haltung gegenüber der Behörde falsch ist, weil sie sich nicht für den Beamten verantwortlich fühlen, der da drinnen sist, und weil der Beamte, der drinnen sist, sich nicht für den Wann verantwortlich fühlt, der da bei der Türe hereinkommt. Ich will hier nicht Analogien ansetzen. Aber es ist das Merkmal einer gewachsenen Demokratie wie z. B. der englischen, daß dort der Beamte sich in erster Linie als ein Vertreter dieser Demokratie, als ein ausführendes Organ fühlt. Das ist wesentlich. Wir haben in Amerika einen in dieser Hinsicht vielleicht zu weit entwickelten Stand der Beachtung der Stimmen der Wählermassen. Aber wir können meines Erachtens auf einem ganz anderen Boden unserer geschichtlichen Entwicklung nur eines Stenogr. Ber. bes Baber. Landtags 1946/47, Bb. I, 24. Sigung

tun, nämlich den Versuch machen, dieses Verhältnis zwischen Bürokratie und Demokratie in einer Weise zu regeln, daß es funktioniert, und dazu ist wiederum die Voraussetzung die Entwicklung der demokratischen Ini-tiative von unten her. Überall muß die demokra= tische Initiative und die verantwortliche Kritik im kleinsten Ansatz gefördert werden. Wir in der sozialdemokratischen Fraktion bekommen Berge von Eingaben, von Beschwerden über das Verhalten von Beamten. In den meisten Fällen stellen wir, wenn wir diesen nachgehen, fest, daß diese Eingaben nicht richtig oder daß sie übertrieben sind, daß die Schreiber sich nicht die Mühe machten, vorher wirklich die objektiven Vor= aussetzungen für einen solchen Angriff zu schaffen. Auf der anderen Seite stellen wir fest, daß trot unserer Aritif Beamte überhaupt nicht begreifen, warum Aritik notwendig ist.

Beide Dinge sind zu entwickeln. Das ist eine Aufgabe nicht nur einer einzigen Partei, sondern des ge-jamten Bayerischen Landtags. Die politischen Parteien, die Gewerkschaften, der Bauernverband, die Organissationen der gewerblichen Wirtschaft, alle zusammen tragen die Verantwortung für die Entwicklung dieser demokratischen Initiative. Wenn die Demokratie von unten her versagt, siegt der Mechanismus von oben; das ist zwangsläufig. Darum begnüge ich mich richt damit, dieses Vorwärtsdrängen des Mechanismus von oben anzugreifen, sombern glaube, daß die Wege zur Gesundung darin liegen, die demokratische Initiative

bon unten her zu entwickeln.

Alle Fragen, die ich hier berührt habe, gehen weit über die Landespolitischen Aufgaben Hinaus. Aber in dem Maße, wie heute unser Land Teil einer größeren wirtschaftlichen Einheit wird, müssen uns auch diese, zentralen Probleme in diesem hohen Hause beschäftigen. Wir haben heute nach der Schaffung des Frankfurter Wirtschaftsrats die Grenzen zwischen zentraler und Teilplanung abzustecken und haben zu er= kennen, daß die entscheidenden Fragen über die wirt= schaftliche Neugestaltung auch unserer baherischen Deimat heute nicht in München, sondern in Franksurt entschieden werden. Daher sind wir an der demokrati schen Kontrolle dieser Institution interessiert. Wir hoffen, daß diese demokratische Kontrolle funktioniert. Wir müssen dafür sorgen, daß im Rahmen einer größeren Planung die Demokratie von unten her, die Demokratie in den Gemeinden, Städten, Kreisen, im ganzen Lande organisch stärker wind, um die Aufgaben zu erfüllen, die uns auf dem Gebiet wirtschaftlicher Planung und der Kontrolle im hohen Maße zufallen. Alles, was wir heute tun, trägt ben Stempel ber Not. Insofern hat der Herr Dr. Dehler, wie ich glaube, vorhin wiederum verwechselt, daß z. B. die Demontage nicht eine Angelegenheit einfacher Planung ift. In der Demontage sehen wir nicht Planung, wir sehen darin die unglücklichen Auswirkungen des Krieges. Ich glaube, so versteht es auch Herr Dr. Dehler.

(Dr. Dehler: Nein, das ist ein Plan, der Industrieplan!)

– Ja, der Industrieplan, der aber eine Auswirkung dieses verlorenen Krieges und einer bestimmten politischen Einstellung der Siegermächte dem deutschen Problem gegenüber ist. Das darf man nicht mit dem verwechseln, was wir wollen. Für uns ist Planung Steigerung der Produktion von Verbrauchsgütern für alle Menschen.

(Mth.)

(von Anoeringen [SPD])

Alles, was wir heute tun, trägt, wie ich sagte, ben Stempel der Not. Die Wirtschaft, die wir haben, ist I wang swirtschaft, und von Planen in der Richtung des Fortschritts kann noch kaum die Kede sein. Wir sind uns aber ebenso klar darüber, daß die Notmaßnahmen, die jetzt zur Bewältigung dieser Katastrophe angewendet werden — und dieser Punkt ist nun wesenklich — schon zugleich den Inhalt der kommenden Gesellschaft entscheidend mit beeinslussen.

Daher müssen wir schon in der Anwendung von Notmaßnahmen das im Auge haben, was sich später aus dieser Gesellschaft heraus unseren Vorstellungen gemäß entwickeln soll. Denn auf Grund der ökonomischen, der soziologischen Forschungen ist Gott sei Dank die Menschheit heute in ein Stadium vorgeschritten, in dem sie einen gewissen En twicklungstand vor sich sieht. Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Entwicklung ist nicht mehr einsach nur die Triebkraft maßgebend,

sondern es kann eine gewisse Gestaltung versuchtwerden.

Aus all diesen Gründen werden wir nunmehr von der Regierung energische Maßnahmen zur Fortsührung der Demokratisierung der Wirtschafts = verwaltung hordern. Vor allem müssen die Besug-nisse der Wirtschaftsbeiräte von der beratenden auf die kontrollierende Funktion erweitert werben. Chenso mussen raschestens die Voraussetzungen für ein verstärktes Kontrollrecht der Betriebsräte ge= schaffen werden. Sie müssen zur Mitzeichnung der statistischen Betriebsberichte herangezogen werden. In diesem Sinne wollen wir Sozialbemokraten heute in der Richtung einer sozialen Demokratie vorwärts schreiten. Wir haben in unserem Heimakland Bayern von Anfang an als Sozialdemokratische Partei uns bemüht, all unsere Kräfte zur Verfügung zu stellen, um über das gegenwärtige Chaos, über die Zwangswirtschaft und die bürokratischen Hemmnisse hinaus eine Neuordnung zu entwickeln. Wir haben von Anfang an eine schwere, für unsere Schultern sast zu schwere Verantwortung ge= tragen. Wir haben es getan und wir sind im versgangenen Dezember in diese Regierung eingetreten, weil wir der Meinung waren, daß sich keiner, der heute guten Willens ist, von den Mühen um eine neue ge-sellschaftliche Ordnung unseres Volkes ausschließen kann. Wir werden immer und überall bereit sein, Verantwortung zu tragen, solange wir der überzeugung sein können, daß unsere Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften positive Ergebnisse bringt.

Es waren bisher in erster Linie die Fragen der gemeinsamen Not unseres Volkes, die es gemeinsam zu lösen galt. Es werden in Zukunst immer mehr die Fragen des sozialen Inhalts einer deutschen Wirtschaftsplamung, einer neuen staatlichen Ordnung sein, die uns zu beschäftigen haben. In dem Maße, wie diese Fragen auf die Tagesondnung gesetzt werden müssen, werden wir auch gezwungen sein, don unseren K oalition serden wir auch gezwungen sein, don unseren K oalition serden wir auch gezwungen sein, don unseren K oalition serden nügen Ordnung zu verlangen. Klare Formulierungen nügen uns nicht, wir wollen wirkliche Taten! Es ist für eine Partei wie die Sozialdemokratie, die heute immer stärker sich bemüht, zu einer Klärung der wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben vorzudringen, unmögslich, mit Kräften zusammenzuwirken, die den Weg in

die Zukunst nicht entschlossen gehen wollen.

Die soziale Umwälzung, in die unser ganzes Volk hineingetrieben ist, die soziologische

Umschichtung, die sich auch in Bahern in geradezu revolutionärem Ausmaß vollzieht. All das wird Kräfte auslösen, die, wenn sie nicht in positive Bahnen des Aufbaus gelenkt werden können, über uns alle hinweggehen werden. Wir muffen zu einem Laftenaus= g le ich kommen, der die sozialen Gegensätze verringert. Wir müssen eine neue Einkommensverteilung anstre-ben, die mit sozialer Gerechtigkeit vereinbar ist. Es gibt fein Zurück mehr zu der rückständigen, engen Beschaulichkeit einer vergangenen Ordnungszelle Bayern. Auch dieses Land Bayern ist aufgewühlt und hineingeworfen in den Schmelztiegel der Zeit. Es gibt keinen Frieden und es gibt keine Sicherung unserer schönen baperischen Heimat, wenn wir nicht den Mut haben, jene neuen Wege zu gehen, die uns vor allem Dr. Zorn hier aufgezeigt hat. Wir wissen, daß dem Wirtschaftsminister bei seinem Bemühen, die bayerische Wirtschaftsverwaltung in dem fortschrittlichen Geiste aufzubauen, den er hier vertreten hat, zahllose Schwierigkeiten begegnen. Wir sind auch davon unterrichtet, daß diese Schwierigkeiten nicht alle unserer Zeit entspringen, sondern daß es heute Kreise in unserem Volke gibt, die ganz bewußt den Fortschritt zu hemmen suchen. Wir werden in Zukunft noch mehr als bisher dem Volke Aufklärung über diese Kräfte zu geben haben.

(Dr. Dehler: Wo stecken viese Kröfte? Es wäre interessant, das zu ersahren?)

— Es wird die Zeit kommen, wo wir darüber offen sprechen, aber erlauben Sie mir, daß ich jetzt das hier auslasse und mich mit dieser Andeutung begnüge.

Wie immer aber wir uns im Lande Bayern auch mühen, den Ge ist der De mokratie zu sestigen und die Freihe it zu sichern, wir sind lezten Endes davon adhängig, was heute unserem ganzen deutschen Vaterland als Schickfal bestimmt ist. Ich gehe weiter und sage: Es ist nicht mehr ein deutsches, es ist ein europäisches Schickfal, das sich erfüllt. Es gibtkeinen Wieder-aussteg — sagen wir das ganz klar und als Bekenntnis! — und es gibt keine Demokratie für uns, wenn nicht eine europäische Demokratie möglich ist. Es gibt auch keine Wirtschaftsplanung — da mögen wir uns in Bayern noch so sehr bemühen —, wenn es nicht zugleich eine europäische Wirtschaftsplanung ift.

Und so schauen wir in diesem Augenblick über die Grenzen des zerrissenen Deutschland dorthin, wo heute die freien Völker Europas über ihre wirtschaftliche Zustunft beraten. Wir danken es dem Nationalsozialismus, daß heute der Stuhl leer ist, auf dem Deutschlands Verstreter sitzen sollten, aber wir hoffen, daß daß, freie Europa die Tatsache erkennt, daß es ohne ein demokratisches Deutschland kein Europa mehr geben wird.

(Lebhafte Zustimmung.)

In diesem hohen Hause werden viele ernste Fragen beraten, die das Leben unseres Volkes entscheidend berühren. Aber wie ernst wir uns auch um ihre Lösung bemühen, es gibt keine Frage mehr, die sich nicht irgendwo im Hohlspiegel des Weltgeschehens reslektiert. Wir müssen daher alles, was wir tun, mit dem Vlick auf dieses große Geschehen gerichtet tun. Es ist heute nicht nicht Deutschlands Existenzfrage, es ist Europas Existen durcheben. Zwischen den Kolossen drucht es in zwei Hälften auseinandergerissen zu werden, und der Riß geht mitten durch Deutschland, mitten durchs Herz Europas. Wenn sich das freie Europa in dieser Schickslässtunde aus seiner eigenen

(von Anoeringen [SBD])

moralischen Kraft heraus auf der Grundlage seiner ge= schichtlich gewachsenen Demokratie, der Humanität, seiner Freiheitsideen zu einem neuen Willen, zu einer neuen Einheit enheben kann, so schließt dies heute die lette Chance für uns alle ein, die uns zwischen den Rolossen des Oftens und des Westens gegeben ist, die Chance, jene dritte Kraft in Europa zu werden, über die ein Ausgleich der Gegenfätze noch zu erhoffen ist. Dieses fre ie Europa, das wir erschnen, kann nicht ein Abklatsch der östlichen oder westlichen Hemisphäre sein, es kann nicht russisch oder amerikanisch, es kann nur europäisch sein.

(Sehr richtig!)

Dieses Europa ist nur möglich auf dem Boben einer sozialen Demokratie, wie wir es glauben, auf bem Boben eines demokratischen Sozialismus.

Jetzt, in diesen Wochen, in diesen Monaten, muß der Kern europäischer Kooperation über die nationalen Grenzen hinweg sich entwickeln. Jett muß sich zeigen, wieviel Kraft von dem noch lebt, was zweitausend Jahre das Herz der Menschheit und die Seele der Freiheit war. Darum wollen wir aus diesem zerschlagenen Europa und aus diesem zerstückelten Deutschland heraus unsere Stimme erheben. Wir wollen uns zu diesem selbständigen Europa, zu seinen Traditionen, seinen demokratischen und sozialistischen Möglichkeiten be= kennen. Und dessen sind wir sicher: Der demokra= tische Sozialismus ist seine letzte Möglichkeit. Wenn wir den Leidensweg unseres gequälten, zerstückel= ten Deutschland überblicken und wenn wir heute, dank der katastrophalen Politik der deutschen Herrenkaste aus dem Kveis freier Bölker weiter denn je ausgeschlossen sind, so wollen wir doch über alle Bitterkeit und Enttäuschung hinaus nicht einen Augenblick aushören, ge= rade am Kande des Abgrunds um biese Demokratie zu ringen.

Unter den vergilbten Schriften des ersten Welt= kriegs fand ich ein Heft, das von einem Franzosen, Romain Rolland, im Jahre 1916 in der Schweiz geschrieben ist, in einem Augenblick, als noch die gewaltigsten Schlachten diesen Kontinent erschütterten. Weil es von einem Franzosen als großer Kuf an die europäischen Völker geschrieben ist — es ist betitelt "Den hingeschlachteten Völkern" —, gestatten Sie mir, daß ich diese letzten mahnenden Worte Komain Kollands von 1916 hier an den Schluß dieser Betrachtung setze.

(Dr. Linnert: Romain Rolland ist jett zur KPD übergegangen! — Gegenrufe von der ERD.)

Was auch immer ist, ich weiß, er ist gestorben, wenn

ich richtig informiert bin. Jedenfalls war er in Amerika. Verehrte Anwesende! Das, was ich hier sage, ist nicht Angelegenheit der Sozialdemokratischen Partei, sondern ich bemühe mich, wie ich glaube, in unser aller Interesse mit Gedanten zu bicser Diskussion beizu-

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Wenn ich Romain Rolland an den Schluß setze, so nicht deshalb, weil ich nicht auch ein paar Worte am Schlusse sagen könnte, sondern aus folgendem Grunde: Es ist meines Crachtens wichtig, heute, selbst wenn uns die Welt noch nicht hört, immer und immer, wo wir gehen, uns in einer inneren Entruftung über diese Ent=

wicklung zu äußern, darauf hinzuweisen, daß in biesem Lande Menschen sind, die sich hart an der Grenze dessen, was heute als Diktaturidee aus dem Often vor uns hintritt, um dieses Europa mühen.

(Lebhafter Beifall.)

Aus diesem Grunde möchte ich Romain Rolland hier sprechen lassen. Er schrieb damals aus dem Kviege heraus:

Wer vermag es, noch heute den hintobenden Krieg aufzuhalten? Wer ist so start, die losgelassene Tierheit wieder in ihren Käfig zurück-zutreiben? Vielleicht biejenigen nicht einmal, die sie entsesselt haben. Das Blut ist angezapst, nun will es getrunken sein. So sauf dich an, Zivili= sation! Aber wenn du die Gurgel voll hast, wenn über zehn Millionen Kadavern der Friede wiederkehrt und du deinen Rausch ausgeschlafen hast, wirst du dann dich zusammenraffen? Wirst du es wagen, bem Elend ins Antlit zu sehen, wennt es die Lügen nicht mehr schminken? Wird der, der dann noch lebt und weiter leben muß, den Mut haben, sich den Armen tödlicher Gesieße zu entreißen? Völker aller Kassen, ob mehr oder minder schuldig, aber alle blutig und leis dend, seid es auch in der Vergebung und in der Erhebung! Vergeßt euren Haß, an dem ihr zugrunde geht! Tut eure Trauer zusammen, sie ist eine für die ganze menschliche Gemeinschaft! Es tut not, daß ihr im Leibe, es tut not, daß ihr im Tode von Millionen eurer tiesen Einheit als Europa euch bewußt seid! Tut ihr dies aber nicht, bringt dieser Krieg nicht als erste Frucht eine soziale Erneuerung aller Nationen, dann leb wohl, Europa, Königin des Gedankens, Führerin der Menschlichkeit! Du hast beinen Weg verloren, du bist in einen Kirchhof hineingetappt. Dort ist dein rechter Plat. Dort leg dich hin zu den Toten! Und andere mögen der Welt ge=

Das schrieb Romain Kolland vorausschauend 1916. Das Ende-dieses Krieges kam. Aber das, was nicht kam, war die soziale Erneuerung der Nationen Europas. Ich glaube Europa hat seine lette Chance, und das muß die sozia Le Erneuerung Europas sein. Da wir nicht Guropa, sondern nur ein zerrissener Teil davon sind, da wir noch kaum über die Grenzen unseres Landes himaus, noch weniger über bie Grenzen Deutsch= lands hinaus wirken können, lassen Sie uns dennoch alle unsere Kräfte in dem kleinen Kaum anspannen, in dem wir souveran noch zu bestimmen in der Lage sind — er ist so klein und so begrenzt! —, um das zu tun, was notwendig ist: um eine neue soziale Demo-tratie der Gerechtigkeit zu schaffen.

(Lobhafter Beifall bei der SPD.)

Präsident: Nun schlage ich dem hohen Hause vor, sich zu vertagen. Heute Nachmittag um 3 Uhr Fort= setzung dieser Debatte.

Ich unterbreche die Sitzung.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 40 Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 15 Uhr 5 Minuten durch den Prösidenten Dr. Horlach er wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Es ist an mich eine Anfrage gelangt: Der Herr Landtagspräsident wird ersucht, über den Fortgang der Wiederherstellungsarbeiten im Maximitianeum einen furzen Bericht zu geben und gegebenensalls alles daranzuseten, daß die Fertigstellung schnellstens ersolgt.

Der Herr Landtagspräsident ist bloß das voll= ziehende Organ des Hauses. Der Herr Landtagspräsi= dent hat den Altestenrat an seiner Seite, um die Geschäfte des Hauses zu erledigen. Es ist im Altestenrat, in dem sämiliche Fraktionen vertreten sind, zu wieder= holten Malen und eingehend über den Fortgang dieser Angelegenheit berichtet worden. Ich ersuche daher die Fraktionen, die im Altestenrat vertreten sind, ihre Mit-glieber über die Vorgänge im Altestenrat auf dem Laufenden zu halten. Das ist nicht meine Aufgabe. Die Verhältnisse bezüglich des Maximilianeums liegen so — wie Sie bereits aus der Presse wissen internet regen in Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden ist, die mit den Besitzerhältnissen am Maximilianeum zusammenshängen. Das Maximilianeum ist eine Stiftung. Auf Anfrag des Altestenrates sind die zuständigen Minis sterien veranlaßt worden, zusammenzukommen, um diese Frage in Ordnung zu bringen. Wie ich in der letzten Altestenratssitzung berichten konnte, konnten die Kegierungsvertreter ihren abschließenden Bericht noch nicht abgeben, weil das Kuratorium für die Marimilianeums-Stiftung neu zusammengesetzt wurde und erst diesen Freitag tagt. Auch während der Ferien wird sich das Präsidium des Landtags, vielleicht unter Hinzuziehung des Altestenrats, mit der Angelegenheit des Maximilianeums beschäftigen. Der Termin, den wir in Aussicht genommen haben, daß wir mindestens ab Oktober die Vollsitzungen des Kandtags wort abhalten fönnen, ist nicht nur der Wunsch ber Mitglieber des Hauses, sondern insbesondere der Wunsch des Präsidenten dieses Hauses, damit die Abgeordneten einmal entsprechende Sityplätze und Schreibgelegenheiten bekommen und damit zum andern die Übersicht im Hause derart wird, daß der Präsident die einzelnen Abgeordneten im Auge haben kann. Dann werden Ruhe und. Ordnung und ordnungsgemäßer Fortgang der Geschäfte gewährleistet sein. Das liegt auch im Interesse des Präsidenten, und aus diesen Gründen heraus setze ich alles daran, um die Dinge zu beschleunigen. Über selber bauen kann ich das Maximilianeum nicht. Das ist eine Frage der Bauabteilung der Staatsverwaltung. Herr Staatssekretär Fischer hat ja zugesichert, daß er sich um diese Dinge exnsthaft bemüht. Aber Sie wissen, wie groß heute die Schwierigkeiten sind. Ich sehne den Tag herbei, wo ich die Damen und Herren in Schönheit und Bürde im neuen Sitzungsfaal im Maximilianeum begrüßen kann.

(Heiterkeit.)

Dann sind auch die Presse und die Zuhörer gut untersgebracht; dann ist Ordnung im Hause, und die Uberssicht ist gewährleistet. Sie werden sehen, daß das unseren Beratungen außerordentlich gut tut.

Ich bitte, meinen Bericht, der ganz kurz war, in diesem Sinne entgegenzunehmen. In der Kürze liegt oft die Würze. Man braucht nicht ins Userlose zu berichten. Ich bitte die nachsolgenden Kedner das zu beachten.

Wir fahren in ber Debatte fort. Es kommen jetzt die Zehn-Minuten-Redner. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sting Ivo agner.

Stinglwagner (CSU): Darf ich eine kurze Bemerkung zur Geschäftsordnung machen! Es sehlen noch die Herren Minister und die Herren Kegierungsvertreter. Daher enscheint es mir unmöglich, in die weitere Debatte einzutreten. Ich glaube, wir müssen die Lusssprache über dieses Problem vertagen, dis die Herren zugegen sind.

Präsident: Meine Damen und Herren! Es ist natürlich kein Zustand, daß die Vertreter der Regierung noch nicht anwesend sind. Bei Beginn der Sitzung hat natürlich auch die Regierung, soweit sie beteiligt ist, hier offiziell vertreten zu sein. Sie hat mindestens einen Vertreter zu entsenden, einen sogenannten Vüchsenspanner, der den Minister unterrichtet über das, was anliegt, wenn dieser im Augenblick nicht anwesend sein kann. Auch in diesem Punkte müssen sich die parlamentarischen Gepflogenheiten erst wieder einlaufen.

Der Herr Ministerpräsibent wird dem Herrn Staatsminister Dr. Zorn berichten. Wir können in der Debatte weitersahren. Das Wort hat der Herr Absgeordnete Sting Iwagner.

Stinglwagner (Sell): Meine Damen und Herren! Ich will mich an die Zehn-Minuten-Grenze halten und möchte deshalb nur auf ein paar Einzelheiten eingehen, vor allem auf die Aussiührungen, die der Herr Staats-minister Dr. Zorn bezüglich des Bergbaues und der damit zusammenhängenden Fragen gemacht hat. Vor allem stehen wir aus dem Bergba u geschlossen auf dem Standpunkt, daß ein eigenes Dezernat für den Bergbau im Virhschaftsministerium absolut überslüssigist. Wir haben im Staatsapparat eine alte Einrichtung: das Oberbergamt. Dieses versügt zur Zeit noch über mindestens zwei Herren, die im baherischen Bergdau absolut Bescheid wissen, die im baherischen Bergdau absolut Bescheid wissen. Nachwuchs ist auch vorhanden. Wir sind der Aussassen, daß die Bergdehörde als solche, die ja dem Virtschaftsministerium ebenfalls unterstellt ist, vollständig ausreichen müßte, um die Belange wahrzunehmen, die aus der einen Seite die Öffentlichkeit, andererseits die Bergdauindustrie und drittens der Staat von einer derartigen Stelle verslangen.

Wir sind also der Auffassung, daß die Einrichtung eines eigenen Dezemats -innerhalb des Wirtschaftsministeriums, dem Oberbergamt koordiniert oder subordiniert — das ist noch nicht ganz klar —, überslüssisst. Die Aufgaben können durch das Oberberg amt ebenso gut und einwandfrei erledigt werden, schneller jedensalls, als durch die Einsehung eines Herrn, der die baherischen Verhältnisse disher ja nur mehr oder minder vom Hörensagen kennengelernt hat. Die Ersahrungen und auch die akter näßigen Niederlegungen gerade bezüglich der Vergbauerschließung, bezüglich der Vohrungen und der Ersorschung der geologischen Vershältnisse stelle nie derart weites Gediet dar, daß man sich nicht vorstellen kann, wie eine neue Stelle sich diese Kenntnisse mit der gebotenen Schnelligkeit aneignen kann, um sie für eine ersprießliche Arbeit zur Förderung der Produktion im Vergbau zu verwerten. Unsere

(Stinglwagner [CSU])

Anregung geht dahin, daß das Wirtschaftsministerium die Befugnisse, die es gegenüber dem Oberbergamt hat, entsprechend ausnützt. Damit dürfte allen Anforderun-

gen völlig Genüge geleiftet fein.

Die Untersuchungen, die in dem Bericht des Herrn Wirtschaftsministers erwähnt sind, sind zweifellos zu billigen. Wir möchten nur babor warnen, in der Jettzeit, in der es darauf ankommt, die Produktion zu föndern, sich mit besonderen Forschungsarbeiten aufzu-halten. Gerade die Weiterverarbeitung der Kohle, die Schwelung usw. find alles Dinge, die auf die Zeit verschoben werden müßten, in der wir eine gewisse Ma= zimalhöhe der Produktion bereits erreicht haben. Dann können wir uns mit berartigen Forschungen befassen. Seldenfalls dürfen sie unter keinen Umständen irgend= welche Dispositionen beeinflussen; die in vorderster Linie auf die Erhöhung der Produktion hinausgehen. Also: Reine Experimente, sondern drauf los auf die Mehrförderung!

Gerade wir im Bergbau haben die Außerungen des Herrn Wirtschaftsministers bezüglich des Zusammenschlusses der Wirtschaftsverbände usw. außer= ordentlich begrüßt. Es ist das heute früh bereits kurz gestreift worden. Ich möchte es hier nochmals betonen: Der Bergbau war derjenige Industriezweig, der nach dem Einmarsch der Besatzungstruppen als erster wieder die volle Produktion aufgenommen hat. Wir haben seit langer Zeit schon — zusammen mit den zuständigen Gewerkschaften und Arbeitervertretungen — vermißt, daß wir nicht die Möglichkeit hatten, als Vertragspartner aufzutreten, das heißt, daß wir eben unsere Verbände noch nicht aufrichten konnten. Die Aussichten, die der Herr Wirtschaftsminister hier gemacht hat, sind für uns außerordentlich wertvoll und wir erwarten nur, daß es ihm möglich ist, die gesetzlichen Grundlagen möglichst balb zu schaffen, um den Zusammenschluß der Arbeitgeber in der Form, die notwendig sein wird, auch durchzuführen.

Über die Planwirtschaft ist heute bereits gesprochen worden. Ich möchte nur nochmals unterstreichen und wünschen, daß nicht nur der Herr Wirtschaftsminister Dr. Zorn, sondern auch sein eventueller Nachfolger, wenn einmal einer kommt — bekanntlich sind Ministersessel ja etwas turzlebige Produttions=

güter —,

(Heiterkeit)

die Grundsätze hochhält, die er in seinen absolut ein= wandfreien, théorétischen Aussührungen über die Wirtschaftslenkung gebracht hat. Damit ist zweisellos etwas anzusangen. Er ist beiden Teilen gerecht gewonden mit dem, was er in seinen Schlußworten nochmals ausdrücklich hervorgehoben hat: einer= seits die Planung und andererseits keine Hemmung der freien Unternehmerinitiative, die nach den neuesten bemokratisch-wirtschaftlichen Grundsätzen ja Allgemeingut geworden ist. Das ist im Interesse unserer Wirt= schaft durchaus zu begrüßen.

Eine ganz kurze Bemerkung noch über die Ber = staatlich ung. Der Landtag war ja so liebens= würdig, dem Beaustragten bes Wirtschaftsministeriums einen Ausschuß beizugeben, der bei der Verstaatlichung bzw. der Übersührung der Montanindustrie in den Staatsbesitz beratend mitwirken soll. Sie haben heute bereits gehört, daß wir in diesem Ausschuß noch nicht

zusammentreten und schaffen konnten, weil die Zustimmung der amerikanischen Militärregierung zur Bildung dieses Ausschusses bzw. zum ersten Durchführungsgesetz zum Art. 160 noch nicht gegeben ist. Aber, wenn auch dieser Ausschuß arbeitet, so geht es doch zuerst darum, die Mahmahmen zu ergreifen, die zu einer Er= höhung ber Production führen können. Das gilt auch für die Verstaatlichung. Wenn über die Verstaatlichung die Erhöhung der Produktion möglich ist, bann werben wir uns alle bereitfinden, diesen Maßnahmen zuzustimmen. Ich muß aber bei bieser Gelegenheit im Zusammenhang mit einem Antrag, der heute ober in den nächsten Tagen kommen wird, noch einmal sagen: Es ist nicht möglich, daß man eine Industrie so vegetieren läßt. Auch der Staat kann sich das nicht leisten; denn letzten Endes muß er, auch wenn er Be= siger ist, ebenfalls zahlen. Er kann es sich nicht leisten, mit Bewußtsein Unterbilanzen zu schaffen, mit Bewußtsein Verluste zu machen. Die Kohlenpreise, die Preise ber Bergbauprodukte sind, ich muß das nochmals betonen, seit 1927 nabezu unberändert. Der Kontrollrat hat am 1. November 1946 eine 20prozentige Lohn= erhöhung diktiert, ohne auch nur eine Andeutung zu machen, wie er sich die Abwälzung dieser Kostenerhöhung

Bei dem Antrag, den ich eben erwähnt habe, handelt es sich um Schwanenkirchen. Es soll hier ein Kredit gewährt werden. Meine Damen und Herren, Sie können es gar nicht verantworten, hier einen Kredit zu gewähren. Sie können wohl die Staatsregierung beauftragen, dem Bergwerk Schwanenkirchen zwei Millionen zur Verfügung zu stellen; Sie tömen es aber nicht verantworten zu sagen: Du, Schwanenkirchen, bekommst einen Kredit von zwei Millionen. Die Gesellschaft in Schwanenkirchen kann diesen Kredit gar nicht annehmen, weil sie — so wie es uns seit eineinhalb Jahren geht — von vornherein weiß, daß sie nicht einmal die Zinsen ausbringen kann, geschweige benn, daß sie jemals in die Lage kommen kann, diesen Kredit wieder zurückzuzahlen, wenn die Preise kür die Kohle nicht erhöht werden. Darin liegt eine ganz große Gestahr. Das ist meiner Ansicht nach auch ein Gesichtspunkt, der bei den Besprechungen über

die Verstaatlichung berücksichtigt werden muß.

Ich möchte ein Wort wiederholen, bas fürzlich von einem Amerikaner in diesem Zusammenhang gesprochen wurde: Es geht bei ber Verstaatlichung nicht um Ideo= logien, sondern um die Erhöhung der Produktion.

(Sehr richtig!)

Präsident: Das Wort hat der Herr. Abgeordnete Dr. Franke.

Dr. Franke (SPD): Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Mai ist die große englische Export schau mit der Überschrift "Export or expire" eröffnet worden. Exportieren oder Zugrundegehen! Diese überschrift müssen wir auch heute über unser gesamtes Wirt= schaftsleben stellen. Das hat der Herr Minister sehr eindringlich betont. Deshalb bedauere ich es von ganzem Herzen, daß ich als Fachmann — ich darf das wohl sagen —, der in der ganzen Welt gereist ist und sich gerade auf die Fragen des Exports und der Exporthindernisse vorbereitet hat, mich auf ganz kurze Be-merkungen hier beschränken soll. Ich will sehen, wie weit ich den Wettlauf mit der Alingel des Herrn Präsidenten gewinnen kann.

Aus eigener Kraft — das wissen wir — können wir aus dem töblichen Kreislauf: ohne Kohle kein Transportwesen, ohne Transportwesen keine Le= bensmittelverteilung, ohne Løbensmittelverteilung keine Produktion und ohne Produktion keinen Export, nicht herauskommen. Diesen Kreislauf hat auch Mr. Danton zitiert. Er hat uns gleichzeitig zum Vorwurf gemacht, daß die deutsche Industrie keine Initia-tive zeige. Um nun ganz gerecht zu sein: Audiatur et altera pars! Ich spreche für die altera pars. Wie kann altera pars! Ich ipreche sur wie altera pars. Wie tunt man den Export vorbereiten, exportieren, wenn alle Voraussetzungen nicht nur zerstört sind, sondern wenn auch absichtliche Hemmnisse eintreten? Dazu muß ich ein Dokument zitieren. Es heißt: "Der Geist des Morgenthau-Plans"—"The ghost of the Morgenthau-plan" und stammt aus der Zeitschrift "Christian Cen-rury" vom 2. April 1947. Dieser Artikel, der von Max Rheinstein geschrieben ist, enthält eine deutliche Auseinandersetzung und eine wichtige Sache. Er weist darauf hin, daß der Marshall-Plan jett völlig neue Perspektiven bringt, daß aber nun barum gerungen werden muß, den Geist des Morgenthau-Plans zum Versichwinden zu bringen. Denn dieser Geist war der Geist des Hasses, war der Geist, der wollte, daß wir die Kartoffeln mit den Händen aus der Erde scharren sollten, wenn wir überhaupt noch etwas zu essen haben wollten. Es steht also wörtlich in dieser Zeitung:

Der Befehl, daß unsere Militärregierung keine Schritte unternehmen sollte, "die deutsche Wirtschaft aufrecht zu erhalten oder sie zu stärsten", stammt wörtlich aus dem Morgenthaus Plan. Er wirkte sich nur allzu sehr aus durch den Eiser, mit dem solche negativen Ausgaben, wie die Desindustrialisierung, die Entnazisizierung und die Bestrafung sodes Vergehens geslöst wurden. Die Umstellung auf eine Demostratie wurde dadurch zu einer Nebensache.

Es ift interessant, weiterzulesen:

Unfangs setzte sich die Militärregierung mit ganzer Kraft für diese negativen Aufgaben ein; bald jedoch aber wurde klar, daß unsere Leute in Deutschland nicht gewillt waren, sich auf die Ausführung einer lediglich Druck und Zerstörung ausübenden Tätigkeit zu beschränken. Das konnten sie auch gar nicht; denn die bloße Sicherheit der Besatungstruppen erforderte öffentliche Ordnung, sanitäre Bedingungen und die Verhinderung der Hungersnot.

Selfen konnten sie freilich nicht; aber sie fühleten sich verantwortlich und nahmen nicht nur ein tätiges Interesse an der Wiederherstellung der Wasserversorgung, der Kanalisation und der Behebung des unsagbaren Elends, das sich runderum breit machte, sondern auch an der Wiederaufrichtung der Verwaltung und des öffentlichen Lebens.

— Das kann man wohl sagen. Wir sind vielen dieser prächtigen Männer begegnet, die geradezu wider einen Befehl handelten, wenn sie uns in dieser Weise halfen. Wer sie haben uns dis heute durchgeholsen. Immer mehr ist allerdings auch der Geist des Morgenthau-Plans in den Hintergrund getreten und statt dessen der Marshall-Plan in den Vordergrund

gerückt. In dieser Politik des Manshall-Plans werden hoffentlich immer weitere Fortschritte gemacht werden.

Diese Politik legt sest, daß Deutschland demokratisch werden muß und in die Lage versetzt wird, sich selbst zu erhalten.

- Vor dieser Politik stehen wir jett.

Solange diese Politik fortgesetzt wird, ist es unstatthaft, Maßnahmen zu ergreisen, die dazu angetan sein können, diese Politik zu hemmen. Gerade setzt, während umser Staatssekretär für eine solche Politik kämpst, versolgen andere Mitzglieder unserer Regierung eine auf den Morgenzthau-Plan aufgebaute Politik. Der Morgenthau-Plan ist vielleicht tot — aber der Leichenzbeschauer hat die offizielle Todesurkunde noch nicht herausgegeben. Der Geist des Morgenthau-Plans geht noch um und gesähndet uns und den zukünstigen Frieden der Welt.

Es wird weiter gesagt:

Es ist klar, Deutschland kann nicht nur von der Landwirtschaft allein leben. Wenn 65 Millionen Deutsche ernährt werden sollen, muß Deutschland Lebensmittel im Austausch gegen Industrieerzeugnisse einführen. Wenn Deutsch= lands Schwerindustrie, welche das gefährlichste Kriegspotential darstellt, wegfällt, dann muß die entsprechend große Verbraucherindustrie dafür entstehen. Industrie und Export seizen jedoch nicht nur die äußere Instandsetzung der Gebäude und der Inneneinrichtung usw. voraus, sondernwerlangen Kenntnisse—das "know-how" — wie man auswärtige Geschäfte einleitet. Wir sind jetzt dabei, an der Wiederherstellung der Güter erzeugenden Betriebe in Deutschland zu arbeiten, setzen aber gleichzeitig unseren Wirtschaftskrieg Deutschland gegenüber auf dem Weltmarkt fort.

Unter dem Vorwand der Keparationen üben wir einen Druck auf unsere ehemaligen Kriegsverbündeten und die Neutralen aus, alle deutschen Guthaben, welche die Basis für einen zukünftigen Exporthandel sein können, zu beschlagnahmen. Noch mehr wäre gegen die "Kücksührung" der außerhalb Deutschlands lebenden
Deutschen einzuwenden. Diese Kücksührung—
auf amerikanischen Druck hin— wird in aller
Welt sortgesetz und hat den Endzweck, seden
Einsluß dieser "odnoxious Germans", dieser
"üblen Deutschen" auszuschalten.

Sehen Sie, das stammt aus diesem höchst interessamten amerikanischen Artikel. Dazu ist natürlich zu sagen: Wenn man exportieren will, dann muß man produzieren können. Man muß aber auch gleichzeitig absehen können. Es nütt beispielsweise gar nichts, wenn wir jett aus irgendwelchen Mitteln heraus eine großartige Produktion aufziehen würden und kämen mit unseren Waren auf den Weltmadt und kein Mensch nähme uns umsere Ware ab. Inzwischen kann sich der Geschmack geändert haben. Ich darf baran erinnern, daß die Ossendert Lederindustrie total sestgefahren war. Sie hatte eine ganze Menge von Sachen ins Ausland geschickt, die aus der Mode gekommen waren. Sie konnte damit nichts ansangen. Wichtig ist, daß man eine Ware bemustert. Export ist eben eine

Wissen z. Erst muß man wissen, was verlangt wird. Wenn z. B. Leiz jezt Humberttaissende von Ferngläsern herstellt und sie exportieren will, so wird er sie nicht los, weil bie englische Konkurrenz bereits auf dem Markt ist. All diese Dinge müssen erst einmal vorausgewußt werden, ehe man planen kann. Aber wir haben überhaupt noch keinen Kontakt mit bem Aussland. Wir können zunächst noch nicht einmal ein Warenmuster hinausschieden. Wenn einer einen Stoff kausen will, dann muß er ihn wenigstens befühlen können. Auch das sind Schwierigkeiten, die erst gelöst werden müssen.

Und dann zur Frage der "obnoxious Germans": Ich habe hier z. B. die "China-Preß" aus Shanghai, die mir zugeschickt worden ist. In ihr drücken sich die Chinesen sehr eindeutig darüber aus, was sie davon halten, daß seit mehr als 20 Jahren dort ansässige, ehrbare beutsche Kausseute, die sogar Material für den Krieg gegen Japan geliesert und auf ihr Risiko chinessisches Kegierungsgut als eigenes erklärt haben, um es vor den japanischen Zugrissen zu schützen, jetzt nach Hause geschickt werden. Da heißt es wörtlich:

Es ist wirklich nicht leicht, einen einleuchtenben Grund zu finden, weshalb nun die Mächte diese Deutschen unbedingt des Landes verweisen wollen. Wenn sie irgendwie ein offenkundiges Vergehen begangen haben, dann kann es wohl nur deren geschäftlicher Erfolg sein und die weiteren ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten.

Wenn unsere Annahme richtig ist, baß es sich hier nur um die Furcht wor dem Konkurrenten handelt, dann möchten wir nur wissen,

- so schreiben Chinesen -

wie die Deutschen überhaupt noch einen Wettbewerb aufnehmen wollen mit dem, was ihnen der alliierte Kontrollrat an Schwer= und Leicht= industrie noch übrig gelassen hat.

Sie sehen also, daß auch die äußere Welt die Schwierigkeiten woll erkennt. Wenn selbst die Chinesen unsere Schwierigkeiten sehen, dann hoffen wir, daß sie auch sonst noch allgemein erkannt werden.

Schlimm ist die en glissche Konkurrenz. Hier habe ich einen Bericht, daß der Engländer bei seiner großen Exportschau — und das ist natürlich sein gutes Recht — fast jeden Artifel damit präsentiert, daß er sagt: Das können wir jezt besser als die Deutschen. Natürlich, wenn man das "know-how" der Herklung, das Geheimnis des Versahrens hat, dann kann man es leicht besser machen. Hier ist statistisch niedergelegt, daß sich der Schuhwaren-Export vendoppelt hat. Der Handschuh-Export hat sich verdreissacht. Den Export an Chromleder- und Luxuswaren haben sie an sich gerissen. Die medizinischen Artifel haben sie jezt. Die Weltknappheit an Möbeln ist in England zur großen Kon- junktur geworden. Es wird gesagt, daß die einzige Weteilung der Ausstellung, bei der Eintritt zu zahlen war, die Möbelabteilung ist. Ich glaube, bei uns wird es in einigen Jahren auch so weit sein, daß man die kostbarsten und besseren Wöbel nur noch gegen Einstrittsgelder zeigen wird.

In der Feinmech anik und Optik kann bie britische Industrie nunmehr alle jene Positionen besetzen, die Deutschland vor dem Krieg auf dem Weltmarkt gehabt hat. Sehen Sie, das ist alles recht schwieserig. Aber wir haben auch innere Schwierig = teiten in der Industrie, won der Rohle ganz abgessehen. Wir haben den großen, den gewaltigen Masterialmangel.

Und hier komme ich auf die Frage der Komspenfation pen sationen zu sprechen. Ohne Kompensation kann tatsächlich unsere Industrie bei bestimmten Mangelswaren heute nicht arbeiten. So wurde meiner Firma gesagt: Wenn du Triazetat-Folien willst, gib mir dafür Motoren! Triazetat-Folien sind hochisolierende Stoffe sür ein wichtiges Exportgerät, das wir schon drei Monate lang nicht mehr herstellen können. Es hängt mit der öffentlichen Gesundheit zusammen. Ich werde später einmal darüber berichten. Wir können keine 10 Kilogramm bekommen, odwohl ein Lager von Hunderten von Kilogramm in der Nähe ist, weil wir die Motoren nicht liefern können, die dafür beansprucht werden. Ich könnte das hier vorlesen, will aber die Namen nicht nennen.

Andererseits haben wir auch Arbeitssschwieserigehen. Ich kann darauf nicht näher, eingehen. Dier kommt eine Nachricht nach der anderen. Es schreiben die Lieferanten nicht nur wegen des Abbaus und der Demontagen. Darüber ist schon gesprochen worden. Sie schreiben uns, daß ihre Arbeiter an den Drehbänken buchstäblich zusammenbrechen und daß sie nicht mehr weiter können. Ich habe hier ein Schreiben, in dem es heißt:

Zu meinem Bedauern ist eine Verzögerung in der Lieserung dadurch eingetreten, daß zwei meiner Arbeitskräfte, die ich für die Fertigung Ihres Austrages eingesett habe, durch Arankheit aussielen. Eine Frau ist an zwei auseinandersolgenden Tagen vor Erschöpfung, Unterernäherung, an der Maschine zusammengebrochen, so daß sie bis heute die Arbeit noch nicht wieder ausnehmen konnte. Ein Arbeiter erklärte mir, daß er und seine Frau nichts mehr zu essen hätten und er deshalb die Arbeit niederlegen müsse.

Da fallen also hochwertige Arbeitskräfte durch solche Fälle auch noch aus. Wir haben mit Grauen gelesen, daß es Experimente gibt, wie lange es ein Mensch ohne Luft aushalten kann. Hoffentlich werden wir nicht durch das Schichal dazu bestimmt, vorzusühren, wie lange man fast ohne Nahrung noch soundso viel Arbeit leisten kann, dis man zusammenbricht.

(Sehr richtig!)

Nun kommt, ich bin schon nahe am Schluß, noch das besonders Wichtige, was der Verfasser Kheinstein in der Zeitschrift "Christian Century" noch schreibt:

Fügt man zu diesen Machenschaften noch die völlige Enteignung aller beutschen Patente, die gänzliche Schließung des deutschen Patentamts und die rege Tätigkeit der FIAT (Field Intelligence Agency Technical — Agentur für Wissen und Technik heißt diese Einrichtung) hinzu, wodurch alle technischen und fachwissensichaftlichen Errungenschaften einzig und allein Amerika zugute kommen,

— nämlich das "know-how", der Trick, wie man etwas herstellt, das Fabrikationsgeheimnis. Ich selbst habe Fabrikationsgeheimnisse ausliesern müssen; es ist mir nicht leicht gesallen und ich habe mit dem Hammer por

einer wertvollen Optik gestanden und mich gesragt, ob ich zuschlagen soll oder nicht. Ich wollte aber ein reines Gewissen haben, um das Recht zu behalten, gegen ein solches Versahren zu protestieren —

dann ist es schwer zu begreifen, wie unter solschen Bedingungen ein Weg gefunden werden kann, der ein selbständiges Deutschland zum Ziel hat — es sei benn, daß diese Maßnahmen sofort abgestoppt würden.

Nur Profitgedanken

— schreibt er weiter —

fönnen amerikanische und anbere verbündete Schiffsreeder bestimmen, eine Politik weiter zu versolgen, die es — unter dem Borwand, militärische Sicherheit zu gewährleisten — Deutschsland verbietet, eigene Handelsschiffe zu besitzen. Der Kaum, auf dem der beutsche Handel sich unter diesen Umständen wird auswirken können, wird so begrenzt sein, daß die so getätigten Geschäfte nicht einmal die Transportkosten abswersen würden.

Auf die Frage, wie mit eine der wichtigsten ist, nämlich den ungeheuren Reparationsverlust, der durch die Verschleuwerung der Patente eingetreten

ist, habe ich schon früher einmal hingewiesen.

über Bölkerrecht will ich hier nicht diskutieren. Ich z. B. habe meine amerikanischen Batente als einen Privatvertrag mit Amerika betrachtet. Er wird nun nicht als solcher angesehen; aber abgeschlossen wurde er mit dem amerikanischen Konsul unter Eidesleistung. Ich erinnere mich noch genau, wie der Mann sagte: Schwören Sie! Und dann sagte er: Geben Sie mir Ihre Hand! Als ich fragte, wozu, erwiderte er: Oh, es gibt Leute, die glauben nicht an den lieben Gott! Also, doppelt genäht hält besser. Das war ein Vertrag, den beide abgeschlossen haben. Diese Patente sind dahin.

Wer nutt aber diese Patente aus? frage ich als Sozialist in die Welt hinaus. Diese Patente werden verschenkt; man kann sie, nämlich alle diese Ersahrungen, sür zehn Psennige, hätte ich sast gesagt, für ein paar Dollars kaufen. Wem nuten die Patente? Doch nur dem, der die Produktionsmittel in der Hand hat, also dem Unternehmerkapital, dem Prositkapital. Ich muß also schon sagen: Diese Patente kommen ganz einseitig in diesem Fall nur einer bestimmten — verzeihen Sie, ich will nicht hehen — Rasse zugute, und die Last tragen wieder einmal die Werktätigen auf beiden Seiten des Ozeans.

Dann noch das Fabrikgeheimnis, dieses "knowhow". Die FIAT ist herumgegangen und hat sich nicht nur Patente, sondern Geheimnisse, wie man etwas macht, mitteilen kassen. Es gibt Dinge, Verspiegekungen usw. die keiner ansertigen kann. Der Wert einer solchen Kenntnis wird berechnet, indem man sagt, sünf Jahres-

umsätze stellen den Wert dar.

Wir haben zum Beispiel ein solches Geheimnis oder "know-how" an einen amerikanischen council — also Untersucher, Berater — ausliefern müssen; dieses Geheimnis wird auf den Wert von zehn Millionen geschätzt, denn man hat zwei Millionen Jahresumsatz angenommen, mal 5 gleich 10 Millionen. Dieses Versahren nützt nur einer einzigen amerikanischen Firma, der Victor X-Ray Co., sonst niemandem.

Dann stelle ich die Frage: Warum zog der amerikanische Soldat in den Krieg? Das ist eine Frage, die oft diskutiert worden ist, selbst in amerikanischen Blättern. Die Antwort hat mir der Sergeant Bird selber gegeben; er zeigte mir die Photos seines Knaben und sagte mir: Sehen Sie, mein Vater ist im ersten Weltkrieg gefallen. Ich stehe jett wieder hier; und wir sind in den Krieg gezogen, damit endlich einmal Friede wird und damit dieser blonde Junge hier nicht noch einmal in den Krieg ziehen muß. Sie sehen also, sür Wiederherstellung von Recht und Freiheit, von Friedensssicherheit glaubte Amerikas Armee in den Krieg zu ziehen und ist sie in den Krieg gezogen, aber nicht für das Steigen der Attien der Victor X-Ray Co.

(Sehr gut! — Ausgezeichnet!)

Nun komme ich noch zu einer weiteren Frage, nämlich der der Rohft offe. Wir können nicht existieren, wenn wir Rohstoffe kaufen sollen und selber Rohstoffe haben, die wir in Massen herausschafsen müssen. Ich denke hier nur an die Holzberedelung.

(Sehr richtig!)

Die Holz frage muß immer wieber hinausgeschrien werden. Wir wissen es von unserem Landwirtschaftsminister, daß wir nur noch sechs Jahre Holz haben; dann ist es aus. Statt bessen müssen wir mit Entsehen in der Zeitung lesen, daß erst für diesen Monat England wieder statt 20 000 Tonnen jetzt 50 000 Tonnen Bauholz angesordert hat. Sie bauen selbst; wir dürsen die Häuser nicht bauen. Wir würden sie ja gerne bauen und sie hinüberschieden, um dann wenigstens Devisen zu haben.

In dieser Sache ist der doch wirklich gütige und energische Minister Bedin, der wahrhaftig ein Herz fürs Volk hat und der zur Labour-Partei gehört, gestragt worden, wie er denn über die Niederlegung des deutschen Waldes dächte. Da bin ich, muß ich sagen, ehrlich erschrocken gewesen, wie solch verantwortliche Leute schlecht beraten werden; denn wenn er da eine scheinbar sachmännische Auskunft über deutsche Waldstechnik gibt, dann hat er sich von irgendwem beraten lassen. Es wird berichtet:

Bu verschiedenen deutschen Problemen nahm der britische Außerminister Bevin im Unterhaus auf Anfragen von Abgeordneten Stellung, Auseine Frage, welche Schritte unternommen würsden, um die natürliche Wiederaufforstung der deutschen Wälder zu ermöglichen, gab Bevin destannt, daß man einige Samenbäume übrigläßt. Darüber hinaus läßt man in den abgeholzten Parzellen eine Anzahl Bäume stehen, wie das schon früher immer üblich war.

Ja, meine Damen und Herren, das ist die uralte Plänterholztechnik der Lüneburger Heide. Dann sehen Sie sich die Baumbestände au; wann hat man wieder etwas von dem Holz? Das ist keine Forstechnik, wird aber als moderne Forsttechnik in einem Parlament vorgebracht.

Ich erinnere mich einer Schulftunde, in der unfer Lehrer immer ganz niedliche Sachen zitierte, wenn irgendeinem etwas mißriet. Er zitierte da:

> Ein Knabe af wie viele Knaben die Datteln für sein Leben gern; und um der Früchte mehr zu haben, pflanzt' er sich einen Dattelkern.

Wir werden von dieser Art Waldanbau genau so viel haben wie dieser Anabe, der sich Dattelkerne ge=

pflanzt hat.

Ich komme jetzt zum Schluß. Ich will auf andere Dinge nicht mehr zu sprechen kommen. Ich habe alles natürlich vollständig konzentriert gebracht und danke dem Präsidium, daß es nicht geklingelt hat. Aber nun fomme ich tatfächlich zum Ende.

Man hat so oft darüber nachgedacht und diskutiert, warum die Weimarer Republik versagt hat. Jede Form einer Regierung muß versagen, wenn ihr

auf die Dauer kein Erfolg beschieden ist.

(Sehr richtig!)

Das gilt auch für die Außenpolitik; das gilt auch für unsere Verhandlungen auf Leben und Tod, um Holz, um Rohle und um andere Dinge. Eine Regierung, die überhaupt keinen Erfolg erringen kann, kann sich nicht halten.

(Dr. Linnert: Die Weimarer Republik hat Erfolge gebracht! Setzen Sie sie nicht selber herunter!)

Ich bitte Sie, mich in dieser Bedrängnis der Zeit nicht — ich möchte sagen — selber auf die Goldwaage

zu legen.

Aber trop des ehrlichen Willens des großen Franzosen Aristide Briand, bessen Name unsterblich mit der Bisson eines Paneuropa verbunden bleibt, mußte ein Stresemann körperlich und seelisch zerbrechen, weil ihm der wirkliche Erfolg versagt blieb. Und mit Strese-mann zerbrach die Republik. Dafür konnte dann ein anderer Erfolg um Erfolg buchen, die er dem deutschen Volke nur zu gut als Akkreditiv seiner göttlichen Sendung zu präsentieren verstand.

Ich finde, man kann unserer Regierung nicht vor= werfen, daß sie es unterlassen habe, auf Vorgänge und Magnahmen hinzuweisen, deren Folgen ihrer Ansicht nach das Werk des Wiederaufbaus erschweren und fast

unmöglich machen.

Nun aber warten wir mit Sorge auf die Antwort und den Augenblick, wo deutsche Vorschläge in einer Form zur Verhandlung kommen, die auch dem Volke die Gewißheit gibt, daß es sich bei seiner Regierung um mehr handelt als ein demokratisches Schattenspiel.

(Beifall, vor allem bei der SPD.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Weidner.

Weidner (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir gegenwärtig die Zeit zu theoretischen Erörterungen haben. Es kommt ja in Deutschland und in Bahern nur auf eines hinaus: Produzieren, produzieren und nochmals produzieren! (Sehr richtig!)

Diese Wege allein führen uns aus dem Elend heraus. Am Anfang stand nicht das Wort, sondern die Tat; und auf die Taten von uns allen kommt es an. Deshalb unterstreiche ich das, was mein Fraktionskollege Herr Dr. Dehler heute morgen sagte: Mehr produzieren und dann lenken!

Gewiß, der Weg ist nicht einfach; er ist sehr schwer. Wir wissen, daß wir keine Kohle haben, daß sie uns genommen wird. Wir wollen aber dabei nicht ver= zweifeln. Wir leben in dem Lande der Fugger. Die Stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1946/47, Bd. I, 24. Signing

Fugger haben es vor 500 oder 600 Jahren vorgemacht, was freier Kaufmannsgeist in Augsburg und darüber hinaus in allen Winden erzeugen konnte. Die Fugger sind ein bayerisches Geschlecht und sie müssen

heute noch in uns lebendig sein.

Der königliche Raufmann ist nicht erstorben, auch nicht in Bayern. Ich habe es in meiner kurzen Zeit in der Landesstelle erlebt, und ich kann Ihnen sagen, daß ich verantwortungsbewußte Männer gesehen habe, die sehr wohl wußten, wie weit sie in puncto Kompen= sationen zu gehen haben. Ich muß zurückweisen, was mir gerade in diesem Kreise wiederholt gesagt worden ist, nämlich, daß die Industrie zu 50, 60 und 70 Brozent kompensiere. Meine Damen und Herren, das ist unmöglich; ein verantwortungsbewußter Wirtschaftler macht das nicht. Ich habe die Pflicht, von dieser Stelle aus die anständige Wirtschaft nach wie vor in Schutz zu nehmen.

Herr Kollege Schlögl ist leider nicht da. Es ist mir gerade heute eine Mitteilung zugegangen, daß sich Kollege Schlögl seinerzeit sogar für Kompensations= geschäfte bei der Augsburger Kammgarnspinnerei ein= setzen wollte,

(hört, hört!)

und zwar für Kompensation Zement gegen Kohle. Es ist bekanntlich verboten, mit Kohle zu kompensieren. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist Theorie und das ist Praxis!

(Sehr gut!)

In dem Augenblick, in dem Herr Kollege Schlögl sah, wie es bei der Augsburger Kammgarnspinnerei aus= sieht, sah er die Notwendigkeit der Kompensation ein.

So sollten wir uns hier im Baperischen Landtag nicht immer nur von Theorien leiten lassen, sondern die lebendige Wirtschaft, das lebendige, feinfühlige

Instrument, tatsächlich als solches erkennen.

Wir haben im Untersuchungsausschuß zweifellos Fehler gemacht. Herr Kollege Schlögl hat heute Vor= mittag mit Recht betont, daß die englische Zone uns vorwirft, es sei bei uns etwas nicht in Ordnung. Fa, meine Damen und Herren, wir wollen ja Mißstände im Wirtschaftsministerium, die gar nicht existieren, ans Tageslicht bringen. Sie existieren kaum; ich habe es wiederholt gesehen und habe mich unterrichten lassen.

(Widerloruch.)

Sie werden ja die weiteren Berichte darüber bekommen; es ist unsagbar wenig zu berichten. So schaben wir uns in Bayern ja bloß selbst; denn wir wissen, daß andere Zonen auf diesem Gebiet wahrscheinlich ein viel gedehn= teres Herz haben.

(Sehr richtig!)

Eines muß ich in diesem Zusammenhang aber noch einmal fagen: Beamte, Angestellte und Arbeiter können nicht kompensieren. Das ist mitunter sehr bitter; aber auch hier wird im Landtag mit zweierlei Maß ge= messen. Es ist mir — ich glaube, im Landwirtschafts= und Ernährungsausschuß — passiert, daß einer unserer Kollegen gegen die Kompensationen der Industrie wet= terte. Ich glaube, der Kollege ist hier. Als dann — es mag eine halbe Stunde später gewesen sein — von der Notwendigkeit gesprochen wurde, daß dem Arbeiter mehr Lebensmittel zugeführt werden, sagte er: Ja, was soll denn der Arbeiter machen, er muß in seiner Frei= zeit kompensieren.

(Weidner [FDP])

So sieht es in Wirklichkeit aus. Theorie und Praxis gehen eben hier getrennte Wege; und die Wirtschaft als solche, die lebendige Wirtschaft, wird sich durchsetzen, und zwar besonders hier in Bayern, in

dem Lande der Fugger; davon bin ich überzeugt. Aber eines darf ich besonders Ihnen, meine Herren von der CSU, nochmals sagen: Es ist nun einmal nicht notwendig, daß wir die landwirtschaftlichen Belange durchaus in allererster Linie sehen; es ist ebenso notwendig, daß wir die großwirtschaftlichen Dinge betrachten.

(Zuruf: Der königliche Kaufmann kann von der Luft leben!)

Ich glaube, wir sind zum großen Teil noch stark land-wirtschaftlich orientiert. Wir müssen darüber hinaus das Ganze sehen, und das Ganze ist nicht nur die Landwirtschaft, sondern die gesamte bayerische Wirtschaft; dazu gehören ebenso das Gewerbe und die Industrie.

(Kaifer: Sie sind zu spät zu uns gekommen!)

-— Ich glaube nicht; die Erfahrungen habe ich erst jetzt in den letzten Wochen sehr aussührlich gemacht. Und besonders aus den Kreisen der Industrie wird mir

bestätigt, was ich eben gesagt habe.

Darf ich Ihnen nur noch einige Anregungen geben. Der Herr Wirtschaftsminister hat in seinem Exposé die Flüchtling enur ganz slüchtig gestreift. Ich sagte gestern schon: Die Flüchtlinge bringen ein großes Kapital mit sich, nämlich ihre Arbeitskraft. Ich darf Ihnen vielleicht bazu ganz furz sagen, daß die Streich = und Zupfinstrumentenindustrie von Schönbach im Subetengau jährlich 300 000 Geigen und 60 000 Gitarren produziert hat. 80 Prozent bavon gingen in den Export, für fünf Millionen Dollar allein nach den USA.

Wie sieht es nun in der Praxis aus? Der Staats= sekretär für das Flüchtlingswesen will beispielsweise die Geigenindustrie in Mittenwald oder in Erlangen unterbringen. Die Mittenwalder erklären: Nein, wir können sie hier nicht aufnehmen; und in Erlangen ist es nicht viel anders gewesen. Meine Damen und Herren, wenn wir nicht bewücksichtigen, daß die zwei Millionen Flüchtlinge unter Umftanden geeignet jind, eine völlige Veränderung der wirtschaftlichen Struktur in Bahern zu erzeugen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als damit zu rechnen, daß eben sämtliche Flüchtlinge der Erwerbstofenunter=

ft ütung anheimfallen.

Darüber, wie hoch die Ziffer ist, liegen ja bereits Schätzungen vor. Wenn die Flüchtlinge nicht sämtlich bald oder einigermaßen bald untergebracht werden können, dann muß auf Grund einer Schätzung nach dem gegenwärtigen Zustand mit etwa einer Milliarde Unterstützungsgeldern allein für etwa eine Million bis eineinhalb Millionen Flüchtlinge gerechnet werden. Das bedeutet gerade das Gegenteil gegenüber dem, was die Flüchtlinge mitbringen; sie bringen eine ungeheure Arbeitskraft und einen ungeheuren Arbeitswillen mit. Deshalb bedaure ich, daß der Herr Wirtschaftsminister so wenig über die Möglichkeiten bes Flüchtlingsansates gesprochen hat.

Ich erinnere dabei baran, daß allein die Gablonzer Industrie etwa 15 Prozent des tschechischen Exports ausgemacht hat. Unterstützen wir

doch nun die Gablonzer Industrie weitestgehend! Sie bringt uns ja mit den primitivsten Broduktionsmitteln Devisen herein.

(Zuruf von der CSU: Geschieht das etwa nicht?)

Das sind meine Anregungen, die ich zum Flücht= lingssektor mache. Ich bitte, nicht zu unterschäßen, daß besonders die sudetendeutschen Flüchtlinge nicht nur die Arbeitsfraft, sondern auch ein großes Können mit= bringen. Dieses Können umzusetzen ist unsere Aufgabe.

Ich muß zum Schluß — denn die Zeit ist ja be-schränkt — noch auf etwas hinweisen. Wir haben in Bayern zehn Zementwerke; bavon stehen acht auf der Demontage= oder Reparationsliste.

(Hört, hört!)

Diese Ziffer ist erschütternd; man fragt sich wirklich, ob hier Vertrauen im Spiele ist, wenn solche Werke wie Karlstadt und Kiefersfelden, die wir zur Erhaltung unserer Wirtschaft und zum Wiederausbau notwendig brauchen, auf der Reparationslifte stehen. Ich muß die bayerische Staatsregierung dringend bitten, sich dafür einzusegen, daß dieser Kelch an uns vorübergeht. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Haager Landtriegs-ordnung von 1907 uns durchaus die Möglichkeiten gibt, nicht alles resigniert hinzunehmen; benn die Haager Landkriegsordnung von 1907 ist ja im Nürn-berger Prozeß ausdrücklich als noch heute gültig ermähnt worden.

Also, meine Damen und Herren, meine Zeit ist um: Zur Tat! Erst produzieren und dann lenken; aber alle Kräfte nuten, die dem Lande Bapern, das ja glücklicherweise nur relativ wenig industrielle Zerstörungen aufweist, zur Verfügung stehen!

(Beifall bei der FDP.)

Präsident: Der Abgeordnete Sühler hat das Wort.

Sühler (CSU): Meine Damen und Herren! Der Herr Wirtschaftsminister Dr. Zorn hat von allen Rednern, die zu feiner Ansprache Stellung genommen haben, eine außerordentlich günstige Kritik für sich buchen können. Wenn ich nicht in überheblichen Lobes= und Dankesbezeugungen und Anerkennungen für Herrn Minister Dr. Zorn pladiere, so nicht aus einer gewissen Abneigung gegen seine Politik oder wegen seiner Parteizugehörigkeit, sondern nur, um nicht vielleicht das Mißkrauen seiner eigenen Partei gegen ihn herauß= fordern zu müssen.

(Heiterkeit bei ber SPD.)

Ich kann natürlich im Kahmen einer Zehn= Minuten-Ansprache nicht die Ausführungen des Herrn Ministers im ganzen analysieren. Ich hatte auch ur= sprünglich nicht wie Absicht bazu. Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil ich vorausgesehen habe, daß die Be= lange der Landwirtschaft in diesem Gremium hier wie immer wieder ziemlich zu turz kommen; und ich habe mich in dieser Annahme nicht getäuscht. Die Landwirt= schaft ist bisher von keinem der Herren Redner berührt worden, mit Ausnahme meines Vorredners, der sie nur ganz am Rande und ziemlich negativ erwähnt hat. Ich will mich darauf beschränken, einzig und allein ben Standpunkt der Landwirtschaft zur Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung in kurzen Zügen zu umreißen.

(Sühler [CSU])

Wir verkennen absolut nicht die Schwierigkeiten, die der baherische Wirtschaftsminister durchzukosten hat, um zu einem Resultat zu kommen; und ich stehe nicht an, zu erklären, daß neben dem Ernährungsminister er wohl das schwierigste Ressort in der baherischen Staatseregierung zu betreuen hat. Deswegen wäre es auch nicht angebracht, das, was der Herr Wirtschaftsminister angebahnt hat, in einer negativen Kritik hier zu zerspflüden und zu zerstören.

In allererster Linie ist es, wie Herr Minister Jorn am 26. Juni ausgesichtt hat, unbedingt richtig, daß wir keine aktive Wirtschaft na ftspolitik treiben können, weil wir ja in unserem Tun und Handeln nicht sowerän sind. Unsere ganze Arbeit wird bestimmt, und zwar maßgeblich bestimmt von den Direktive nach wie bor unterzuordnen. Dazu kommen noch andere innenwolitische Hemungen, die Währungsfrage, Steuern, Demontagen, Reparationen usw. Wenn ich in einigen wenigen Worten zu diesen Fragen Stellung nehmen will, so möchte ich betonen, daß wir in der Landwirtschaft den allergrößten Wert auf eine Bereinigung unserer Geldwirtschaft legen, die über kurz oder lang wird kommen müssen.

Die Schwierigkeiten sind ja turmhoch, und man fann mit Bunschen allein hier nicht vorwärtskommen. Aber wir betonen, daß einmal bei der Gestaltung unserer neuen Währung die Landwirtschaft an den Beratungen maßgeblich mitbeteiligt werden und daß die Währungsreform nicht unzeitgemäß kommen soll. Bekanntlich hat die Landwirtschaft ihre Haupt= einnahmen nach der Ernte. Alles, was im Laufe des Wirtschaftsjahrs außerhalb der Ernte anfällt, sind Nebeneinnahmen, die zur Dedung bes Haushalts benötigt werden. Wenn nach ber Ernte, also zu einem Zeithunkt, wo die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bereits abgegeben worden sind, eine Währungsumstellung kommt, bedeutet das ein gelldloses Jahr für den Bauern. Ich glaube, es muß baher in allen Kreisen Verständnis dafür herrschen, daß, wenn nicht vielleicht an eine Zwischenkösung gebacht werden kann, die Umstellung der Währung zu einem Zeitpunkt ersolgen muß, wo die Ernte noch in den Händen des Bauern ist.

Man hat diesem Währungsproblem nun schon von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu Leibe rücken wollen. Man hat geglaubt, daß durch möglichst hohe Steuern eine Geldabschöpfung und damit eine Verzingerung des Geldumlaufs und eine Hebung des inneren Wertes des gegenwärtigen Geldes ersolgen kann. Dieses Experiment ist vollständig danebengegangen; denn alle Steuern, die vereinnahmt worden sind, wurden auf der anderen Seite für Beamtenbesoldungen, Unterstützungen, Subventionen und alle möglichen Zwecke wieder ausgegeben. Diese hohen Steuern haben noch den einen Nachteil, daß sie das Geld im Strumpf, das sonst immer ein großer Mißstand in unserer öffentlichen Geldwirtschaft war, hervorgerufen haben, so daß dieses dem umlaufenden Geld gegenwärtig noch mehr Konkurrenz macht.

Wenn der Herr Minister Dr. Zorn von der Steigerung der Erzeugung und der Verteilung gesprochen hat, so möchte ich mich da dem Standpunkt des Herrn Abgeordneten Dehler anschließen. Die Steigerung der Produktion muß die Priorität vor der Ver=

teilung haben. Das ist eine ganz einfache Logik; denn wenn nichts oder zu wenig erzeugt wird, dann ift die ganze Verteilung eben Theorie und weiter nichts. Nun leiden wir auf allen Gebieten unserer Wirtschaft und unseres Bedarfs an einem übergroßen Mangel. Dieser Mangel aber führt zu Er= scheinungen, die wir alle ablehnen. Er führt zum schwarzen Markt, zum grauen Markt, überhaupt zu der ganzen Gilde der Schwarzhändler. Wenn diese außer= ordentlich bedauerlichen Feststellungen, die wir für die Städte machen müssen, draußen auf dem Lande all= gemein bekannt würden, würde das zu dem Ergebnis führen, daß dort jede Lust zur Arbeit und jede Initia= tive, die Gott sei Dank bei uns noch vorhanden sind, ertötet würden. Man sagt so leicht, der Mensch lebt vom Essen. Unmittelbar jawohl! Aber der Mensch lebt meines Erachtens an sich von der Arbeit; denn Essen fann nur durch Arbeit hergestellt werden. Wenn ich die Leute, die stundenlang vor den Kinokassen Schlange stehen oder an den einzelnen Straßenecken ihre Schwarzhandelsgeschäfte betreiben, betrachte, komme ich zu der Erkenntnis, daß diese Menschensorte nur von den überstunden der Bauern und Arbeiter lebt.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen wäre es am Platz, daß dieser unsauberen Gilde mit allen Mitteln, die wir haben, das Handwerk gelegt wird.

Die Steigerung der wirtschaftlichen Produktion ist eine unumgängliche Voraussetzung dafür, daß die Landwirtschaft die notwendigen Bedarfsartikel bekommt. Wir wollen keine großen Dinge jetzt unternehmen und keine großen Kapitalsanlagen machen. Es ist auch vollständig abwegig, wenn im vorigen Jahr eine nordbaperische Zeitung geschrieben hat, daß im Bauernhaus eigent-lich nur noch der Perserteppich im Saustall sehle. Solche übertreibungen helfen wirklich nicht dazu, die Verständigung zwischen Stadt und Land zu fördern und den Arbeitswillen und die Initiative der Land-wirtschaft vorwärts zu treiben. Tatsache ist doch, daß draußen auf dem Lande die primitivsten Bedarfsartikel für die Landwirtschaft fehlen, und wenn heute nur von den Mistgabeln gesprochen wurde und den anderen Dingen, die die Landwirtschaft unbedingt benötigt, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, so ist das doch ein Beweis Hafür, daß diese einfachsten Dinge nicht auf regulärem, auf anständigem und legglem Wege zu erhalten sind. Die Dinge gehen doch so weit, daß heute jemand, der nach Jauche riecht, in der Apotheke sein Rezept nicht angefertigt bekommt, wenn er dem Apo= theker nicht etwas in den Klingelbeutel, in den Sack hineinlegt.

(Dr. Linnert: Warum zeigen Sie diesen Apotheker ... nicht an?)

Er ist inzwischen gestorben; sonst wäre das vielleicht geschehen.

(Seiterkeit.)

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß auch das Wirtschaftsministerium den allergrößten Nachdruck darauf legen muß, daß die Produktion an Landwirtschaftlichen Bedarfsgütern unter allen Umständen gesfördert wird. Diese Erkenntnis hat schon vor eineinhalb Jahren ein maßgeblicher Herr der amerikanischen Militärregierung anläßlich einer Pressengerenz gesäußert. Ich kann mich baran noch sehr wohl erinnern. Ich weiß allerdings nicht mehr, war es General

(Sühler [CSU])

McNarnen oder General Clay, der erklärt hat, das illegale Tauschgeschäft in der Landwirtschaft kann so lange nicht aufhören und zum Stillskand gebracht werden, als es der deutschen Industrie nicht gelingt, die Landwirtschaft auf anständigem, legalem Wege mit den notwendigsten Bedarfsgütern zu versehen.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Dr. Franke hat von der Erschwerung des Exports gesprochen und Herr Minister Dr. Zorn hat in seiner großen Rede darauf hingewiesen, daß sich mit den Exportangelegenheiten zwölf deutsche und allierte Dienststellen besassen müssen, bis nur die Regularien des Exportgeschäfts in Gang gebracht werden. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß es unwedingt notwendig ist, den Export zu fördern und zu erleichtern. In einer Beziehung wünsche ich allerdings eine Erschwerung des Exports, und bas ist der Export unserer Holzbestände, die in das Ausland gehen. Der Herr Abgeordnete Dr. Franke hat in durchaus sachverständiger Weise, möchte ich fast sagen, die unermeßlichen Nachteile geschildert, die unsere Volkswirtschaft und unsere Wirkschaft im ganzen durch den Holzabirieb erleiden. Wenn festgestellt wird, daß der natürliche Holzzuwachs in Bayern pro Jahr 5 Millionen Festmeter beträgt und daß 14,5 Millionen Fest= meter abgeholzt werden müssen, so liegt der Schluß nahe, daß wir spätestens innerhalb eines Jahrzehnts in Bayern keine schlagbaren Holzbestände mehr haben. Damit geht nicht allein die letzte Substanz unserer nationalen Wirtschaft verloren, sondern auch die Be-einflussung des Klimas und des Wasserhaushalts unseres Landes und aller damit zusammenhängenden Dinge ist so katastrophal, daß wir die Folgen in der nächsten Zeit schon werben spüren müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir in der Landwirtschaft sind bereit zu jeder vernünftigen Neuordnung unserer Wirtschaft. Wir stehen nicht auf dem alten traditionellen und konservativen Standpunkt, daß man das Rad der Geschichte rückwärts drehen könnte. Wir sind aufgeschlossen genug, um der sozialen Ein= stellung nicht nur hier bei uns in Bayern und in Deutschland, sondern in der ganzen Welt Konzessionen zu machen. Wir wollen dabei nicht etwa eine Sozialifie= rung in marristischem Sinne, sondern eine Wirtschafts= form, die es auch dem Unternehmer ermöglicht, in freier Initiative das Besté für unsere gesamte Wirtschaft herauszuholen. Wir haben nur ein Ziel in der Landwirtschaft — und da glaube ich, daß wir mit allen Barteien einig gehen —, daß wir unter allen Umständen verhindern muffen, daß die Balkanisierung unseres Lebensniveaus letzten Endes Wirklichkeit wird. Mit der Devise: Der Kesignation, dem Pessimismus und der deutschen Zwietracht mitten ins Herz! wollen wir mit allen, die guten Willens sind, den Ausweg aus der geistigen und materiellen deutschen Not suchen und hoffentlich auch finden.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Ortloph.

Ortloph (CSU): Mitglieder des Baherischen Landstags! Herr Kollege Sühler ist wenigstens etwas auf das Gebiet der Landwirtschaft eingegangen. Ich habe sessellen müssen, daß bisher noch kein Redner auf die

Landwirtschaft und das, was die Landwirtschaft zur Wirtschaftspolitik des Herrn Wirtschaftsministers zu sagen hat, eingegangen ist.

Herr Kollege Sühler hat mir verschiedenes vorweggenommen. Ich möchte mich dem Wunsche des Herrn Präsidenten entsprechend kurz fassen und will baher darauf, was bereits gesagt wurde, nicht noch einmal zurücktommen, trotzbem es gar nicht schaden würde, wenn das eine ober andere noch besonders untermauert würde.

Ich möchte vor allem auf die Sicherstellung der Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Bedarsügegegenständer ift geradezu katastrophal. Wenn davon gesprochen wird, daß die Broduktion unter allen Umständen gesördert und enhöht werden muß, dann müssen zunächst einmal die Bedarsügegenstände, die zur Hebung und Förderung der Produktion notwendig sind, den Landwirtschaft; denn ich din seit einer Generation in der Landwirtschaft tätig. Ich din aber auch Wirtschaftsberater und kenne daher die wirtschaftlichen Verhältnisse der Andwirtschaft icher genau. Ich wäre deshald Herrn Kollegen Dr. Linenert sehr dankbar, wenn er mir die Adresse des Landwirtschaftlichen Betriebs geben würde, bei dem sich diese Perserteppiche besinden.

(Dr. Linnert: Das habe ich nicht behauptet.)

Der Zwischenruf ist von Ihnen gemacht worden; ich saß gerade neben Ihnen. Durch derartige Zwischenruse erweckt man den Eindruck, daß in der Landwirtschaft auch Gegenstände gehamstert werden, die nicht notwendig sind. Das ist vollkommen abwegig. Die Landwirtschaft benötigt in erster Linie einmal Schuhwert, sie benötigt weiter Kleibung und vor allem auch Jandwirtschaft werter Kleibung und vor allem auch Jandwirtschaft werter Kleibung und vor allem auch zand wiere versten zu g. Wie soll der Bauer seinen Bertrieb sühren, wenn er nicht einmal Hustagel hat, um seine Pferde beschlagen zu können, wie soll er die Wilchan die Milchammelstelle sahren? Das ist schlechthin unmöglich. Er benötigt Ersateile sür seine Maschinen; dem die Produktion kann nur gesteigert werden, wenn die Landwirtschaft intensiv betrieben wird. Zu einer intensiven Bewirtschaftung benötigt aber die Landwirtschaft gerade Maschinen. Sie müssen ihr also unbedingt zur Versügung gestellt werden.

(Buruf: Und Kunstdünger!)

Dringend notwendig ist dabei auch ein unbedeutendes die Schmiedekohlen. Wir haben draußen fast keine Schmiedekohlen mehr. Wie foll da der Schmied die landwirtschaftlichen Maschinen instand= setzen, wie soll er überhaupt Reparaturen vornehmen? Wenn ich da an die Landesstelle Kohle gegangen bin und dort fast händeringend um Schmiedekohlen gebeten habe, habe ich nur ein Achselzucken bei dem betreffenden Referenten gesehen, und er erklärte mir: es ist nichts da, wir können da gar nichts machen. Ich glaube, hier wäre etwas mehr Initiative sehr wohl am Blaz. Außerdem braucht der Landwirt gerade jest dringend B in de e g ar n. Stellen Sie sich vor, dem Landwirt wird für I Tangert Land 3 Tagwerk Land ein Kilogramm Bindegarn zur Verfügung gestellt; benötigt würde aber die vierfache Menge. Was ist die Folge? Der Landwirt ist nicht in der Lage, die Ernte so hereinzubringen, wie es notwendig ist. Das alles geht Hand in Hand. Er ist einfach nicht in der

(Ortloph [CSU])

Lage, sein Getreibe bei schönem Wetter hereinzubringen, wenn er das Bindegarn nicht hat, um das Getreide binden au können. Es gibt aber Bindegarn. Wo steckt hier der Fehler? Warum stellt man es dem Landwirt nicht zur Versügung? Außerdem würde bringend benötigt Zwischensaatgut. Sie wissen alle, daß durch die außerordenkliche Trockenheit die Ernte insbesondere an Futtergetreide sehr gering ist. Die Frühkartosseln werden jetzt geerntet oder sind schon geerntet. Es bestünde die Möglichkeit, diese Felder mit Zwischensaatgut zu bestellen, so daß eine zweimalige Ernte erzielt werden könnte. Dieses Zwischensaatgut muß aber bald zur Versügung gestellt werden. Hierher gehört auch die Versjörgung der Landwirtschaft mit Pserden. Da sehlt es kolossal, und es ist dringend notwendig, der Landwirtschaft das benötigte Pserdematerial zur Versügung zu stellen. Das sind noch lange nicht all die Gegenstände, die in der Landwirtschaft dringend benötigt werden. Ich habe nur die wichtigsten ausgesührt.

(Stock: Das ist doch Sache des Landwirts schaftsministers!)

- Es hängt das alles mit der Wirtschaft zusammen, und außerdem lautet doch der Punktider Tagesordnung: Sicherstellung der Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Bedarfsgegenständen. Wenn man diese Sicherstellung will, muß man doch wissen, welche Gegenstände die Landwirtschaft hauptsächlich benötigt.

Ich möchte dann noch einen Vorschlag machen: Wäre es nicht möglich, die Landkreise, die gut abliesern, bevorzugt mit den dringend nötigen landwirtschaftlichen Bedarssgegenständen zu versorgen?

(Juruf: Das Prämienspstem haben Sie abgelehnt!)

Das ist nicht in dem Sinne abgelehnt worden, sondern es würde durchaus die Möglickeit bestehen, wenn der Wille dazu da wäre, diese Landkreise, die gut absliesern — und das ist der Wille eines sehr großen Teils der Landwirte — bevorzugt zu beliesern. Wie es heute gemacht wird, möchte ich Ihnen an einem Beispiel zeigen. Ich kenne einen landwirtschaftlichen Bestrieb, der von einem hervorragenden Landwirt geführt wird und in Bezug auf die Ablieserung weitaus an erster Stelle steht. Es ist das der Betrieb des Gutspächters Koch in Obertraubling. Dieser hat beispielsweise eine Milchleistung von durchschnittlich 1950 kg pro Kuh im Jahr, also von 39 Zentnern. Er liesert insgesamt jährlich 48 750 kg Milch ab. Dasür hat er als Prämie erhalten zwei ganz gewöhnliche Schöpfslöffel und ein Seihtuch, also drei Gegenstände im Werte von zusammen 90 Psennig Friedenspreis, wosür er allerdings 6 Mark bezahlen mußte. So steigert man die Ablieserungsfreudsigkeit der Landwirtschaft nicht!

(Zuruf: Sagen Sie das dem Minister!) Es kann gar nicht schaden, wenn auch diese Frage einwal in diesem Zusammenhang besprochen wird, und

mal in diesem Zusammenhang besprochen wird, und ich glaube, als Abgeordneter, der in einem rein land-wirhchaftlichen Bezirk gewählt wurde, dem, wenn er zu Haufe ist, von früh dis nachts die Türe eingelausen wird und dem die Leute immer wieder sagen, hringen Sie das doch einmal zum Ausdruck, habe ich nicht nur das Kecht, sondern die Pflicht, das dei sich bietender Gelegenheit zu sagen.

Dringend notwendig ist natürlich auch die rechtzeitige Anlieferung aller Bebarfsgegenstände. Mit ihrer Verteilung muß vor allem der anständige ortsansässige Landhandel betraut werden. Er hat wie der Mittelstand überhaupt ein Recht darauf, in diese Versteilung einbezogen zu werden:

Für dringend notwendig erachte ich es, daß der Industrieplan mit aller Energie einer Redision

zugeführt wird.

Sin weiteres Mittel, die Produktion zu heben und zu fördern, ist der Ausbau der landwirkschaftlichen Beratung fallen; denn nur durch eine entsprechende Beratung kann auf den einzelnen Landwirk so eingewirkt werden, daß er in der Lage ist, nach neuesten Grundsätzen zu produzieren. Ich möchte deshalb vorschlagen — es hängt das alles mit der Wirtschaft zusammen —, daß in jedem einzelnen Dorf eine Beispielwirtschaft das aus dem Grund und Landwirten gezeigt wird, was aus dem Grund und Boden herausgewirtschaftet werden kann. Denn nichts überzeugt besser als das Beispiel, das der einzelne immer vor Augen hat.

Daß die Steuerlast berart drückend ist, daß sie jede Initiative und Arbeitslust tötet, ist schon wiedersholt ausgesprochen worden. Es ist heute keinem Menschen möglich, auch wenn er wirklich mit allen zu Gebote stehenden Nitteln dazu bereit wäre, an der Hebung und Förderung der Wirtschaft mitzuarbeiten, gleichsgültig ob in der Landwirtschaft oder in der Industrie, weil er durch die Steuerlast vollkommen gedrosselt wird. Er kann unmöglich so viel herauswirtschaften, daß er eine Initiative entsalten kann. Die Steuergesetze töten,

wie gesagt, jede Initiative.

II. Vizepräsident: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ortloph (CSU): Herr Präsident, ich komme zum Schluß und möchte in meinem Schlußsatz nur noch sagen: Versuchen wir das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land zu heben, dann ist zu hoffen, daß wir über die kolossale Not hinwegstommen, in der wir uns jetzt besinden.

(Beifall bei der GSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Weinziers Georg.

Weinzierl Georg (CSU): Mitglieder dieses hohen Haufes! Wenn ich zu den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers Stellung nehme, so tue ich das als Vertreter des Handwerks. Es wird in diesem Hause so viel von allen möglichen Berufsständen gesprochen, nie= mals aber vom Handwerk. Wir haben bie Darlegungen des Herrn Wirtschaftsministers in seinem aus= führlichen Bericht genauestens verfolgt und mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß er versuchen will, die bürokratische Zwangswirtschaft baldmöglichst durch eine überwachte und gelenkte Wirtschaft zu er= setzen. Wir haben weiter zur Kenntnis genommen, daß er die totale Planwirtschaft ablehnt und einen Mittel= weg sucht, der eine Wirtschaftsplanung vorsieht, in der die Initiative der Einzelperson und das Prinzip des Wettbewerbs volle Freiheit hat. Es sollen nur da Einschränkungen erfolgen, wo Schäben und Nachteile für die Allgemeinheit auftreten. Die alte Wirtschafts= ordnung ist in voller Auflösung begriffen. Der Herr Minister hat Maßnahmen getroffen für eine Sozialisie=

(Weinzierl Georg [GSU])

rung und eine Demokratisterung unserer Wirtschaft. Er hat seine Aussührungen jedem Abgeordneten in einem gedruckten, 45 Seiten umfassenden Bericht zugehen lassen, und ich habe dabei mit Befremden seststellen müssen, daß in diesem Bericht tatsächlich mit keinem einzigen Wort vom Handwerk die Rede ist, odwohl das Handwerk doch, wie ich glaube, als ein bedeutender Faktor im Wirtschaftsleden zu gelten hat, so daß es doch der Müse wert wäre, auch von ihm zu sprechen. Die Gewerkschaften sind maßgeblich — zu 50 Prozent — eingeschaltet, es ist ihnen ein Witdestimmungsrecht gesichert, und ich meine, daß es schon wichtig wäre, die 240 000 Handwerksbetriebe, die doch nach Art. 153 der Verfassung den Schutz und die Förderung des Staates genießen sollen, in einen solchen Bericht mit einzubeziehen.

Wir haben einen großen Gebrauchsgüter= mangel, und es ist boch so, daß unser Bolf sich augenblicklich in einem moralischen Sumpf besindet, aus dem wir schlecht herauskommen. Ein großer Teil unseres Volkes aller Stände hat den Boden der Anständigkeit verlassen und schädigt unser Wirbschaftsleben auß äußerste.

Wenn der Herr Wirtschaftsminister zwei Aufgaben als wichtig herausgestellt hat, eine gute Organisation sur eine gerechte Verteilung und die Steigerung der Produktion, so bitte ich dabei doch nicht zu vergessen den erhöhten Reparaturbeldarf des Hand= werks. Ich glaube, es könnte heute viel Unstimmigkeit und Unzufriedenheit in der Bevölkerung behoben werden, wenn die Kontingentzuweisung für den Reparaturbedarf im Handwerk entsprechend höher wäre. Das Handwerk hat seine Reserven vollständig aufgebraucht. Ich habe aber das Gefühl, daß gerade das Handwerk bei den Landesstellen nicht besonders günstig bedacht wird. Ich darf hier nur ein Beispiel heraus= greifen, das geeignet ist, die ganzen Verhältnisse zu illustrieren. Unsere Schuhmacher, die heute Berge von Schuhen in ihren Werkstätten liegen haben, bekom= men monatlich 20 Gramm Leder pro Kopf. Sie sind nicht in der Lage, die Schuhe zu reparieren, und es ist keine Seltenheit, daß Schuhe, wie Sie ja selbst wissen, ein halbes Jahr beim Schuhmacher liegen. Bevor man an eine Steigerung der Produktion denkt, wäre es doch wichtiger für unser Volk, baß wir gerade ben Schuhmachern eine entsprechende Zuteilung an Leder geben, damit sie endlich einmal die notwendigen Reparaturen ausführen können.

Es wird auch von seiten des Handwerks Mage gesührt, daß einzelne Landesstellen bei der Verteilung nur den privaten Großhandel einschalten, während der genossenschaftliche Großhandel, von dem die Einkaußegenossenschaften der Landesinnungsverbände betreut werden, dis zum heutigen Tage nicht berücksichtigt wurden. Ich bitte den Herrn Wirtschaftsminister, hier nach dem Rechten zu sehen.

In diesem Haus ist vielsach schon leichtfertig gesprochen und vor allem der gesamte gewerbliche Mittelstand vor allem der gesamte gewerbliche Mittelstand vor Korruption beziehtigt worden. Ich möchte das vom Handwerk aus entschieden ablehnen und mich dagegen verwahren. Es müßte eigentlich in diesem Haus unsere vornehmste Aufgabe sein, daß wir aufeinander Kücksicht nehmen, daß wir die gegensätzliche Meinung eines anderen ertragen und daß wir

eben Verständnis haben für die Lage des anderen. Wenn ich beispielsweise einen Zahn von einem Rad aus der Maschine herausbreche,

(Glocke.

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Beinzierl Georg (GSU): — so wird die Maschine schlecht gehen. So ist es auch in unserem Staatsleben. Wir brauchen Handwerker, wir brauchen verlässige Landwirte, wir brauchen zuberlässige Beamte, wie wir sie früher gehabt haben, wir brauchen Wissenschaftler, wir sind alle auf Gedeih und Verderb auseinander angewiesen. Wenn wir so in dieser Erkenntnis unsere Arbeit im Parlament betrachten, so glaube ich auch, daß das Volk es für segensreich hinnimmt und dankbar anerkennen wird. Was uns eigentlich nottut, ist das eine, daß vor allem unser Volk wieder einen Wegzu einer ehrlichen Arbeit sindet. Dann wird es auch wieder besser werden. Ich glaube, daß wir dann einer besseren Zukunst entgegengehen können.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Der Herr Abgeordnete Behrisch hat dankenswerter Weise auf das Wort verzichtet.

Der Herr Abgeordnete Kübler hat das Wort.

Rübler (CSU): Meine Damen und Herren! Es ist aus berusenem Munde zum größten Teil der Außsührungen des Herrn Wirtschaftsministers Stellung genommen worden. Über ich halte es für notwerdig, zu einzelnen Punkten, die uns besonders im täglichen Leben berühren, von dieser Stelle einmal ein paar Worte zu sprechen.

Ein Vorredner ist auf die schwere Notlage der Land wirtschaft hinsichtlich der Bedarfsartikel eingegangen. Ich will deshalb auf diese Dinge kurz zu sprechen kommen, weil diese Notlage seden Tag an uns herangetragen wird und weil wir Landräte draußen ja diesenigen sind, die die Leute nicht vertrösten und abweisen können, sondern Mittel und Wege suchen müssen, um über die Schwierigkeiten hinvegzuhelsen.

Jest stehen wir mitten in der Ernte. Wir müssen das Gut, das unser Boden gegeben hat, in die Scheunen schaffen, wir wollen es auch. Wer der Bauer hat
nicht einmal die Möglichkeit, seinen Bindemäher in Benütung zu nehmen, weil das B in de garn dazu sehlt.
Selbstverständlich kommt der Bauer zum Landrat mit
der Frage: Müssen wir nun auch das Bindegarn noch
im Schwarzhandel beziehen und uns damit versorgen?
Das ist es nun: Was sollen wir in diesem Fall tun?
Sollen wir dem Bauern sagen, er soll sein Getreide
liegen lassen und sehen, wie er fertig wird, oder sollen
wir ihm raten: Ja schau, daß du auf irgendeinem Wege
möglicherweise zu diesem Bedarfsartisel kommst!

Ich meine, das ist eine Schande. Dazu darf es nicht kommen. Mittel und Wege müssen besorgt werden, um diese Dinge unbedingt zu beschaffen. Wir waren im Frühjahr dadurch von einer sehr großen Gesahr besdrüht, daß die Zugtiere den Bauern nicht mehr beschlagen werden konnten, und wir mußten die Bauern daher auffordern, sie sollten sich Husnägel und Huserierien im schwarzen Wege beschaffen. Wenn es um Geld geht, ist es ja recht, aber wir wissen alle, daß diese Dinge nicht um Geld zu beschaffen sind, sondern daß

(Rübler [CSU])

derjenige, ber etwas zu verkaufen hat, Lebensmittel dafür haben will, weil er sie nicht für Geld weggeben will. Was sollen win dem Bauern raten, um die Ernährung sicherzustellen?

Meine Damen und Herren! Eine neue Kataftrophe droht! Unser Boden ist derartig arm an Nahrung, daß er im nächsten Jahr wahrscheinlich versagen wird, wenn es nicht gelingt, endlich den nötigen Stickstoff zur Verfügung zu stellen, um dem Boden die

notwendige Nahrung zuzuführen.

Das sind einige ganz wenige Dinge, die jeden Tag an uns herangetragen wenden und uns große Songe bereiten, weil wir wissen, was fehlt. Davon hängt das Wohl und Wehe des Volkes ab. Es muß unbedingt Wandel geschaffen wenden. Wir können diese Dinge nicht mehr so treiben lassen. Es kann nicht sein, daß diese wichtigen Bedarfsartikel am schwarzen Markt zu kaufen sind und dort sehlen, wo sie dringend benötigt werden. Ich muß den Henre Minister dringend bitten, auch diesen kleinen Dingen, neben den anderen großen wirtschaftlichen Ausgaben, die ihm gestellt sind, die notwendige Ausmerksamkeit zu schenken.

Ich möchte Sie auf einige andere Dinge aufmerksam machen. Die Versorgung mit Baumaterial

ist vollständig zusammengebrochen. (Sehr richtig!)

Wir sind nicht in der Lage, diesenigen Menschen, die den amtlichen Weg geben und guten Willens sind, ihre Dinge ordnungsgemäß zu machen, mit dem Notvendoigsten zu versorgen. Das kann ich Ihnen hier an einigen Beispielen sagen. Wir beschauen — es ist in erster Linie ja unsere Pflicht — draußen die Kamine auf ihre Feuergesährlichseit, und wenn wir sesstellen, daß die Kamine umgebaut werden müssen, weil Gesahr besteht, dann müssen wir aber umbauen? In meinem Landfreis allein sehlen, um bloß die als höchst seuergesährlich sestellten Kamine umzubauen, 28 000 Bausteine, 20 Tonnen Baukalf und 6 Tonnen Zement. Wir können die dringendsten Gebäudereparaturen nicht vornehmen. Es sehlen dassir allein in meinem Landkreis für die wirklich vordringlichsten Keparaturleistungen 221 000 Falzziegel, 650 000 Mauensteine, 225 Kubikmeter Schnittholz, 164 Tonnen Zement, 46 Tonnen Stückfalk, 81 Tonnen Baukalk und. Auf der anderen Seite muß verzenige, dem sein Stallgebäude einstürzt, zusehen, wie der Nachbar frischfröhlich ein Einsamilienhaus erbaut, weil er die Möglichseit hat, alles das im schwarzen Wege zu beschaffen.

(Zurufe.)

So geht das nicht. Denn wenn wir die Leute verpflichten würden, bloß das zu verbauen, was wir ihnen amtlich zuteilen, dann wären die Bauhandwerksebetriebe ihon längst zum Stillstand gekommen und die Maurer und Maurermeister hätten nichts mehr zu tun. Das Material ist vorhanden, es kommt nur barauf an, es in die richtigen Kanäle zu leiten, und wenn die Staatsregierung das nicht kann, wenn die Mittel und Wege sehlen, dann ist es bessen, man hebt den Zwang überhaupt auf und überläßt es dem freien Markt.

(Zuruf.)

So geht die Staatsautorität zum Teufel. Wer kann es noch ernst nehmen, wenn wir als staatliche Behörde Auslagen machen, die gar nicht erfüllt werden

können? Ich will Ihnen hier einige Ziffern nennen. Das, was wir an Baumaterial für einen Monat für ben ganzen Landkreis zugeteilt bekommen, kann mit einem Bauernfuhrwert weggebracht werden. Es wird geklagt, daß Schuhreparaturen nicht mehr vor= genommen werden. Die Arbeiter können nicht mehr arbeiten, wenn 'es an Schuhreparaturen fehlt, die Flüchtlinge beschweren sich, daß ihre Schuhe nicht instandgesetzt werden. Darf ich baran erinnern, was an Zu-teilungen gegeben wird? Das Stückhen Leder, das ich Ihnen hier zeige, ift acht Gramm schwer und das ist die Zuteilung für einen Kunden des Schuhmachers für ein halbes Jahr. Hier sind die Zuteilungen für ein ganzes Jahr 1,4 Gramm Nägel — das sind zehn Nägel —, acht Gramm Schuhbeschlag und 0,14 Quadratdezimeter Oberleder für ein ganzes Jahr. Das ist die Zuteilung im verslossenen Jahr gewesen und heuer ist sie noch weiter zurückgegangen. Das reicht nicht eininal für einen Schuh aus, aber der Herrgott hat uns zwei Füße gegeben. Im schwarzen Wege sind die Materialien vorshanden. Also, da stimmt etwas nicht, und wir müssen Mittel und Wege suchen, um aus dieser Misere heraus zukommen, und nichts anderes tun als diese Kompensa= tion abzustoppen — der Herr Abgeordnete Weidner hat das Gegenteil gemeint. Da stehe ich auf dem Standpunkt, unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugnisse auch der Industrie genau so erfaßt werden wie die der Landwirtschaft, damit sie endlich wieder in die Kanäle hineinkommen, wo sie hineinge= hören, um unsere Wirtschaft aufrechterhalten zu können.

I. Vizepräsident: Das Wort hat die Frau Ab= geordnete Zehner.

Frau Zehner (CSII): Wir haben in der Rede des Herrn Ministers Zorn über die Notwendigkeit der Produktion auf allen Gebieten und die Verteilung der produzierten Güter gehört. Tatsache ist, daß leider Gottessschon seit acht Jahren die notwendigken Gebrauchsgegenstände nicht mehr verteilt werden können. Die Notlage auf allen Gebieten, ganz gleich wie die Gegenstände heißen, ist ungeheuer groß, und es ist eine Selbstwerständlichkeit, daß eine Frau die Gorgen, die wir Frauen haben, wenigstens in einigen Winuten dem Minister vorträgt.

Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß unsere Frauen durch die große Not, die sie allübersall mitmachen müssen, wirdlich ein Marthrium auszustehen haben. Sie leiden am allermeisten unter der schwierigen Ernährungslage. Denn es ist bitter haut, stets den hungernden Kindern und dem arbeitenden Mann vorzurechnen: So viel darsst du heute essen und nicht mehr! Von Fleisch und Fett gar keine Rede mehr. Und auf der anderen Seite wird es auch im kommenden Winter nicht möglich sein, eine warme Stube zu sinden und noch viel weniger, sich warme

Kleider zu verschaffen.

Der Minister hat in seinen Aussührungen gesagt, daß pro Kopf der Bevölkerung im Jahr z.B. nur 300 Gramm Textilien verteilt werden können. Ich muß dazu noch sagen, daß viele Verbraucher in den letten Jahren nicht einmal die 300 Gramm Textilien erhalten haben. Es ist den Frauen mit dem besten Willen, wenn gerade in der Textilversorgung die Produktion nicht gesteigert wird, nicht mehr möglich, das Notwendigsten noch auszubessern, geschweige denn noch etwas zu erssehen. Es sehlt tatsächlich an dem allernotwendigsten

(Frau Zehner [CSU])

Flick garn, es sehlt an Strick garn. Die Strümpse auszubessern — von neuen gankeine Kede — ist bei den Frauen wirklich zu einem Problem geworden. Wir hörten, daß die notwendige Baumwolle vorhanden wäre, daß aber die Arbeitskräfte zur Verarbeitung sehlen. Und wir stellen daher die Bitte an das Arbeitsministerium, hier doch dafür mit Sorge zu tragen, daß die Arbeiter gerade für diese Branche gesunden werden, damit endlich die Produktion in den Textilien gesteigert werden kann; denn die Not auf diesem Gebiet ist in allen Familien, ganz besonders bei kinderreichen Familien, ungeheuer groß.

Einen zweiten Punkt möchte ich noch ganz kurz streisen. Ich hörte, daß unseren Gerbereien verboten sei, Kleintier felle zu gerben. Wir wissen, daß sast alle Arbeiter am Stadtrand und am Land und auch die Bauern sich heute mit Kleintierzucht abgeben. Durch das Gerbereiverbot für diese Felle geht uns ein wertsvolles Wirtschaftsgut zugrunde, das sür alle möglichen Zwecke Verwendung sinden könnte, z. B. für Haussichte und Handschuhe. Schon vor 1933 wurden gerade diese Felle von Kleintierzüchtern verkauft und kanden auch Verwendung.

Ein Drittes möchte ich noch erwähnen, was unsere Frauen sehr drückt: Das ist die Wasch mittelver = s or gung. Wir hörten vom Abgeordneten Dr. Schlögl, daß da und dort noch Die und Fette lagern, bie nicht mehr für die menschliche Ernährung Verwendung finden könnten. Die Lösung der Waschmittelfrage hängt zusammen mit dieser Lebensmittelfrage. Wir hörten vom Herrn Minister, daß jeder Deutsche vor dem Kriege im Kahr durchschnittlich 10 bis 12 Kilogramm Seife und Waschmittel mit 6 Kilogramm Fettsäure verbrauchte, daß ihm heute aber nur 3½ Kilogramm im ganzen Jahr zustehen mit einem Fettsäuregehalt von 300 Gramm. Der große Fettunterschied in den Waschmitteln im Verhältnis zu der Vorkriegszeit ist für unsere Hausfrauen sehr spürbar. Lesen Sie einmal aus den Berichten der Gesundheitsämter, wieviele Krankheiten dadurch ent= stehen, daß die nötigen Reinigungsmittel nicht zur Verfügung stehen! Ich kenne die Schwierigkeiten in der Lage der Kohproduktion bei der Waschmittelherstellung, aber wenn schon Fette vorhanden sind, die nicht mehr für die menschliche Ernährung verwendet werden kön= nen, dann möchte ich als Frau die Bitte aussprechen, daß diese Fette zur Herstellung von Waschmitteln herangezogen werden.

Wir haben als Frauen noch viel mehr und größere Sorgen. Uns trifft ja die Not der Wirtschaftslage. Ich kann die Gegenstände nicht alle aufzählen, die uns sehlen, es sehlt ja am Allernötigsten vom Kochtopf ansgesangen dis zum kleinsten Haushaltsgegenstand.

Mit großem Interesse haben wir Frauen den Ausführungen des Herrn Ministers gelauscht, aber mit noch größerem Interesse sehen wir der Zukunft entgegen in der Hospitung, daß der Herr Minister auch in unseren Haussrauensorgen, die bestimmt nicht klein sind, mit uns fühlt und uns mit helsen wird, daß wir da und dort eine Erleichterung erhalten.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Linnert. Dr. Linnert (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben schon sehr viel über alle mög-lichen Wirtschaftsfragen gehört, unter anderem auch über Zwangswirtschaft. Unter dem Eindruck dieser Zwangswirtschaft darf ich ja nur zehn Minuten hier reden. Win haben da schon ein lebendiges Beispiel dasfür, was die Zwangswirtschaft bedeutet.

(Burufe.)

— Warum denn nicht? Man kann auch sagen, wir haben heute morgen eine sehr interessante Auseinandersetzung erlebt. Es hat allerdings etwas gesehlt. Wir hätten die beiden Reden des ja auch der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Wirsschaftsministers und die Rede des Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei nebeneinanderstellen müssen, wm so völlig vor Augen zu haben, wie man zwar den gleichen Namen führen, aber trotzem sehr verschiedene Grundsätze vertreten kannt.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Denn wenn Sie einmal die Rede des Herrn Wirtschaftsministers durchlesen, dann werden Sie — und das hat ja auch die Sitzung bewiesen, als sie vorgetragen wurde — finden, daß Menschen, die sowohl an das Wirtschaftsleben als an die Politik mit demokratischen Grundsätzen herantreten, sehr viel Gemeinsames dabei finden können. Das Problem ist aber sofort anders, wenn man an die Politik und an die Wirtschaft nicht mehr mit demokratischen Grundsätzen, sondern mit sozialdemokratischen herantritt. Das ist eben sehrzweier= lei, meine Damen und Herren! Es lassen sich sicher viele von dem Wort sozial bestechen, das in diesem Hause von der größten und der zweitgrößten Fraktion gemeinschaftlich geführt wind. Ich weiß nicht, ob diese Wortzgemeinschaft auch zur Tatgemeinschaft führen wird. Denn wenn man die Ausführungen des Hern von Knoeringen gehört hat, von denen er selbst ausdrücklich sagte, daß sie zu einem Teil oder sehr viel von den neun Punkten des Programms enkhalten, die der Zehnerausichuß ausgearbeitet hat, bann muß ich, und das ist eigentlich der einzige Grund, warum ich mich gemeldet habe, doch einmal fragen: Sind denn nun wirklich diese beiden Parteien damit einverstanden, daß neue gesell= schaftliche Zustände geschaffen werden müssen? Das ist der eine Weg, ber nach Herrn von Knoeringen not= wendig ist. Wenn weiter ausgeführt wird, daß der Weg in die Zukunft nur über den Sozialism us führen kann — übrigens eines der Schlagworte, die am meisten mißbraucht werden, die dem Volke so eingehämmert werden, daß es ähnlich wie vor einem halben Menschen= alter zum Schluß daran glaubt, was es täglich vor= gesetzt bekommt, wenn dem zu wenig widersprochen wird —, daß der Weg in die Zukunft nur über diese Art von Sozialismus führen muß! Das auszusühren, ist natürlich in den paar Minuten

Das auszusühren, ist natürlich in den paar Minuten unmöglich. Es ist überhaupt unmöglich, zu den rein theoretischen und programmatischen Aussührungen des Herrn von Knoeringen, auf die wahrscheinlich niemand vorbereitet war, in der kurzen Zeit so zu antworten, wie es notwendig ist, um zu diesen grundlegenden Fragen Stellung zu nehmen.

Wenn Herr von Knoeringen weiter sagt: Man muß eine neue Einkommen sverteilung treffen — meine verehrten Amwesenden, gehört das auch schon zum Neunpunkteprogramm? Schauen Sie, wir sind nicht so neugierig, weil so arg viel Wähler hinter uns stehen, aber immerhin auch ein Teil des bayerischen

(Dr. Linnert [FDP])

Volks, und wenn das baperische Volk nach Punkten regiert werden soll, in denen solche Positionen enthalten sind, dann kann man nur warnen vor diesen Dingen.

Ich weiß sehr wohl, daß man mit diesen Worten Berschiedenartiges meinen kann, und weil man das kann, darum sind wir so mißtrauisch. Wir haben Jahre und eineinhalb Jahrzehnte lang Worte gehört, und wenn man sie absolut nahm, konnte man vielem zu-stimmen, aber wenn man die Ausführung gesehen hat, hat man erfahren, was eigentlich mit diesen Worten gemeint war. So geht es auch hier. Und eine weitere Redestelle: Kreise, die bewußt die neue Zeit sabotieren. Meine Damen und Herren! So fängt man an. Das haben wir alle schon einmal gehört: "Die bewußt die neue Zeit sabotieren". Und wenn die Kreise größer werden, vielleicht wirklich die Mehrheit haben, dann sind die Saboteure wieder die Staatsfeinde, die sie schon einmal gewesen sind, und die Folgen haben wir ge= sehen. Principiis obsta! Ich glaube, wir mussen eine Klarheit darüber verlangen, wen denn die neue Zeit sabotiert und mit welchen Mitteln diese neue Zeit sabotiert wird. Mit Reden allein kann man sie nicht sabotieren.

Ich muß unbedingt zusammenfassen, weil die zehn Minuten mir nicht mehr erlauben. Ich möchte auch ein paar ganz kurze Worte zu den Ausführungen des Herrn Dr. Franke bringen, daß wir, wie jeder in diesem Hausschon weiß und wie alle Zeitungen sagen, auf dem Wege der Kapitulation auch die Patente versoren haben und daß diese Patente — ich will einen sehr vorsichtigen Ausdruck gebrauchen — dazu benützt werden, damit in Amerika drüben — Williardenbeträge behaupten die einen, es sind sicher sehr hohe Beträge — verdient werden können. Vermißt habe ich dabei, Herr Dr. Franke, denn Sie haben das Wort Prositivirtschaft gebraucht, daß diese Verdienste brüben nicht nur von einigen Unternehmern getragen werden, sondern daß die Arbeiterschaft drüben auch sehr erheblich daran beteiligt ist.

(Sehr richtig! bei der KDB.)

Warum haben denn die internationalen Gewerkschaften — denn die eine amerikanische Gewerkschaft gehört ja zum internationalen Gewerkschaftsbund — nicht das gegen protestiert,

(sehr richtig!)

daß durch diesen Raub hier in Deutschland die Arbeiter verwahrlosen werden, weil die Patente nicht mehr außzgeführt und neue nicht mehr eingeführt werden können, und drüben wird auf dem gleichen Wege die Arbeitszwilligkeit besonders erhöht.

Ich glaube, man könnte bei der Erörterung des sozialdemokratischen Plans auch etwas an diese Au-

sammenhänge denken.

Meine Damen und Herren! Wenn man dann erstlärt, daß Notzeiten manchmal Notmaßnah = men erfordern, so habe ich schon einmal Gelegenheit gehabt, in diesem Hause zu sagen: Für Notmaßnahmen wird wohl jeder vernünftige Mensch Verständnis haben, aber kein Verständnis habe ich dafür, wenn Notzeiten dazu benütt werden, um Program med durchzusühren, von denen doch Herr von Knoeringen selbst gesagt hat, daß sie in einer Zeit entwonsen worden sind, wo ganz andere wirtschaftliche Verhältnisse existiert haben. Es ist ja mehr als eigenartig: Ich erinnere mich an einen Aussach des damaligen zweiten Vorsthenden Stenogr. Ber. des Baher. Landtags 1946/47, Bb. I, 24. Sitzung

der Sozialdemokratischen Partei in Bahern, der in einer Auseinandersetzung mit dem CSU-Landrat Nirreter sagte: Wie können Sie sich auf das Ersurter Programm beziehen? das ist ja längst veraltet! Herr von Anoeringen hat sich heute auch auf das Ersurter Programm bezogen. Der Herr Kautsch hat nichts anderes getan, als das Ersurter Programm ausgelegt. Er ist längst tot und kennt die newe Zeit gar nicht. Und das Ersurter Programm selbst ist doch entstanden, wie uns heute morgen Herr von Anoeringen gesagt hat — ich werde mir das Stenogramm seiner Nede genau daraushin ansehen — in einer Zeit, in der Kaul Marx unter ganz anderen Verhältnissen wie heute sein Programm ausgestellt hat. Ihm standen nicht die Möglichkeiten zur Seite, die uns heute durch die technische Entwicklung und überhaupt politisch und wirtschaftlich zur Versügung stehen; denn er hat ganz einseitig mit dem Blick auf eine überspitzte kapitalistische liberalistische Ordnung Schlußsolgerungen gezogen, von denen jest jeder zugeben muß, daß sie nies mals eingetneten sind und niemals eintreten werden.

(Widerspruch bei der SPD.)

— Denken Sie daran, was Karl Mary über die Landwirtschaft gesprochen und was er über das Handwerk

geschrieben hat.

Ich gebe dem Vertreter der CSU recht. Ein Wirtschaftsminister müßte sich in diesem Zusammenhaug eigentlich auch um das Hand werk kümmern, das immerhin 600 000 Menschen in Bahern umfaßt und das mit den Beweis erbracht hat, daß es nicht richtig ist, daß die gesamte Wirtschaft nur monopolkapitalistisch zu Gebilden zusammengedrängt wird, die man mit einem Federstrich beseitigen und in die Hand der "Gesellschaft" führen kann.

Ich bitte, uns darum auch einmal zu sagen: Wer ist diese Gesellschaft? Sind bas wir, ist das eine besondere Gruppe, ist das nur ein Teil des Volkes oder

sind wir das alle?

(Mth.)

(Glocke.)

Ich muß wirklich hetzen, denn es wäre sehr viel zu sagen. Wir haben doch im Grunde genommen das Beispiel einer sogenannten Planwirtschaft seit den Neunziger Jahren. Damals ist schon der Hochschutzoll entstanden, für die Großagrarier drüben im Often, die Oftelbier, und so ging diese Wirtschaftsförderung fort bis 1914, und seit dieser Zeit sind wir aus der Zwangswirtschaft, aus der Kommandowirtschaft nicht herausgekommen. Daraufhin kann man doch nach meiner Ansicht kein Programm aufbauen, sondern man muß dorthin gehen, wo noch einigermaßen normale Verhältnisse bestanden haben. Ich glaube, in diesem Haus wird kein Mensch einen Monopolkapitalismus vertreten, kein Mensch wird für eine kapitalistische Wirtschaft eintreten, aber jeder wird eintreten für eine fneie Marktwirtschaft. Auch Minister Zorn hat in seiner Rede ausgeführt, daß in der Wirtschaft Angebot und Nachfrage herrschen. Ich möchte doch wissen, wer nun eigentlich Kecht hat, der Wirtschaftsminister, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, oder ber Parteivorsthende, der diese Frageftellung ablehnt. Einer von beiden kann nur Recht haben. Nach meiner Ansicht hat der Mann Recht, der jetzt aktiv in der Wirtschaft mitarbeiten muß. Daher kommt die Bekehrung des Herrn Wirtschaftsministers. Im Januar sprach er anders als heute. Weil er jest in der Prazis steht und die Probleme nicht mehr bloß durch eine Brille sieht, sondem weil sie ihm als Wirtschaftsminister auf den Nägeln brennen, darum sieht er

·

6

(Dr. Linnert [FDB])

ein und muß er einsehen, daß wir mit einem gelenkten Wirtschaftsplan ober ähnlichen Magnahmen nicht vor= wärtskommen können. Wir können nach unserer Ansicht nur vorwärtskommen, wenn wir die private Ini= tiative aller Kreise, wo immer sie auch sitzen möge,

beim Bauern, Handwerker, Arbeiter ober sonstwo, heranziehen, so gut es überhaupt geht. Zum Schluß noch eines: Es wird immer gesagt auch Berr v. Knoeringen hat es getan —, Deutschland, zerrissen in der Mitte, ist das Herz Europas. Ich warne auch wor diesem Schlagwort. Wir müssen und selbst helfen und bürfen in keiner Weise an das Ausland appellieren, indem wir fagen: Schaut her, wir find bas Herz und dieses schlägt nicht mehr richtig. Wir müssen darauf hinweisen, daß wir mit eigener Kraft versuchen, aus dem bischen, was uns zur Verfügung steht, das Beste herauszuholen. Nur so können wir vorwärts= kommen, mit eigener Tatkraft, aber nicht mit einem Klagelied auf den Trümmern Jerusalems. Nach unserer Ansicht erfordert eine Demokratie unter allen Umständen eine möglichst freie Wirtschaft und einen möglichst freien Menschen.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident: Als letter Redner aus dem Hause er= teile ich das Wort dem Abgeordneten Schmib Karl.

Schmid Karl (GSU): Meine Damen und Herren! Ich habe nicht vor, Sie lange aufzuhalten, aber ein paar Worte muß ich auch in bieser Debatte sagen. Es ist heute Vormittag und auch heute Nachmittag vieles zu unserer Wirtschaftslage gesagt worden, was man zweifellos untenschreiben kann. Aber ich möchte mit allem Nachdruck und Ernst darauf hinweisen, daß alle diese Reden und viese Probleme und Shsteme nur dann winksam werden konnen, wenn ein lebendiger Mensch dahintersteht und sie durchführt. Was nüten uns die gleichen Sätze, die wir so oft hören und in denen immer das gleiche gefagt wird, wenn immer alles beim Alten bleibt? Ich habe in der heutigen Mittags= pause Gelegenheit gehabt, schnell zwei Fachschulen in München zu besuchen. In der einen haben die Lehrer und die Schüler im Sommer und Winter 80 000 Arbeitsstunden aufgebracht und ihre alte Schule wieder hergestellt. Das ist eine Tat, bas muß man anerkennen. Eine andere Schule, die Baugewerbeschule, baut jetzt gerade in der Luisenstraße drüben ihr zertrümmertes Gebäude wieder auf. Schüler und Meisterprüflinge arbeiten gemeinsam am Wiederausbau und haben schon wieder ein Haus hergestellt, in dem Schule gehalten werden kann und gehalten wird. Dort ist mir auch gesagt worden, daß unter den Schülern und jungen Handwerkern ein geradezu begeisterter Hunger nach Lernen und Sehen und Tun herrscht. Es ist mir berich= tet worden, daß Schüler wegen einem Tag Schule von Freilassing nach München und am gleichen Tage wieder zurücksahren, um sich hier ausbilden zu können. Das jind Taten.

Aber eines fällt mir dabei auf: Warum hört und liest man von solchen Dingen soviel wie gar nichts? Wir hören immer nur das Negative, aber von dem, was an Positivem wirklich geleistet wird, hört und liest man soviel wie nichts. Hier muß eine Wandlung eintreten. Denn nach meiner überzeugung können alle Theorien, die heute angeführt worden sind, nur bann in die Tat umgesetzt werden, wenn unsere jungen Menschen wieder sehen, daß das Arbeiten einen Sinn und Zweck hat und eine Freude macht. Dies wollte ich besonders anführen.

Sodann noch eines: Man darf ja nicht in den gleichen Fehler verfallen, in den man in Deutschland schon einmal verfallen ist. Es ist jett vielleicht 60, 80 Jahre her, da hat man, weil der Fortschritt Trumpf war, verkündet, das Handwerk ist überslüssig, ist überholt, ist tot. Wir werden jett ein Industries staat und uns ganz modern entwickeln. Dies hat man in allen Tonarten gelehrt. Was haben aber wir Leben= den, die zurückschauen können, auf diesem Wege gesehen? Einen entsetzlichen Trümmerhaufen, wie ihn die Welt noch nie erlebt hat. Wir haben die Möglichkeit, jetzt diesen Fehler nochmals zu begehen und diesen Fort-schritt noch einmal anzubeten. Dies würde uns aber nirgends anders hinführen als zu dem nunmehr vorbei= gegangenen Zustand. Ich möchte deshalb bringend davor warnen, in den Fehler zu verfallen und zu glauben, daß die handwerkliche Wirtschaft heute überholt sei. Es muß die Industrie gefördert und die roh= stoffverarbeitende Industrie zu Leistungen gebracht werden, die eine Steigerung der Produktion mit sich bringen. Aber ohne das Handwerk wird es nicht gehen. So wenig es die letzten Jahrhunderte gegangen ist, so wenig wird es in der kommenden Zeit gehen.

Wir vom Handwerk haben beim Herrn Wirtschafts= minister immer ein offenes Ohr gefunden, wenn wir ihm unsere Sorgen vorgetragen haben. Aber ich möchte auch bitten, daß sich die leitenden Stellen grundsätlich jo einstellen, daß die handwerkliche Wintschaft der Träger unserer gesamten Versorgung ist und dementsprechend behandelt und gefördert werden muß. Wir arbeiten schon selbst; dazu brauchen wir niemanden. Aber wir brauchen das Zeug dazu, daß wir arbeiten können. Dies ist eine Talfache, die immer wieder betont merden muß.

Zum Schluß noch einen kurzen Gebanken: Ich habe vorher schon darauf hingewiesen, daß alle unsere Shsteme, alle unsere wirtschaftlichen überlogungen, all unser Klagen nichts nützen können, wenn wir nicht endlich so weit gelangen, daß wir auch bis zu dem letzten Punkt gehen. An diesen aber ist bis jest, wie ich gemerkt habe, noch niemand herangegangen, auch nicht in unse= rer Aussprache. Was ist aber dieser letzte Punkt? Wenn einer durch die Straßen Münchens geht, die vielen Schutthaufen sieht und nun sagen würde, so, ich baue jett mein Haus, und er würde wirklich auf einen Schutthaufen bauen, ohne den Schutt wegzuräumen und ein Fundament zu groben, was würde dann passieren? In kurzer Zeit wünde das Haus wieder zusammenbrechen. Genau so aber machen es wir, weil wir Angst haben, den geistigen Schutt wegzusräumen und den geistigen Zusammen und den geistigen Zusammen en den de, unter dem unser Volk so furchtbar leidet. Wir müssen aber den Menschen vieder dahin führen, daß er weiß, zu welchem Zweck er überhaupt da ist. Je schneller und je gründlicher der einzelne Mensch, unser ganzes Volk und alle Bölker zusammen dies erkennen, um so eher können wir die Hoffnung haben, auch aus diesem Elend uns wieder herauszuarbeiten. Es muß aber immer wieder ganz rückhaltlos gesagt werden: Die erste Vor= aussetzung hierfür ist, daß wir uns ausschwingen, auch an dieses Problem heranzugehen. Damit erweisen wir

(Schmid Karl [GSU])

dem Volk wirklich einen Gefallen und wir werden dann erleben, daß es wirklich noch möglich ist, auch aus diesem Unglück herauszukommen.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort hat nunmehr der Herr Staatsminister Dr. Zorn.

Staatsminister Dr. Zorn: Hohes Haus! Die Debatte über meine Rede hat eine Fülle von Kritik, Anregungen und Wünschen gebracht, auf die ich — das werden Sie verstehen — unmöglich imstande bin, aus dem Handgelent zu antworten. Ich werde dies aussführlich tun, sobald ich die Venhandlungsprotokolle in Händen habe. Es ist wohl klar, daß ich mich in meiner Kebe auf die typisch dah er is chen Problemerständslich, daß ich mich auf die Angelegenheiten meines Kessorts zu beschränken hatte.

Der Herr Abgeordnete Dr. Dehler vermißte in meiner Rede Aussührungen zur baherischen Wirtschaftspolitik. Demgegenüber, Herr Abgeordneter Dr. Dehler, muß ich doch betonen, daß der ganze erste Teil meiner Rede von nichts anderem handelt und sich mit nichts anderem beschäftigt als mit baherischen Angelegenheiten.

Ein anderer der Herren Abgeordneten beklagte sich darüber, daß ich nichts über Währung gebracht hätte. Ich habe dieses gewichtige Problem wohl angeschnitten, aber nicht aussührlich behandelt, weil wir Deutschen wirklich nicht den geringsten Einstuß auf die Gestaltung der Währungresorm haben und ferner, weil es auch nicht in meine Zuständigkeit gehört.

Es wunde mir ferner vorgeworfen, ich hätte kein Wort für die Arbeiterschaft gefunden. Ich habe viele Male an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß der Niederbruch der Arbeitskraft unserer Arbeiterschaft auf etwa 40 bis 50 Prozent der normalen Arbeitskraft im wesentlichen auf die Unterernährung unserer Arsbeiten zurückzusühren ist. Ich habe dies klar und deutslich oft und oft auch gegenüber den Amerikanern und amerikanischen Presseleuten zum Ausdruck gebracht.

Ferner wurden meine Ausstührungen zu den Export verhältnisse Tage, bevor ich im Landtag über diese Frage zu sprechen Gelegenheit hatte, habe ich auf der Exportschau in der Festrede eingehende Ausstührungen über die ungeheuren Hemmisse gemacht, die unserem Export entgegenstehen.

Ich habe zweifellos auch nicht über das Handwerk gesprochen. Daß aber das Hand werkt von mir nicht betreut wird, wird auch von den Vertretern des Handwerks nicht behauptet. Ich war es vielmehr, der einen Vertrauensmann des Handwerks als Referenten in mein Ministerium berusen und der das Handwerk weitestgehend zu den Beiräten im Wirtschaftsministerium herangezogen hat.

Ich habe noch manches andere nicht erwähnt; denn ich hatte ja keine Denkschrift über die baherische Wirtschaft zu schreiben, sondern eine Landtagsrede über die akuten Probleme zu halten. Da hieß es, sich eben beschränken. Ich wollte auch vermeiden, mich skändig zu wiederholen und nach Nazimuster die gleichen Dinge immer wieder dis zur Ermüdung meiner Zuhörer zu sagen. Hätte ich mich über alle diese Dinge in meiner Landtagsrede verbreitet, so hätte ich nicht zwei, sondern 24 Stunden zu reden gehabt.

Um keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen, möchte ich mich ad hoc nur zu einigen wesentzlichen Dingen äußern, die in der Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt haben und über die auch heute in der Debatte eingehend gesprochen worden ist.

Zunächst zu der Frage der Leder = und Häute = verteilung! Diese Frage wurde, wie mir mit= geteilt wurde, heute bereits im Rundfunk besprochen. Dr. Schlögl hat gefragt, wo unsere Häute hingegangen sind und ob der Beschluß des Landtags endlich durchgeführt worden ist oder nicht. Ich habe über diese Frage vor drei Wochen etwa dem Herrn Ministerpräsidenten einen eingehenden Bericht gesandt. Das Wesentliche aus diesem Bericht möchte ich Ihnen zur Beantwortung der Frage Dr. Schlögls mitteilen. Durch Beschluß der drei Wirhschaftsminister der US-Zone vom 26. Februar 1946 ist eine einheitliche zonale Bewirtschaftung aller Rohstoffe, Halb= und Fertigwaren beschlossen worden. Rohstoffe und Halbwaren sollen auf die Länder nach der Kapazität der verarbeitenden Betriebe verteilt werden, während die Fertigwaren nach einem Verbraucherschlüssel, in der Regel nach dem Bevölkerungsschlüssel, verteilt werden. Nach diesem Beschluß ist seit= dem auch bezüglich der Robhäute, des Leders und der Schuhe verfahren worden. Bayern hat tatfächlich 70 Prozent des erfaßten Häuteanfalls an die anderen Länder der US-Zone geliefert, aber es hat im Durch-schnitt gut drei Viertel davon wieder in Form von Leder und von Schuhen aus Württemberg zurückerhalten.

(Zuruf: Von Kinderschuhen.)

Das ift richtig, Herr Abgeordneter. Aber es tritt in dieser Richtung jett gleichfalls ein durchgreisender Wandel ein. Die Rechnung ist ganz einsach. Der Häute-anfall Baherns beträgt ungefähr 70 Prozent des Häute-anfalls der US-Zone. Von den Fertigerzeugnissen aus Häuten, das heißt Leberschuhen, Reparaturleder, technischem Leder und Sattlerleder bekommt Bahern nach seiner Bedölkerung ungefähr 54 Prozent, dei Sattlerleder sogar 64 Prozent der US-Zone. Von dem ganzen ersaßten Rohhäuteanfall geht also nach der bisherigen Regelung 15 dis 16 Prozent der Saldo nach Württemberg-Baden und Hespel, damit auf diese Weise die Versorgung in der US-Zone einheitlich durchgesührt wird. Allerdings möchte ich babei gleich eines noch sesstellen: Im Vorjahr ist die Versorgung mit Schuhen noch seineswegs einheitlich gewesen.

(Zuruf: Heuer ist es noch schlechter!)

Wir konnten je hundert Einwohner nur etwa 45 Paar Schuhe verteilen, während Bürttemberg-Baden über 60 Paar Schuhe je hundert Sinwohner verteilen konnte.

(Lebhafter Widenspruch. — Unruhe.)

Die mir übergebene Statistik ist eben so. Ich kann sie nicht ändern. Nach den Angaben des Statistischen Büros ist es tatsächlich so.

(Widerspruch.)

Inzwischen ist der Verteilungsschlüssel längst der Bebölkerungszahl angepaßt worden. Seit dem 1. Juli diese Jahres haben wir überdies für die ganze USBone einheitliche Schubbezugsmarken, die an die einzelnen Länder genau nach ührem Anteil, getrennt nach Männern, Frauen, Kindern, arbeitender Bevölkerung usw., verteilt werden. Wir haben im Vorjahr trozdem

(Staatsminifter Dr. 3orn)

von Württemberg-Baden an Leder und Schuhen etwas mehr zurückbekommen, als wir dorthin an Häuten absgegeben haben.

(Widerspruch.)

Dies hängt damit zusammen, daß die Leder- und Schuhlieferungen von Württemberg aus einer Erzeugung berechnet werden, die infolge des Einsages sehr großer Häutevorräte aus bem Jahre 1945 noch erhebtlich höher war, als unseren laufenden Häutelieferungen nach Württemberg entsprochen hätte.

Noch ein Wort zur Durchführung bes Landtags= beschlusses! Um diesen Beschluß durchführen zu können, mußte die seinerzeitige Vereinbarung der drei Wirtschaftsminister der US-Zone aus dem vorigen Jahr gekündigt werden. Ich habe die Kündigung veranlaßt. Dies mußte natürlich mit einiger Desitatesse geschehen, damit es zwischen den drei süddeutschen Ländern nicht zu einem Wirtschaftskrieg um die Häute- und Leder-frage kommt. Wenn wir die bisherige Häuteverteilung fürzen, dann muffen wir vermeiden, daß die anderen Länder ihrerseits diejenigen Lieferungen zurüchalten, die sie auf Grund der gemeinsamen Bewirtschaftung an uns vorzunehmen haben. Wir sind aber heute auf den Zusammenhalt unter den sübdeutschen Ländern mehr angewiesen als je zuvor. Ich habe baher zunächst versucht, auf gütlichem Wege zu einem für uns günstigen Austauschverhältnis von Häuten gegen Leder und Schuhe entsprechend der Ziffer 2 des seinerzeitigen Landtagsbeschlusses zu kommen. Auf unseren bayerischen Antrag hin wurde ein Untersuchungsausschuß von Fachleuten aus den drei süddeutschen Ländern eingesett. Nachdem unser baherischer Vorschlag, der eine bedeutende Verbesserung der bisherigen Häuteverteilung zugunsten der baherischen Gerbereien vorsah, von den Landeswirtschaftsämtern der anderen beiden Länder abgelehnt worden ist, haben wir nun unseren Antrag dem Wirtschaftsrat des Länderrats in Stuttgart zur Entscheidung unterbreitet. Diesen Wirtschaftsrat wird Ende dieses Monats über diese Frage zu befinden haben

Was schließlich die lette Frage Dr. Schlögls an= langt, wieso von den restlichen 30 Prozent der Häute nur 15 Prozent zur Verteilung gelangt sind, möchte ich darauf folgendes sagen: Von den erfaßten Häuten wird tatsächlich alles, was nicht auf Grund der geschilderten Vereinbarung nach Württemberg und Baben geliefert wird, restlos den baperischen Gerbereien zugewiesen. Woher Dr. Schlögl diese Zahl von nur 15 Prozent hat, weiß ich nicht. Nicht offiziell zuweisen können wir natür= lich diejenigen Häute, die aus Schwarzschlachtungen stammen und infolgebessen überhaupt nicht zur Bewirtschaftung gelangen. Über diese Frage ist aber noch nicht das lette Wort gesprochen, sondern es wird darüber noch manches zu sagen sein. Ich bitte daher jeden Herrn, der irgend etwas Wichtiges zu diesem Problem zu sagen hat, es vorzubringen. Ich werde allen Klagen in dieser Hinsicht energisch nachgehen.

Noch ein Wort zu der Rodinger Angelegenheit! Sie wissen, es war nicht ein deutsches Gericht, sondern das amerikanische Militärgericht, das das Kod in ger Urteil gefällt hat. Dr. Schlögl knüpfte hieran die Aufforderung an den Wirtschaftsminister, für eine entsprechend bessere Versorg ung der Landwirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen

wie Sensen, Hufnägeln usw. zu sorgen. Sie wissen — das ist ja heute oft genug zur Sprache gekommen —, daß die Decke allzu kurz ist. Besonders sehlt es an den Bedarfsgegenständen der Eisen branche. Hier ist es aber nicht das Wirtschaftsministerium, sondern das Verwaltungsamt in Winden, das an das bizonale Ernährungsamt in Stuttgart die globale Zuteilung macht. Das Ernährungsamt in Stuttgart macht dann die Unterverteilung. Dr. Schlögl wendet sich also an die unrichtige Adresse. Er müßte sich an das Ernähzungsministerium wenden.

Genau so steht es mit den Bindegarnen und Düngemitteln. Auch hier werden globale Zusteilungen vom Wirtschaftsamt in Minden an das Ersnährungsamt in Stuttgart gemacht und dieses hinswiederum nimmt die Unterverteilung nach Maßgabe der Vorschläge des baherischen Ernährungsministers vor.

Sie beklagen sich ferner über die Küstung dieser aut = SmbH. Auch ich bin mit der Verwaltung dieser Lager ebenso unzufrieden wie Sie. Aber wir Deutschen haben auch hier nur einen begrenzten und beschränkten Einsluß. Die Lager müssen erst von den Amerikanern freigegeben werden, ehe wir Deutschen darüber verstügen können. Erst wenn es so weit ist, wird das Küstungsgut dem allgemeinen Verbrauch zugesührt.

(Zuruf: Was hat aber Dr. Schlögl die Öffentlichfeit schon wegen dieser Lager beunruhigt!)

— Hierauf einzugehen ist nicht meine Aufgabe. Jedenfalls werde ich meinen Ginfluß in dieser Angelegenheit bei der Küstungsgut-Gmbh, deren Gesellschafterversamm-lung ich angehöre, geltend machen, daß die Verteilungen so rasch wie möglich durchgesührt werden. Aber es geht nicht an, daß das Wirtschaftsministerium für die Tätigkeit der Küstungsgut-Gmbh verantwortlich gemacht wird; denn diese untersteht nicht dem Virtschaftsministerium, sondern dem Länderrat. Das Wirtschaftsministerium ist auch hier wieder wie in so vielen Dingen der Kwügelknabe.

Es geht auch nicht an, das Wirtschaftsministerium für die Versäumnisse in der DII a gerung und DI= verwertung, die jüngst in der Presse mit Recht gerügt wurden, hastbar zu machen. Auch hier ist das Wirtschaftsministerium nicht zuständig. Die Zuständigseit spielt nun einmal im Staatsapparat wie in jeder Organisation eine bedeutsame Rolle. Ohne Abgrenzung der Zuständigkeit ist eine geordnete Staatsverwaltung überhaupt nicht möglich. Zuständig für die Öllager ist, wie gesagt, nicht das Wirtschaftsministerium, sondern das Landesamt sür Vermögensverwaltung und teilweise auch die Militärregierung, die heute noch Teile des DIs blockiert hat. Obwohl die Eigentumsverhältnisse an diesem Öl nicht geklärt sind, habe ich trozdem die vorläusige Beschlagnahme durchgesett, um Verschiebungen des Oles zu verhäten.

Verschiedene der Hernen Redner scheinen der Meinung zu sein, daß wir im Wirtschaftsministerium es bei der Militärregierung oder bei unseren Verhandlungen in Mirden an der nötigen Energie sehlen lassen. Wir Bahern gehören, glaube ich, nicht zu den Leuten, die es bei Verhandlungen an der nötigen Deutlichkeit sehlen lassen. Wer meine disherige Wirtsamkeit versolgt hat, weiß, daß ich bei Gelegenheit bereits sehr deutlich geworden din. Leisetreterei ist nicht meine Sache; es war nie meine Sache und wird nie meine Sache sein.

(Staatsminister Dr. Born)

Einige der Herren Redner scheinen auch mit dem stell= vertretenden Direktor der Militärregierung in Bayern Mr. Danton der Meinung zu sein, es fehle uns Deut= schen an der nötigen In i tiative. Ich glaube, meine Herren Abgeordneten, das ist der geringste Vorwurf, den man uns Deutschen machen kann. Uns Deutschen fehlt es nie an der Initiative. Es fehlt uns aber heute an der Entfaltungsmöglichkeit der Initiative. Denn auf die wichtigsten Dinge, die allein zur Gesundung unserer Wirtschaft beitragen können, haben wir keinen Einfluß. Was wir brauchen, um die Wirtschaft wieder gesund zu machen, das wurde bis zur Ermüdung gesagt. Wir brauchen erstens eine ehrliche Währung, wir brauchen zweitens Rohstoff= und Ernährungsfredite, wir brauchen mehr Kohle und mehr Transportraum. Wer auf diese Dinge habe wir Deutsche keinen oder nur einen beschränkten Einfluß. Darauf hat ja kaum die Militärzegierung Einfluß, sondern nur der Kontrollrat. Wir Deutsche sind gefesselt, wir sind kein souveränes Volk mehr. Es muß daher nicht nur Aufgabe der einzelnen Ministerien, sondern die gemeinsame Anstrengung des ganzen Volkes sein, wieder frei zu werden von den Hemmnissen, die unsere Wirtschaft belasten.

(Beifall.)

Präsident: Wortmelldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und bieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tages= ordnung:

Biffer 4:

Mündliche Berichte des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zu ben Antragen ber Abgeord=

- a) Scharf betreffend Steuererleichterungen für Flüchtlinge und Evakuierte (Beilage 340)
- b) Schwingenstein und Genossen betreffend Berwendung von Flüchtlingen als Landarbeiter (Beilage 341)
- c) Dr. Probit und Genoffen betreffend Ge= währung von Zuwendungen auch an pen= fionsreife Beamte und Sinterbliebene ehe= maliger Beamter, Angestellter und Arbeiter aus Flüchtlingstreisen (Beilage 395)
- d) Dr. Probst betreffend Pflege des schlesischen und subetendeutschen Aulturguts im Unterricht an den Bolks- und Oberschulen (Beilage 396).

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter zu a); Abgeordneten Berger Rupert.

Verger Rupert (CSU) [Berichterstatter]: Dem Flüchtlingsausschuß des Bayerischen Landtags lag ein Antrag des Abgeordneten Scharf und Genossen vom 19. März 1947 (Beilage 192) vor, der befagt:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei ben zuständigen Stellen sich bafür einzwetzen, baß die gemäß Entschließung des Staatsministeriums für Finanzen vom 24. Oktober 1946 Ar. V 9166/K 394 n für einheimische totalflieger= geschädigte Arbeitnehmer zu gewährenden Steuererleichterungen auf die Flüchtlinge und Sva=

kuierten, soweit lettere nicht unter die Rückführungsbestimmungen fallen, ausgebehnt werden, wobei diesem Pensonenkreis regelmäßig ein Freibetrag von 100 Mark zugestanden werden

Der Berichterstatter erwähnte, daß die in dem Un= trag angezogene Verordnung des Finanzministeriums durch die neuerliche Verordnung vom 23. Februar 1947 praktisch wieder aufgehoben worden ist, daß aber dessen= ungeachtet der Ausschuß in die Beratung des Antrags eintreten soll. Einer weiteren Begründung bedürfe der Antrag nicht, da er ja begründet ist durch die allbekannte Not der Flüchtlinge, die über die Grenzen gekommen sind, ohne überhaupt das geringste an Haushaltgegenständen zu besigen. Auch biese Kreise der Flüchtlinge mussen in den Stand gesetzt werden, sich diese Dinge wieder zu heschaffen und müssen baher auch finanziell unterstützt werden. Der Berichterstatter plädierte an den Ausschuß um Zustimmung zu diesem Antrag. Auch der Mitherichterstatter schloß sich diesem Antrag des Be-richterstatters an und der Flüchtlingsausschuß gab diesem Antrag seine Zustimmung.

Ich bitte das hohe Haus, im Interesse der Flücht=

linge diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Das Wort zu b) hat der Berlichterstatter Abgeordneter Noske. Ich erteile ihm das Wort.

Noste (WAV) [Berichterstatter]: Zugrunde liegt ein Antrag der Abgeordneten Schwingenstein und Genossen, der wie folgt lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, durch den Staatssekretär für das Flüchtlingswesen Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um dem Mangel an Landarbeitern dadurch abzuhelsen, daß Flüchtlinge, die bisher in der Landwirtschaft tätig waren, in Gebiete ausgetauscht werden, die besonderen Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitsfräften haben.

Im Ausschuß haben der Mitberichterstatter Marr. der Abgeordnete Freundl, Haugg, Weidner und eine Reihe anderer Abgeordneter zu dem Antrag Stellung genommen. Der Abgeordnete Fischer Fosef machte auf die Hauptschwierigkeit aufmerksam, die gewünschte Um= gruppierung vorzunehmen, da in der bürokratischen Prazis der Arbeitsämter gewisse Hemmungen bestün= den. Alles in allem stand man dem Antrag positiv gegenüber. Er erhielt zum Schluß folgende Fassung:

> Die Staatsregierung sei zu ersuchen, durch den Staatssekretär für das Flüchtlingswesen So= fortmaßnahmen zu ergreifen, um dem Mangel an Landarbeitern dadurch abzuhelfen, daß Flüchtlinge, die beim Arbeitsamt als Landarbeiter registriert sind, in Gebiete ausgetauscht werden, die besonderen Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften haben. Den Land= arbeitern sind gleichzustellen Siedlungsbewerber, solange sie nicht eine eigene Siedlerstelle haben.

Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen. Ich möchte hier= bei nur sagen: der Antrag selbst datiert vom 16. April 1947. Wir haben jetzt bereits gegen Ende Juli. Ich hoffe, daß dem Antrag zugestimmt werden wird, damit er für das nächste Jahr zum Tragen kommt.

Präsident: Zu c) hat das Wort Frau Abgeordnete Dr. Probst. Ich bitte sie auch Punkt d) gleich mitzuerledigen.

Frau Dr. **Probst** (CSU) [Berichterstatte = rin]: Da ber Antrag nach Beilage 395 Dr. Probst und Genossen betressend Gewährung von Zuwendungen auch an pensionsreise Beamte und Hinterbliebene ehemaliger Beamter, Angestellter und Arbeiter aus Flüchtlingskreisen durch den Antrag der baverischen Staatsregierung vom 29. Mai 1947 Beilage 374 übersholt ist, bitte ich, diesen Antrag des Flüchtlingsausschusses als erledigt von der Tagesordnung abzusehen.

Es liegt ferner vor ein Antrag Dr. Probst und Ge-

nossen, der folgenden Wortlaut hat:

Das baherische Staatsministerium für Unterricht und Kultus sei zu ensuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Darlegung der Verwandtschaft und Gemeinsamkeit der baherischssudetenbeutschen und schlesischen Geschichte und Kulturallen Lehrern der Volks- und Oberschulen zur Pflicht gemacht wird. Der Pflege des schlesischen und sudetendeutschen Kulturguts ist im Unterricht die gleiche Sorge zu widmen wie der Pflege des einheimischaherischen.

In der 4. Sitzung des Ausschusses für Flüchtlings= fragen vom 11. Juni 1947, die unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scharf stand, gab Herr Staatssekretär Ja en ide einleitend einen Bericht über Bayerns Wirtschaft und die Flüchtlingsfrage. In diesem Bericht widmete Herr Jaenicke einen besonderen Woschnitt den historischen und kulturellen Beziehungen zwischen Bayern, dem Sudetenland und Schlesien und betonte insbesondere die Stammesvenwandtschaft der bayerischen, subetendeutschen und schlesischen Bevölkerung. Er führte wörtlich aus, das konservative und konsers vierende Element in Bayern lasse leicht vergessen, daß Bayern einmal die größte kolonisatorische Macht des Abendlandes gewesen ist. Es hat das ganze heutige Ofterreich, Steiermark, Kärnten erschlossen und reichte mit der Mark Verona bis an die Abria hinunter. Die Kolonisation der Sudeten ist von Bayern aus erfolgt. Ihr Bevölkerungskern ist bayerischer Herkunft. Das gilt insbesondere für die Südmähren wie für die Böhmerwälder und Egerländer. Aber auch die Erschließung Schlesiens ist aufs engste mit Bayern verknüpft. Herr Staatssekretär wies insbesondere darauf hin, daß die schlesischen Piastenherzöge sich immer wieder Frauen aus Bayern und Schwaben holten und daß die Schutzpatronin Schlesiens, die von allen Schlesiern geliebte und verehrte heilige Hedwig, die Gemahlin des Biastensperzogs Heinrich I. von Breslau, baherischen Urs sprungs ist und dem mächtigen Geschlecht der Grafen von Andechs entstammt. Es kamen damals baherische Bauern, Handwerker und Mönche mit hinüber nach Schlesien. Wir sinden daher noch dort zahlreiche süd= deutsche und bayerische Orisnamen wie Landshut, Kothenburg, Freiburg, Pleß, Lebus, Frankenstein, Frankenberg, Karlsruhe, Naumburg usw. und bis zum heutigen Tag sind die Familiennamen Bayer, Schwabe und Franke in Schlesien in der gleichen Häufigkeit zu finden wie hier bei uns Huber und Müller. So ist es nicht zu werwundern, daß 15 Prozent der schlesischen Namen baherischen Ursprungs sind. Der Herr Staats= sekretär fuhr font: "In der Sprache ist im Schlesischen in der Hauptsache das Altbayerische, in zweiter Linie das Oberpfälzische, endlich noch das Südbayerische der Alpenländer vertreten. Diese schlesische Mischmundart bayerischer und mitteldeutscher Herkunft haben sich dann alle Deutschen dieser Länder angeeignet.

Der Staatssekretär eninnerte ferner daran, daß die Augsburger Fugger in Breslau ihr großes Kontor gegenüber dem Kathaus hatten, daß sich wundervolle Werke von Peter Vischer im Dom dort finden und die Filialen der füddeutschen Orden sich über das Land Schlesien ausdreiteten. Aber der Kolonistenstrom aus dem Süben sei keineswegs nur eine Angelegenheit des Mittelalters gewesen. Noch im 18. und 19. Jahrhundert hätten Salzburger und Tiroler Bayern, also rein baye= risches Blut, an der gesamten Ostgrenze von Litauen bis Schlesten gestedelt. Was also heute, einem harten Zwang gehorchend, nach Bayern hereinströmt, bas sind nicht Fremde schlechthin und es sind bis zum heutigen Tag noch charakteristische Stammeseigenschaften durch sieben Jahrhunderte erhalten geblieben, die ausgesprochene Musikliebe der Sudetendeutschen, die Freude der Schlester an Humor, Lied und Versen, das hochentwickelte schlesische Brauereiwesen, wer Erfindungsreichtum der Sudetendeutschen in der Holzbearbeitung, zahllose Spracheigenheiten und vor allem die tiese Liebe zur Heimat, die vielleicht das stärkste Analogon ist.

Anknüpfend an diese Ausführungen betonte die Referentin die Bedeutung des Hinveises des Staatssekretärs auf die gemeinsame Stammesverwandtschaft und die enge geschichtliche und kulturelle Verflechtung zwischen ber bayerischen Bevölkerung und den Ost= flüchtlingen. Sie wies darauf hin, daß hier eine besondere Aufgabe der beidenseitigen Lehrenschaft liege, der einheimischen wie der ausgewiesenen Jugend biese Zusammenhänge immer wieder vor Augen zu führen, insbesondere den Kindenn der aus der Heimat Vertriebenen bas Gefühl der Heimatlosigkeit dadurch zu nehmen, daß dem subetendeutschen und schlesischen Kulturgut im heimatkundlichen Unterricht die gleiche Sorge gewidmet wird, wie den einheimischen baherischen. Ich bitte daher das hohe Haus, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Präsident: Es fragt sich, ob wir noch in die Aus= sprache-eintreten wollen.

Zum Wort hat sich gemeldet der Abgeordnete Schefbeck.

Schefbeck (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Vollversammlung des Bayerischen Landstags hat sich bis jest verhältnismäßig wenig mit dem Flüchtlings und Ausgewiesenenproblem beschäftigt. Dafür hat dies in um so intensiverer und verantworstungsbewußter Weise der Flüchtlingsausschuß getan. Nun ist gestern in diesem Hause anläßlich der Debatte über die Siedlung Neuheim am Nömerweg das Flüchtlingsproblem in einen Weise behandelt worden, die man nicht gerade als sehr glücklich bezeichnen kann. Manche Redner haben zwar betont, daß die Not der Flüchtlinge zu groß sei, um daran eine parteipolitische Suppe zu kochen, aber sie haben leider dieser Erkenntnis gemäß nicht gehandelt.

Wir sprechen immer etwas leichtsinnig von einem Flüchtlingsproblem. In Wirklichkeit handelt es sich um viel mehr: Eshandelt sich um eine Revolution, ja um eine ganze Geschichtsepoche, um eine Katastrophe. Es ist eine neue Epoche der Geschichte, wenn plözlich

(Schefbeck [CSU])

15 Millionen Menschen in Bewegung gesetzt werden. Es ist eine Völkerwanderung neuen Stils, gegen= über welcher die alte Völkerwanderung der Geschichte ein Kindenspiel ist. Es ist eine Revolution in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Struktur Mitteleuropas, insbesonbere derjenigen Länder, welche gezwungen sind, diesen Bevölkerungszuwachs aufzunehmen, also das Restdeutschland der britischen und amerikanischen Besatzungszone. Die französische Besatzungszone mußte eigenartigerweise überhaupt keine Klüchtlinge aufnehmen und kennt daher dieses Problem nur bom Hörensagen. Wenn man die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika plötlich um ein Viertel vermehren würde, dann würde dieses reiche Land, dieses wirtschaftlich blühende und mit allen Rohstoffen gesegnete Land alle Kräfte anspannen müssen, um diesen Bevölkerungsüberschuß zu verdauen, zu assimilieren und ihn in die gesellschaftliche, wirts schaftliche und politische Ordnung des Landes eingliebern zu können. Wie soll nun aber dieses zerfette, aus tausend Wunden blutende, dieses wirtschaftlich dar-niederliegende und zerstörte Deutschland einen Be-völkerungsüberschuß von fast 15 Millionen Menschen verdauen können und in seine soziale und wirtschaftliche Struktur eingliedern? Jeder vernünftige Mensch weiß und nuß erkennen — er braucht hierzu kein Staatsmann und kein Politiker zu sein —, bag dieses Restdeutschland das Problem aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln nicht lösen kann.

Die Flüchtlingsfrage ist nicht bloßeine innerdeutsche Frage, sondern sie ist eine eur op ä ische Frage und damit eine Weltfrage. Wir müssen der Welt immer wieder sagen, daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, dieses Problem zu lösen und daßes nur durch die Mithilfe von ganz Europa gelöst werden kann. Wir muffen dies tun, damit man uns später einmal nicht den Vorwurf macht, wir hätten es an den nötigen Mahnungen sehlen lassen. Damit man nicht, wenn wir einmal untergegangen sind, etwa nachträg= lich sagt, wir haben gar nicht gewußt, daß ihr am Untergehen seid. Das Flüchtlingsproblem ist also eine ge= samteuropäische Frage insofern, als es keine Gesundung in Mitteleuropa geben wird, solange dieses Problem nicht in zusriedenstellender Weise gelöst ist, weil Mittel= europa solange ein dauernder Unruhe= und Gefahren= herd bleiben wird. Nur der engere wirtschaftliche Zu= sammenschluß Europas bietet den Schlüssel zur Lösung der europäischen Frage und auch zur Lösung der Flüchtlingsfrage. Möge dieser Zusammenschluß Europas heißen, wie er will, Europäische Union oder Europäische Föbevation oder Lereinigte Staaten von Europa. Ge= neral de Gaulle hat vor kuwer Zeit erklärt, die Deutsschen sind die Söhne Europas. Jawohl, wir Deutschen fühlen uns trot allem, was hinter uns liegt, trot allem, was Hitler=Deutschland an Europa verbrochen hat, nach wie vor als die Söhne Europas, als Mitglieder der europäischen Völkersamilie. Aber wenn Mitglieder einer Familie in Not sind, dann ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit sämtlicher Mitglieder der Familie, dafür zu sorgen, daß diesen Mitgliedern, die in Not sind, geholfen wird, daß man sie nicht untergehen läßt. Ein Zusammenschluß Europas stünde auch nicht im Widerspruch mit dem Geist der Charta der Vereinten Nationen, welche ausdrücklich einen solchen Zusammenschluß, einen regionalen Zusammenschluß verschiebener Staaten vorsicht. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß viele Flückklinge —

Präsibent: — Es tut mir ungeheuer leid, daß ich Sie unterbrechen muß. Ihre Ausführungen über das Flüchtlingswesen waren hochinteressant, ich möchte Sie aber bitten, auf die Puntte, die in den Anträgen behandelt sind, einzugehen. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Ich möchte Sie nicht korrigieren. Ich weiß nur nicht, wie lange Ihre Rede dauert. Ich bitte Sie, sich dementsprechend einzurichten.

Scheibek (CSU): — Ich komme sofort darauf. Es ift kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß die Flüchklinge jede Affimilierungsmaßnahme bekämpfen, weil sie mit ihrer Kückehr in die Gebiete rechnen, aus denen sie vertrieben worden sind. Die Arbeitsunwilligskeit eines Teils den Flüchklinge ist auf diese seelische Einstellung zurückzuführen. Ich habe schon erwähnt, daß wir das Flüchklingsprodlem aus eigener Kraft nicht lösen können, daß wir aber nunmehr aus eigener Kraft alles tun müssen, um die Not der Flüchklinge zu beseitigen, so weit wir dazu in der Lage sind.

Der Bayerische Landtag hat bereits in der letzen Sitzung einen Gesetzentwurf angenommen, wonach die bayerische Staatsregierung ersucht wird, Zuwendungen an pensionsberechtigte Flüchtlinge, an Arbeiter, Beamte und Angestellte auszuteilen.

Ihnen Tiegt nun eine Keihe von Anträgen vor, welche ebenfalls geeignet sind, die Not der Flüchtlinge zu mildern. Es handelt sich zunächt um einen Antrag, der die Flüchtlinge in steuerlichen Hischt begünstigen soll. Es ist ganz klar, daß ein Mensch, der alles verloren hat und der sich eine neue Eristenz ausbauen muß, nicht auch noch die Steuern im vollen Umfang bezahlen kann. Wir erwarten daher von der baherischen Finanzverwaltung, daß sie den Flüchtlingen in steuerlicher Hinsicht so weit wie möglich entgegenkommt, daß insbesondere den Flüchtlingen, die um Stundung und Erlaß von Steuern nachsuchen, in weitestem Maße entgegengekommen wird. Der Antrag, der Ihnen vorliegt, soll diesen Zweck ersüllen.

Ein weiterer Antrag betrifft die Pflege des schlesischen und sudetendeutschen Kulturguts im Unterricht. Auch dieser Antrag ist für Sie eine Selbswerständlichkeit.

Wir müssen das subetendeutsche und schlesische Kulturgut nunmehr auch in der neuen Heimat der Flüchtzlinge pflegen und müssen ihm einen neuen Boden für sein Wachsen geben. Die GSU wird daher diesen Unträgen ihre Zustimmung erteilen.

Präsident: Ich schlage nun dem Haus vor, die Beratungen abzubrechen, damit wir nicht in zeitliches Gedränge kommen, und um 8 Uhr sortzusetzen.

Dann will ich so zuvorkommend sein, die Damen und Herren darauf aufmerksam zu machen, daß wir morgen mit namentlichen Whstimmungen zu rechnen haben, besonders beim Senatsgesetz, das ein so wichtiges Sesetz ist, daß nach der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung veranlaßt ist.

Die Fraktion der WAV teilt einen Fraktionsbeschluß mit, daß verschiedene Mitglieder in den Ausschüssen ausgewechselt werden sollen. An Stelle von Meißner Karl, der in verschiedenen Ausschüssen ver-

(Präsident)

treten ist, sollen andere Mitglieder ernannt werden, nämlich für den Geschäftsordnungsausschuß Keeß Hans, für den Eingaben- und Beschwerdeausschuß Miehting Peter, sür den Länderratsausschuß Höllerer, für den Sozialpolitischen Ausschuß Woske und für den Ausschuß zur Untersuchung der Mißstände im Wirtschaftsministerium Röhlig. — Ein Widerspruch dagegen erfolgt nicht; damit sind diese Wogeordneten als Mitglieder dieser Ausschüsse bestätigt.

Wir unterbrechen jetzt unsere Beratung und setzen

sie pünktlich um 8 Uhr fort.

Ich unterbreche die Sitzung.

Die Sitzung wird um 18 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird um 20 Uhr 03 Minuten durch den Präsidenten Dr. Hort ach er wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir setzen die Debatte zu dem Mündlichen Bericht 'des Ausschusses für Flüchklingsfragen zu den Anträgen unter a bis d fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Marx.

Mary (SBD): Meine Damen und Herren! Wenn Sie den Antrag auf Beilage 244 bzw. den Mündlichen Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zu diesem Antrag in Beilage Nr. 341 lesen, dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Wirkung des Anstrags gleich Kull ist, wenn man ihn auf registrierte Landarbeiter beschränkt. Bei 314 819 in der Landwirtschaft Beschäftigten sind 12 350 Flüchtlinge als arbeitslose Landarbeiter bei den Arbeitsämtern gemeldet; das sind vier Prozent. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Fluktuationsarbeiter, das heißt um Personen, die gerade am Stichtag sich im Arbeitsplaywechsel bestanden.

Vergleichen Sie, bitte, weiter folgende Zahlen: 55 Prozent den gesamten einheimischen Bewölkerung Bayerns sind in Gemeinden unter 4000 Einwohnern wohnhaft. Dabei besinden sich 75 Prozent aller Flüchtlinge in Gemeinden unter 4000 Einwohnern. Wollte man das Problem des Flüchtlingseinsages nach Gesichtspunkten des wirklichen, notwendigen Arbeiterbedarfs regeln, dann müßte das Problem umgekehrt gelöst werden. Wenn Sie sich vor Augen halten, daß in München allein 27 000 Industriearbeiter dringend benötigt werden, und wenn Sie sich weiter vergegenwärtigen, daß in den Landgemeinden unter 4000 Einwohnern eine ganz erhebliche Anzahl bestqualisizierter außgewiesener Facharbeiter sich besinden, dann müssen Sie dem ohne weiteres zustimmen.

Der Antrag hat eine grundsätliche Bedeutung, bessen Konsequenz nicht übersehen werden darf und die offenbar von den Antragstellern nicht hinreichend klar erkannt worden ist. Insgesamt sind 20 000 arbeitslose Landarbeiter registriert, davon allein 12 000 Füchtlinge. Während demnach theoretisch nach der Absicht dieses Antrags die 12 000 arbeitslosen ausgewiesenen Landarbeiter, die ohnehin schon in den Landgemeinden

untergebracht sind, in eine andere Gegend arbeitsverpflichtet werden könnten, wäre das bei der einheimischen Landbevölkerung nicht möglich. Durch diese Regelung würde nach meiner Unsicht zweierlei Recht geschaffen; sie wäre überdies nach der Durchführungsverordnung zum Flüchtlingsgesetz nicht mehr statthaft. Der Landtag kann sich für eine Arbeitsverpflichtung entscheiden, dann muß er sie aber grundsätlich entscheiden, nicht nur für die Flüchtlinge.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist, abgesehen von den allgemeinen Erscheinungen in Bezug auf die Arbeitswilligkeit, namenklich in der Landwirtschaft von einigen Bedingungen abhängig, auf die ich hinweisen muß. In einem Bericht des Landesarbeitsamts heißt es

unter anderem:

Die Beschwerden der Flüchtlinge, daß in der Landwirtschaft von ihnen Arbeit bei untertarif= licher Bezahlung verlangt wird, nehmen nach dem Bericht des Arbeitsamts Mühldorf zu, statt sich zu verringern.

Das ist der neueste Bericht des Landesarbeitsamts.

Ich möchte biesen Bericht durch einen praktischen Beweis ergänzen: Es liegt uns ein Lohnzettel eines Flüchtlingsforstarbeiters aus Kirchenwald bei Tuzing vor. Dieser Waldarbeiter Martin war vom 24. bis 27. Januar 1947 im Stücklohn beschäftigt und erhielt für 20 Stunden Beschäftigung insgesamt 7 Mark 20 ausbezahlt. Daraus können Sie sich ungefähr ein Bild machen, wie weit die Bereitwilligkeit der Flüchklinge und Ausgewiesenen, in der Landwirtschaft beschäftigt zu sein, sozial unterbaut ist.

Wenn außerdem der Antrag die Siedlungsbewerber, die zum großen Teil selbständige Bauern sind, in diese Arbeitsverpflichtung einbeziehen will, dann müssen wir auch nach dieser Richtung hin unsere besonderen Bedenken anmelben. Wer in der Landwirtzichaft bekannt ist, weiß, daß jeder Bauer ein ihm eigenes Selbstbewußtsein entwickelt, und dieses Selbstbewußtziem überträgt sich verständlicherweise auch auf seine Arbeit. Es ist zu überlegen, inwieweit eine Arbeitsverzpslichtung von selbständigen Bauern als Landarbeiter in die Landwirtschaft geeignet ist, die ohnehin bestehenden Spannungen zu erweitern.

(Zuruf: Was sollen sie dann tun?)

— Ich glaube, Herr Abgeordneter, man kann bie soziale Frage nicht mit Arbeitsverpflichtungen lösen. Es sind andere Dinge ersorderlich, um die Vorausstungen dafür zu schaffen, daß solche gesellschaftlichen Katastrophen, wie wir sie gegenwärtig durchmachen, endlich einmal aushören. In welcher Weise das Arbeitsslosenproblem gelöst werden soll, ist eine Frage, die im Kahmen dieses Antrags nicht besprochen werden kann.

Ich habe nur die besonderen Bedenken gegenüber diesem Antrag angemeldet und möchte in diesem Zussammenhang sagen, daß die sozialdemokratische Fraktion diesen Antrag ablehnt.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weidner.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen. Es ist erfreulichemeise kestzustellen, daß sich der Baherische Landtag in den letzten zwei Tagen mehr als je mit Flüchtlingsbelangen beschäftigt hat. Darüber hinaus kann ich auch feststellen, daß ein

(Weidner [FDP])

gewisses Verständnis für die Interessen der Flüchtlinge vorhanden ist. Als Flüchtling und Flüchtlingsvertreter freue ich mich darüber, daß nun auch im Lande Bahern das Verständnis für die Notlage der Flüchtlinge gewachsen ist.

Um mich ganz kurz zu fassen: Ich bin dafür, daß wir dem Antrag von Frau Dr. Probst zustimmen. Meine Fraktion stimmt ihm, was die pensionsreisen

Beamten anlangt, restlos zu.

Was die Kulturleistungen betrifft, so möchte ich doch auch an dieser Stelle betonen, daß sowohl das Subetenland als auch Schlessen auf große Kulturgüter und Kulturahnen zuwücklicken können. Vergessen wir nicht, daß Franz Schuberts Eltern Sudetendeutsche waren, daß der Ersinder der Schiffsschraube ein Sudetendeutscher gewesen ist und daß Rainer Maria Rikke aus dem Sudetenland stammte. Darüber hinaus ist Mendel durch die Mendelschen Gesetze weltberühmt geworden. Das sind die Geschenke, die uns das Sudetenland in den letzten Fahrhunderten im wesentlichen gesbracht hat.

Und nun noch einen kurzen Blick auf Schlesten. Kopernikus ist ein Schlester. Vergessen wir nicht, daß 1241 in der Schlacht bei Wahlstatt schlesisch-deutsche Stämme es waren, die damals den Mongoleneinfall abhielten. Jakob Böhme, der große Schusterphilosoph, der sogar noch Goethe befruchtet hat, ist ein Schlester gewesen. Bedenken wir weiter: Gustav Frentag, Adolf von Menzel und Gerhard Hauptmann, sie waren Schlester und haben den Namen Schlessen weit über Schlestens Grenzen hinaus in alle Lande getragen.

Ich begrüße es, baß dieser Antrag gestellt wurde, und wir von der Freien Demokratischen Partei treten ihm restlos bei. Ich bitte, ihm zuzustimmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zu den Abstimmungen, zunächst zu Ziffer 4 a, über den Antrag auf Beilage 340. Hier lautet der Antrag des Ausschusses auf Zustimmung zu der unveränderten Beilage 192.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist einstimmig beschlossen; ich stelle das sest.

Wir kommen zu Ziffer 4 b, zur Abstimmung über den Antrag auf Beilage 341. Hier lautet der Antrag des Ausschusses:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, durch den Staatssestretär sür das Flüchtlingswesen Sosortmaßnahmen zu ergreisen, um dem Mansgel an Landarbeitern dadurch abzuhelsen, daß Flüchtlinge, die beim Arbeitsamt als Landarbeiter registriert sind, in Gebiete ausgetauscht werden, die besonderen Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitkräften haben. Den Landarbeitern sind gleichzustellen Siedlungsbewerber, solange sie nicht eine eigene Siedlerstelle haben.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Ausschußbeschluß zustimmen wollen, sich zu erheben. — Das Präsidium ist der Meinung, daß die Mehrzahl steht; damit ist der Antrag angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 4 c, dem Antrag auf Beilage 395. Hier geht der Antrag des Ausschusses dahin, dem Antrag von Frau Dr. Probst zuzustimmen.

Ich nehme hier die Zustimmung des Hauses an. – Ein Widerspruch ist nicht ersolgt; damit ist das er=

ledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 4 d, dem

Antrag auf Beilage 396.

Hier ist auch ein Widerspruch von keiner Seite ersfolgt. Ich nehme auch hier die Zustimmung zu dem Anstrag des Ausschusses an, dem Antrag auf Beilage 396 die Zustimmung zu erteilen. Ich stelle die einstimmige Annahme sest. Damit ist dieser Punkt der Tagesordenung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tages=

orbnung,

Biffer 5:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu dem Antrag der Abgeordneten Stod und Genossen betreffend Kürzung der Grundgehälter und Diätensätze für Lehrerinnen (Beilage 424).

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Deku; ich erteile ihr das Wort.

Frau **Deku** (CSU) [Berichterstatterin]: Meine Damen und Herren! Dem Ausschuß für den Staatshaushalt lag ein Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen vor über die Kürzung der Grundgehälter und Diätensäte sur Lehrerinnen. Dieser Antrag auf Beilage 237 hat folgenden Wortlaut:

Die Bestimmungen der Besoldungsordnung Aund der Diätenordnung, nach denen die Grundsgehälter und Diätensätze für Lehrerinnen um 10 v. H. gegenüber den für Lehrer gültigen Geshaltsbezügen zu kürzen sind, sind mit Wirkung vom 1. Dezember 1946 nicht mehr anzuwenden.

Berichterstatterin war Frau Dr. Probst, Mitbericht

erstatter Dr. Beck.

Die Berichterstattenin führte aus, daß dem Untrag eine nationalsozialistische Verordnung zugrunde liegt, die eine reichseinheitliche Regelung der Volks= schullehrerbesoldung anordnet und zugleich versügt, daß die Grundgehaltssäte eines großen Teils der Lehrerinnen, mit Wirfung vom 1. April 1940 um 10 Prozent zu fürzen sind. Durch Geset vom 30. März 1943 sei die gleiche Kürzung auch auf die Gehälter der Studienrätinnen und Landwirtschaftsrätinnen angeordnet wor= den. Bei dieser Gehaltskürzung sei man von den Ver= hältnissen in Preußen ausgegangen. Als Gründe seien angegeben worden die in gewissem Umfang kürzere Vorbildung und die geringere Unterrichtsverpflichtung in Preußen. Außerdem habe man behauptet, daß sich die Arbeitskraft der Frau auch im Lehrenberuf rascher abnüte, wodurch der Prozentsatz der Lehrerinnen, die vor Erreichung der Altersgrenze wegen Dienstunfähig= feit ausscheiden, größer sei als der der Lehrer. Ent= sprechend den Forderungen der baherischen Verfassung in Art. 168 Abs. 1 habe der Kultusminister schon vor längerer Zeit die Aufhebung der Gehaltskürzung in die Wege geleitet. Für die Wiedergutmachung dieses Un= rechts spreche vor allem auch die Tatsache, daß die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen in Bayern die gleiche sei und auch die gleiche Unterrichtsverpflichtung bestehe. Das bayerische Beamtengesetz kenne auch keine

Stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1946/47, Bd. I, 24. Sigung

(Frau Deku [CSU])

unterschiedliche Wertung der Arbeit von Mann und Frau. Gerade während des Arieges hätten die Lehrerinnen bewiesen, daß sie nicht nur den normalen Belastungen ihres Berufs gewachsen sind, sondern auch als Schulleiterinnen allen Anforderungen gewachsen waren. Aus diesen Gründen sei dem Antrag Stock vorbehaltlos zuzustimmen. Er beseitige untragbare soziale Härten und die Unterbewertung der weiblichen Arbeitsetraft.

Der Mitberichterstatter empsahl Annahme des Antrags.

Ministerialrat Dr. Hornstein stellte sest, daß der Antrag hür sich selbst spreche, und daß das Kultusministerium alle Vorarbeiten eingeleitet habe.

Ministerialdirigent Dr. Ringelmann wies zu= nächst darauf hin, daß das Finanzministerium zwar die Berechtigung des Antrags anerkenne, daß der Antrag aber die bayerische Staatskasse mit jährlich rund zwei Millionen Mark belaste. Das Finanzministerium wolle sich dafür einsetzen, daß das Gesetz am 1. Juli 1947 in Kraft treten und die Kürzung von diesem Tage an wegfallen könne. Einer Rückwirkung auf ben 1. Dezember 1946 könne das Finanzministerium nicht zustimmen, da der Haushalt für das Rechnungsjahr 1946 damit rückwirkend belastet werden müßte. Mit Kücksicht auf die Ordnung im Staatshaushalt dürften in Zukunft Zahlungen ohne gesetzliche Grundlage ober im Vorgriff auf spätere gesetzliche Regelungen nicht mehr geleistet werden. Bis heute sei die gesetzliche Regellung für das Volksschullehrerrecht nicht in der angekündigten Weise durchgeführt worden. Im Interesse der Reinlichkeit der Staatshaushaltsführung sei an dem Grundsatz festzuhalten, daß ohne gesetzliche Regelung keine Zahlung ge= leistet werden kann. Dem Datum vom 1. Juli 1947 wolle das Finanzministerium seine Zustimmung geben.

Staatsminister Dr. Hundhammer erklärte es als besonders erfreulich, daß in dieser Materie eine übereinstimmung im Ausschuß bestehe. Er schlug auch vor, mit Kücksicht auf den Haushaltsplan die neue Regelung vom 1. Juli 1947 an worzunehmen.

Der Antragsteller Abgeordneter Stock widers sprach dieser Regelung, da damit eine Anderung des

Antrags nötig wäre.

Ministerialdirigent Dr. Kingelmann erklärte, er sehe sich nicht in der Lage, einer Kegelung zuzustimmen, durch die mit Wirkung vom 1. Dezember 1946 an die Auslagen bewilligt würden, da für diesen Fall ein Nachtragsetat nötig wäre. Der Haushalt sei zu Ende und es sei nicht möglich, ihn rückwirkend noch zu beslaften.

Staatsministen Dr. Hundhammer unterstützte die Aussührungen des Vertreters des Finanzministeriums und erklärte, es sei tatsächlich unmöglich, für das abgelaufene und abgeschlossene Haushaltsjahr nachträglich noch Ausgaben zu beschließen. Der Ausschußmüsse sich deshalb für den 1. Juli 1947, äußerstens aber für den 1. April 1947, also den Beginn des neuen Rechnungsjahrs, entscheiden.

Der Ausschuß beschloß schließlich die einstimmige Annahme des Antrags:

Der Landtag wolle beschließen,

die Staatsregierung sei zu ersuchen, dem Landtag raschestens den Entwurf eines Gesetzes

vorzulegen, das mit Wirkung vom 1. April 1947 die Bestimmungen der Besoldungsordnung Aund die Diätenordnung aushebt, nach denen die Grundgehälter und Diätensätze für Lehrerinnen um 10 vom Hundert gegenüber den für Lehrer gültigen Gehaltsbezügen zu fürzen sind.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Frau Berichterstatterin war so liebenswürdig, den Antrag gleich vorzulesen. Ich brauche ihn nicht zu wiederholen.

Ein Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die einstemmige Annahme fest. Damit ist dieser Punkt der

Tagesordnung erledigt.

Wir gehen mit Mut und Kraft an die Tagesordnung für die 24. Sitzung heran. Ich meine, wenn nicht außerordentliche Schwierigkeiten entstehen, sahren wir in der Reihenfolge sort, wie sie auf der Tagesordnung verzeichnet ist.

Ziffer 1, Rest ber Tagesordnung vom 15. Juli,

haben wir erledigt.

Wir famen also zu Ziffer 2:

Mündlicher Bericht bes Ausschusses für Berfassungsfragen zum Entwurf zweier Berordnungen über die Wiedereinführung der Schwurgerichte (Beilage 474).

Bei diesem Gegenstand ist nur einsache Abstimsmung notwendig. Ich glaube, große Schwierigkeiten entstehen hier nicht.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dehler als Berichterstatter.

Dr. **Dehler** (FDP) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Es handelt sich um die Frage, in welcher Form das Schwurgericht begründet werden soll.

Die Kechtslage ist folgende: Auf Grund des Kontrollratsgeses Nr. 4 ist die Strassechtspflege in der Form des Gerichtsversassungsgeses von 1877 in der Fasung des Jahres 1924 grundsählich wieder einzusühren. Das ist durch das Strasserichtsversassungsgeses aus dem Jahre 1946 geschehen. In § 79 dieses Gesetzes ist die Landesjustizverwaltung — das ist dei uns das Justizministerium — ermächtigt, dei den Landgerichten wieder Schwurgerichte zu disten und die Form dieser Schwurgerichte zu disten und die Form dieser Schwurgerichte zu bestimmen. An sich hat also das Justizministerium die Möglichseit, von sich aus zu desstimmen, ob das alte Schwurgericht, das eigentliche Schwurgericht, oder das im Jahre 1924 durch die sogenannte Emmingersche Verordnung eingesührte unseigentliche Schwurgericht, eigentlich ein großes Schöffensgericht, wieder eingesührt werden soll.

In der Regierung bestanden zwei Meinungen. Die Staatsregierung hat deswegen den Landtag ersucht, zu entscheiben, in welcher Form das Schwurgericht eingeführt werden soll. Der Verfassungsausschuß hat bereits zum Ausdruck gebracht, der Landtag habe Anlaß, seinen Dank zum Ausdruck zu bringen, daß ihm diese wichtige Frage zur Entscheidung vorgelegt wird.

Das Wesen des alten Schwurgerichts besteht in der Trennung der Kichterbank, die aus drei Berufsrichtern besteht, und der Geschworenendank, die aus zwölf Geschworenen besteht. Die Geschworenen entscheiden über die Schuldfrage. Sie entschen auf Grund der mündlichen Verhandlung, nicht auf Grund der Ermitklungs-

(Dr. Dehler [FDP])

akten, den Tatbestand und bie Frage, ob ber Angeklagte schuldhaft gehandelt hat. Die Straffrage ist der Entscheidung der Berufsrichter überlassen. Bei dem Schwurgericht, wie es seit 1924 bestanden hat, dem uneigent-lichen Schwurgericht, judizieren die drei Berufsrichter und die sechs Geschworenen einheitlich, sie entscheiben also einheitlich über Schuldfrage und über Straffrage.

Nun sind die Meinungen darüber, in welcher Form das Schwurgericht wieder eingeführt werden soll, geteilt. Man darf wohl sagen, daß Justizminister Dr. Hoegner den Gedanken vertritt, das eigentliche Schwurgericht verdiene, besonders aus politischen Grünsben, den Vorzug. In den Verhandlungen des Ausschusses ist mit besonderer Wärme der Abgeordnete Dr. Schlögl für das alte Schwurgericht eingetreten. Er hat uns erklärt, er habe im Bauernverband durch seine Rechtsabteilung eine Erhebung durchgeführt und 90 Prozent seiner Obmänner seien Freunde des alten Schwurgerichts. Dr. Schlögl meint, das alte Schwurgericht würde, wenn das Volk zu entscheiben habe, bestimmt den Vorzug haben.

Nun ist es ja auch so, daß das Emmingersche Schwurgericht, das uneigentliche Schwurgericht, also in Wirklichkeit das große Schöffengericht, nicht etwa durch ein Parlament eingeführt worden ist; es ist im Jahre 1924 auf Grund einer Ermächtigung bes Ermächti= gungsgesetzes vom Dezember 1923 geschaffen worden, das den Zweck hatte, die Staatsberwaltung zu vereinfachen und Ersparungen durchzuführen. Frühere Versuche, das Schwurgericht zu reformieren, besonders im Jahre 1905, find auf den Widerstand des Parlaments gestoßen.

Wenn ich nur ganz kurz die geschichtliche Entwicklung umreißen darf: Unsere Strafrechts= pflege hatte sich im Laufe der Jahrhunderte bis zum 18. Jahrhundert zu einer extremen Kabinettsjustiz ent= wickelt. Die Strafrechtspflege lag im Mittelalter und in den folgenden Jahrhunderten in der Hand von Richterbeamten, die vom Staate, also in Wirklichkeit von den Machthabern des Staates abhängig waren. Die Dinge haben sich besonders im 18. Jahrhundert sehr zugespitzt, und gerade in der französischen Revo= lution war eine der wesentlichen Forderungen, daß im Gegensatz zum Inquisitionsprozeß, der geheim und schriftlich war und der nur durch beamtete Richter gehandhabt wurde, der Strafprozeß öffentlich sein soll, in mündlicher Verhandlung durchgeführt werden soll und die Entscheidung der Schuldfrage den Geschworenen übertragen werden soll.

Das Vorbild war das englische Schwurgericht. In diesem klassischen Land der Demokratie hatte sich das Geschworenengericht katerochen entwickelt gehabt. An diesem Vorbild orientierte sich die französische Revolution. Napoleon hat dann im Jahre 1808 die Cours d' Assis, die eigentlichen Schwurgerichte, eingeführt. Die waren dann Anfang des Jahrhunderts in die Khein-lande übergegangen. Dann kamen Krisenzeichen. Es kamen die sogenannten Demagogenprozesse gegen Arndt, gegen Jahn, typisch inquisitorische Versahren gegen diese neuen freiheitlichen Strömungen in unserem Volke. Diese Prozesse riesen den Protest des Volkes hervor. 1848 war dann das Schwurgericht die allgemeine demokratische Forderung, die sich durchgesetzt hat. Die

Verkechter bes Schwurgerichts vertreten den Stands punkt: das Schwurgericht ist das Gericht der Demo-

Das Schwurgericht hat sich im allgemeinen in Europa, wo es festgewurzelt ist, und auch in Amerika gehalten, in Amerika teilweise sogar in verschiedenen Staaten in einer ganz extremen Form, so weitgebend, daß der Angeklagte freigesprochen wird, wenn auch nur einer der Geschworenen die Schuldfrage verneint. Die Reformen in Europa haben im allgemeinen zu einer Bestätigung des Schwurgerichts geführt, besonders in England, das war reformiert, aber den Gebanken des Schwurgerichts grundfätzlich aufrechterhalten hat. In Frankreich ift 1932 eine Réform durchgeführt worden, die ebenfalls den Gedanken des Schwurgerichts aufrecht= erhalten hat. Man hat daran festgehalten, daß die Geschworenen allein über die Schuldfrage entscheiden, und hat lediglich dahin reformiert, daß über die Strafe Ge= schworene und Berufsrichter zusammen befinden. In der Schweiz ist im Jahre 1934 in sehr intensiver Weise über die Frage der Keform des Schwurgerichts ver-handelt worden. In der Schweizer Bundesstrafprozeß-ordnung vom Johre 1934 hat man an dem Schwurgericht festgehalten.

Die Bedenken gegen das Schwurgericht: Man sagt, es ist ein Gericht, in dem die Geschworenen oft der Aufgabe nicht gewachsen sind. Die Geschworenen stehen allein; sie sind angewiesen einmal auf ihre Eindrücke in der Verhandlung, dann auf die rein objektive Rechts-belehrung, die der Vorsitzende des Schwurgerichts am Schluß der Beweiserhebung gibt. Man hat, weil man den Geschworenen nicht lediglich die Frage "schuldig oder nicht schuldig" überlassen hat, zu einem System von Fragen greifen müssen. Man hat einzelne Tat= bestände in Form von Fragen den Geschworenen vor= legen müssen, die sie mit Ja oder Nein zu beantworten hatten. Im Falle der Verneinung mußten Hilfsfragen gestellt werden, daneben noch hinsichtlich der Umstände, die die Strafe erhöhen oder mindern oder die Schuld ausschließen, Nebenfragen. Man hatte vor allem den Schwurgerichten in der alten Fassung auch komplizierte Tatbestände übertragen gehabt, z.B. Konkursverbrechen, die oft mit aktienrechtlicher oder genossenschaftsrechtlicher Untreue verbunden waren, Monsterprozesse, die dazu führten, daß den Geschworenen Hunderte von Fragen

vorgelegt werden mußten.

Man ist allgemein überzeugt, daß das Schwurgericht in der alten Form keinesfalls geeignet ist, derartig schwierige Tatbestände zu entscheiden, sondern daß man ihm nur Tatbestände vorlegen kann, die der ein= fache Mann auch entscheiben kann, die seiner Lebens= erfahrung naheliegen, also Verbrechen gegen das Leben, den Körper, die Freiheit, Meineidsprozesse; das sind wohl die wesentlichen einschlägigen kriminellen Tatbestände. Man sagt, das Schwurgericht läßt sich oft von Stimmungen leiten, entscheidet den Tatbestand nach Gesühl, ist leicht beeinflußbar durch den Verteidiger.

Die Verteidiger des Schwurgerichts sagen dem= gegenüber: das Schwurgericht schöpft aus sich noch ein= mal Recht in dem einzelnen Fall; auch wenn es sich mit dem geschriebenen Recht in Widerspruch setzt, sprechen die Geschworenen an Stelle des Volkes Recht und diese Rechtsfindung des Volkes ist das höhere Recht. Die Verteidiger des Schwurgerichts sagen, es ist ein Versahren, das eindrucksvoll ist. Es treten zu Beginn jeder Sitzung dreißig, wenigstens aber vier-

(Dr. Dehler [FDP])

undzwanzig Geschworene an. Aus diesen dreißig ober vierundzwanzig Geschworenen wird die Geschworenen-bank durch Austosung gebildet. Staatsanwalt und Verteidiger haben das Kecht der Ablehnung bis aufzwölf Geschworene. Man sagt auch, das Schwurgericht hat einen politischen Nimbus, ein Ansehen, ist mit dem Volk und dem Volksgesühl verbunden. Gerade der Herr Kollege Dr. Schlögl sand warme Worte der Verteidigung des Schwurgerichts in dieser Richtung. Der Herr Kollege Dr. Lacherbauer war entgegengesetzter Meinung. Er sagte ungesähr, wenn das Straubinger Schwurgericht im Volk verwurzelt ist, so deswegen, weil ein Messerstecher von Straubing nur zu leicht ein mildes Gericht sand, da seine Freunde und Genossen als Geschworene oben saßen.

(Zuruf.)

Präsident: Herr Kollege, aber nicht die Genossen des Herrn Dr. Schlög!!

Dr. **Dehler** (FDP) [Berichterster]: — Nein, die Genossen des Messerstechers. Für das große Schöffengericht setzen sich die Juristen ein.

(Dr. Schlögl: Dann ist es schon schlecht.) Sie sagen, das Zusammenwirken der Berufsrichter und der Schöffen führt zu dem besten Ergebnis, Fehlprüche werden vermieden, die Schöffen haben das übergewicht, sechs Schöffen gegenüber drei Richtern. Die Lebensersahrung der Schöffen setzt sich durch. Es wird vor allem der Mangel des Schwirgerichts vermieden, daß über die Schuldfrage und über die Straffrage verschiedene Teile des Gerichtes entscheiden. Für den Angeklagten ist es ja im allgemeinen weniger wichtig, welcher Tatbestand festgestellt oder welches Gesetz angewandt, sondern welche Strafe ausgesprochen wird, wenn nicht freigesprochen wird. Nun kann man es als Mangel erachten, daß die Geschworenen zwar über die Schuldfrage, aber nicht über die Straffrage entscheiden. Es kann manchmal sehr bedeutsam sein, beispielsweise in dem Fall, daß jemand zwar wegen Mords verurteilt wird, aber dann die Berufsrichter zu dem Ergebnis kommen, daß von der Todesstrafe aus besonderen Gründen abzusehen ist. Hier ist doch ein ganz wesent-licher Teil der Entscheidung aus der Hand der Geschworenen- in die Hand der Richterbank gegeben.

Für und Wiber gibt es viele. Die Vertreter des Schwurgerichts — wenn ich das noch einmal unterstreichen darf — sagen, das Schwurgericht ist das demostratische Gericht, das Gericht des Volkes, eine eindrucksvolle Demonstration des Rechtes, besonders wichtig auch in unserer Zeit der Zerrüttung des Rechtes. Die Schöfsen werden gezwungen, Recht zu sprechen; sie werden zu Richtern erzogen. Dabei disbet sich wieder ein Rechtsbewußtsein. Das Schwurgericht ist, wenn ich so sagen darf, eine demokratische Schule des Rechts. Das Unsehen der Geschworenen im Volke war hoch. Die Eigenschaft des Geschworenen gab vielen Menschen im Volke ein besonderes Gewicht.

In der Ihnen vorliegenden Beilage 299 sind die Dinge im einzelnen dargelegt. Es liegen Ihnen zwei Verordnungen vor, eine erste, die das große Schöffensgericht in der Emmingerschen Form grundsätlich wieder einsührt mit einer eingehenden Begründung, in der alle Gesichtspunkte abgewogen werden, und dann eine Vers

ordnung, welche die Wiedereinführung bes alten Schwurgerichts vorsieht. Ich nehme an, daß ich Ihnen alle Für und Wider in großen Zügen nochmals vorsgetragen habe. Der Ausschuß hat sich mit allen gegen zwei Stimmen auf den Standpunkt gestellt, Ihnen zu empfehlen, daß das Schwurgericht in der Emmingerschen Form, also das große Schöffengericht, wieder einsgesührt werden soll. Es ist nicht Sache des Landtags, über Einzelheiten zu entscheiden und zu besinden; ersoll lediglich entscheiden, welche Form des Schwursgerichts gelten soll.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht. Er hat ein anschauliches Bild des Für und Wider der zwei Vorlagen gegeben, die wie Staatsregierung dem Landtag zur Entscheidung untersbreitet hat. Wie der Berichterstatter ausgeführt hat, brauchen wir uns nicht über die Einzelheiten dieser Vorlagen zu unterhalten, nicht paragraphenweise darsüber abzustimmen, weil es ja nur eine Verordnung der Regierung ist. Die Regierung ist an sich ermächtigt, die Verordnung selber zu erlassen, aber sie hat dem Landstag die Entschung überlassen, welcher der beiden Vorlagen er zustimmen will.

Der in Beilage 474 wiedergegebene Antrag des Ausschusses geht dahin, der Landtag wolle beschließen, der Staatsregierung zu empsehlen, von der Beilage 299 die Vorlage Nr. 1, das ist die Vorlage, die gemeinsame Entscheidung der Schuld- und Straffrage durch Richter

und Geschworene will, einzuführen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Ausschußbeschluß zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war weitaus die Mehrheit. Die Entscheidung des Landtags lautet also Zustimmung zur Vorlage Nr. 1. Damtit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitik zum Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte vom 26. März 1947 (Beislage 525).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hauck Georg; ich erteile ihm das Wort.

Hand Georg (CSU) [Berichterstatters: Meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuß hat sich in seiner 11. Sitzung am 11. Juli 1947 unter anderem auch mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte besatz, der in Beilage 459 enthalten ist. Hier hat die Staatsregierung eine Abänderung der §§ 5 und 11 beantragt. Über die Verhandlungen des Ausschusse ist wenig zu berichten, da es sich hier um zwei Fragen gedreht hat, die schon bei dem ersten Gesetz weitestigehend erörtert wurden. § 5 bestimmt, daß unter 40 Prozent Beschädigung keine Kente gewährt wird. § 1 des vorliegenden Nachtrags zum Gesetz lautet:

Das Geset über Leistungen an Körperbeschäbigte vom 15. Januar 1947 (KB-Leistungsgesetz, GVBI. Seite 107) wird geändert

wie folgt:

1. § 5 hat zu lauten: "Ift die Erwerbsfähigsteit durch Beschädigung insgesamt um weniger als 30 Prozent gemindert, so wird eine Kentenicht gewährt".

(Haud [CSU])

2. In § 11 Wh. 1 ist als zweiter Sat anzufügen: "Anträge, welche nach dem LB-Leistungsgesetz bis 30. Juni 1947 gestellt werden, gelten als mit dem Inbrasttreten des Gesetzes gestellt".

Bei den Ausschußverhandlungen wurde dann vom Abgeordneten Kunath eingeworfen, daß diese Frist inzwischen bis zum 31. Juli 1947 verlängert sei. In der heutigen Situng des Sozialpolitischen Ausschusses hat sich der Ausschuß einstimmig entschlossen, diese Frist dis zum 31. Oktober 1947 zu verlängern. Das bedeutet, daß bei Anträgen, die bis zum 31. Oktober 1947 einzgereicht werden, die Kente ab 1. Februar 1947 auszbezahlt wird. Der Ausschuß hat diesem Antrag der Kegierung einstimmig stattgegeben; ich bitte, den Anstrag anzunehmen.

Präsident: Eine Wortmelbung liegt nicht vor. Ich schlage dem Hause vor, bei der Abstimmung die erste und zweite Lesung miteinander zu verbinden. — Ein Widerspruch dagegen erfolgt nicht, weder aus dem Haus noch von der Staatsregierung. — Der Wortlaut der beiben vom Sozialpolitischen Ausschuß angenommenen Paragraphen liegt den Mitgliedern des Hausechlüssen Weizlage 459 vor. Abweichend von den Ausschußes in Beizlage 459 vor. Abweichend von den Ausschußeschlüssen muß es aber nach den neuerlichen Beratungen des zuständigen Ausschußes in § 1 Absat 2 an Stelle der Worte "dis 30. Juni 1947" mit Kücksicht auf die versspätete Verabschlüseung des Gesetzes heißen "bis 31. Oktober 1947".

Ich bitte diesenigen Damen und Herren des Hauses, die den beiden Paragraphen mit dieser Ande-rung die Zustimmung geben wollen, sich von ihren Pläten zu erheben. — Das ist einstimmig so bestellossen.

Wir treten gleich in die zweite Lesung ein. Wortsmeldungen liegen nicht vor. — Wir kommen zur Schlußabstimmung: Wer dem Gesetz nach den Beschlüssen der ersten Lesung die Zustimmung geben will, möge sich von seinem Platz erheben. — Das ist einsstimmig so beschlossen; ich stelle es sest.

Weiterhin stelle ich fest, daß der Titel lautet: Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte vom 26. März 1947 (GBBI. Seite 107).

Das Gesetz erhält bie Einleitung:

Der Landtag bes Freistaates Bayern hat das folgende Geset beschlossen:

Ich stelle die Zustimmung des Hauses dazu fest. Damit ist dieser Gesetzentwurf erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitik zu den Anträgen Dr. Beck und Genossen betreffend

1. 75prozentige Fahrpreisermäßigung für Schwerbeichäbigte in ber US-Zone,

2. Fahrpreisermäßigung für lizenzierte Jugendgruppen (Beilage 523).

Berichterstatter ist der Herr Whgeordnete Wilhelm; ich erteile ihm das Wort.

Wilhelm (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuß hatte sich in seiner 11. Sitzung mit dem Antrag Dr. Beck und Genossen (Beilage 367) zu beschäftigen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sofort mit der Militärregierung zu verhandeln, um eine 75prozentige Fahrpreisermäßigung für Schwerbeschädigte in der US-Zone herbeizuführen.

Weiterhin wurde der Antrag Beilage 413 behandelt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, Verhandlungen mit den zuständigen Stellen aufzunehmen, dahingehend, daß für lizenzierte Jugendgruppen wieder 50prozentige Fahrpreißermäßigung eingeführt wird.

Dr. Beck wies zur Begründung des Antrags betreffend die Fahrpreisermäßigung für Schwersbeschädigte auf das soziale Gefälle hin, das dadurch entstanden sei, daß die Schwerbeschädigten in der russichen Zone diese Fahrpreisermäßigung genießen, und dat, dem Antrag auch mit Kücksicht auf die Folgen, die sich aus der propagandistischen Ausschlachtung dieser

Tatsachen ergaben, zuzustimmen.

Oberrat Kramer vom Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten teilte mit, daß sich das Ver= kehrsministerium mit der vorliegenden Frage bereits auf Grund einer Eingabe des Verbandes der Körperbehinderten in Bayern befaßt und ihre Durchführung befürwortet habe; dann gab er die Stellungnahme der für beide Zonen zuständigen Hauptverwaltung in Bielefeld bekannt. Danach genießen hilfsbedürstige Krante, also auch Schwerbeschädigte, bei Fahrten zu Kuren, zur Aufnahme in Krankenhäuser, Kliniken usw. und Besuchen zur Behandlung in diesen Anstalten seit dem 1. Mai 1947 diese Ermäßigung; eine weitere Aus= dehnung werbe wegen der durch sie bedingten weiteren Verschärfung der ohnehin angespannten Verkehrslage abgelehnt. Dann führte er aus, daß die Reichsbahn bei der Tarifgestaltung an die Zustimmung der Militärregierung gebunden sei. Den angreisbaren Punkt in der Stellungnahme der Hauptverwaltung erblickte er darin, daß man ben Reiseverkehr gerade auf Kosten der Schwerbeschädigten eindämmen wolle, wenngleich die außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Bereitstellung gesonderter Abteile und beren Kontrolle vor unbefugter Benutung nicht zu verkennen seien.

Dr. Be ck eximmerte an die solidarische Haftung, unabhängig von der Einstellung des einzelnen zum Krieg, für den angerichteten Schoden; darunter sielen auch die Schwerbeschädigten, die ohnehin vielsach das Gefühl hätten, daß für sie nicht genügend getan werde. Trot der vorhandenen Schwierigkeiten müsse man

ivenigstens alles versuchen.

Herr Dr. Linnert war derselben Auffassung.

Der Sozialpolitische Ausschuß kam zu folgendem Beschluß:

Der Antrag betreffend Fahrpreisermäßigung für Schwerbeschädigte (Beilage 367) wird ebenso wie der Antrag betreffend Fahrpreisermäßigung für lizenzierte Jugendgruppen (Beilage 413) einstimmig angenommen.

Ich habe die Ehre, dem hohen Haus die Annahme dieser Anträge zu empfehlen.

Präsident: Die Anträge auf Beilage 367 und 413 sind vom Ausschuß einstimmig angenommen worden. — Ich nehme dazu auch die Zustimmung des Hauses an.

(Dr. Bühner: Ich bitte ums Wort!) Herr Whgeordneter Dr. Bühner.

Dr Bühner (CSU): Ich möchte wissen, was mit den Begleitpersonen ist. Wenn ein Schwerbeschädigter reisen nuß, nuß er womöglich eine Begleitperson haben. Ich möchte sragen, ob nur der Schwerbeschädigte allein oder auch die Begleitperson diese Vergünstigung haben soll.

Präsident: Ich bitte den Berichterstatter, zu sagen, wie das im Ausschuß war.

(Dr. Bed: Mit Begleitperson.)

Ich bitte, in dem Antrag eine entsprechende Ersgänzung "mit Begleitperson" anzubringen. Das wird an der entsprechenden Stelle eingefügt.

Das Haus ist damit einverstanden; es ist einsstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht bes Ausschusses für Sozialpolitik zu der Eingabe des Bayerischen Blindenbundes um Gleichstellung der Friedensblinden mit den Ariegsblinden im Geltungsbereich des AB-Leistungsgesetzes (Beilage 524).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Trepte; ich erteile ihm das Wort.

Trepte (GSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Baherische Blindenbund richtete an den Baherischen Landtag das Ersuchen, alle vollerblindeten Friedensblinden im Sinne der Gleichstellung mit den Kriegsblinden fünstig in den Geltungsund Wirkungsbereich des Baherischen Körperbeschädigtengesetzes einzubeziehen, und begründete seine Eingabe damit, daß das baherische KB-Leistungsgesetz den Kriegsblinden wegen der Folgen der im Kriege erlittenen Gesundheitsschädigungen zur Daseinssicherung eine seste Kente gewährt. Es werde daher nicht die erlittene Beschädigung abgegolten, wie dies im Keichsversorzungsgesetz zum Ausdruck komme, sondern die der heerenden Folgen des Blindseins sollen ausgeglichen werden.

Es bedürfe wohl keines besonderen Hinweises, daß die ursächliche Verschiedenheit der Erblindung von Kriegs- und Friedensblinden nicht gleichzeitig eine Verschiedenheit in ihren Folgen nach sich ziehe, sondern daß diese vielmehr in aller Düsterkeit, Vitterkeit und Furchtbarkeit die gleichen blieben.

In diesem Zusammenhang müsse auf die Zweisseitigkeit hingewiesen werden, wenn die Kriegsblinden in neuester Zeit in Ermangelung materieller Gründe für eine Unterschiedlichkeit von Kriegs- und Friedensblinden eine solche unter Berusung auf ein wissenschiedlen sines Leiters der Nervenklinik hinsweisen, in dem die Plözlichkeit der Erblindung durch Kriegsverlezung eine schwafteit der Erblindung durch Kriegsverlezung eine schwerfassung zur Folge habe. Demgegenüber glaubte der Blindenbund darauf hinweisen zu dürsen, daß beim Ablauf eines Glaukomfalles, eines

langsam sortschreitenden, sich durch Jahre hinziehenden aber unheilbaren Erblindungsprozesses, die seelischen Belastungen und inneren Qualen dieselben wären.

Hinzu komme der gesellschaftliche und wirtschaftliche Minderwertigkeitskomplex, ein unheimlicher Gefährte der Blindheit, die Not und die Abhängigkeit von Almosen, die durch die Macht der öffentlichen Silfe gebannt werden, wie das den Ariegsblinden gegenüber durch das AB-Leistungsgesetz in wirksamer Weise geschehen sei. Demgegenüber seien die Friedensblinden im Falle der Hilfsbedürftigkeit — das sei die Regel — auf die Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen.

Von den bayerischen Friedensblinden vermöchten etwa nur 10 Prozent ihren Lebensunterhalt durch Berufsarbeit zu verdienen, weitere 15 Prozent nur teilweise. Alle übrigen lebten von der Unterstützung der öffentlichen und privaten Fürsorge. Dies scheine verständlich, wenn nach den statistischen Zissern die Hälfte aller Erblindeten das 50. Lebensjahr überschritten habe, so daß eine Berufsumschulung in der Regel meistens ausscheide.

Eine weitere Bestätigung für die zerstörenden Wirkungen der Blindheit auf die Wirhchaftskraft ergebe ein Vergleich der erzielten Arbeitseinkommen. Ein Korbmacher erziele eine Höchstleistung von 30 bis 40 Prozent, ein Bürstenmacher von 25 bis 30 Prozent und ein in der übrigen Judustrie Beschäftigter 20 Proze

zent der Regelleistung der Sehenden.

Nachdem die öffentliche Fürsorge den Friedensblinden keine auskömmliche Vensorgung zu bieten vermöge, bleibe nur der Weg der staatlichen Sonderversorgung, wie er im Falle der Kriegsblinden durch das KB-Leistungsgeset beschritten werde. Die vom Blindenbund nachgesuchte Gleichstellung mit den Kriegsblinden und die Einbeziehung der Friedensblinden in den Geltungs- und Wirkungsbereich des KB-Leistungsgesetzes basiere auf den Erwägungen, daß die Verpslichtungen dazu in den Artikeln 3 und 68 der Baherischen Versassung vorkommen. In diesem Zusammenhang wies der Blindenbund noch darauf hin, daß nach dem KB-Leistungsgesetz Beschädigte mit einer Erwerbsminderung von 30 bis 80 Prozent eine seste Kente erhielten, während die Friedensblinden, die doch auch Körperbeschädigte seien, bei höchster Erwerbsminderung ohne jede Sicherung seien.

Zum Schluß bemerkt die Eingabe des Blindensbundes, daß zur Zeit in Bahern etwa 3400 Friedensblinde vorhanden seien, von denen ein Dribtel aus eigenem Ertrag oder Vermögen ihr Leben friste, weitere 800 seien Kinder und Jugendliche, so daß etwa 1700 Personen blieben, für die ein Auswand von 3 bis 3½ Millionen Keichsmark erforderlich wäre.

Er bittet daher den Bayerischen Landtag um Ein= beziehung der Friedensblinden in das AB-Leistungs=

gefeg.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat sich nun in seiner Sizung am 11. dieses Monats eingehend mit der Eingabe besaßt. Herr Kollege Peschel als Mitberichterstatter hat dem Antvag des Berichterstatters ebenfalls zugestimmt, diese Singabe der Staatsregiezung zur Bürdigung himiberzugeben. Gewiß, das Los der Blinden ist schwer und die seelischen Qualen sind außerordentlich, tropbem konnte sich der Ausschuß nicht ganz der Erwägung verschließen, daß eventuell Konsequenzen daraus entstehen könnten, d. h. daß mit Kecht eventuell auch die Kheumatiker, die Lungenkranken usw.

(Trepte [CSU])

darauf Bezug nehmen könnten. Tropdem hat sich der Ausschuß dem Antrag angeschlossen.

Ich bitte das hohe Haus, ebenfalls im Sinne des Ausschusses zu beschließen.

Präsident: Wortmelbungen liegen nicht vor. Der Antrag des Ausschusses lautet, diese Eingabe sei der Staatsregierung zur Würdigung hinüberzugeben. — Ein Widerspruch dagegen erfolgt nicht; ich stelle das sest.

Nun wird mir soeben mitgeteilt — vielleicht bin ich davan schuld, vielleicht die Umstände —, daß die Wbstimmung über die Form der Schwurgerichte bei einem Teil der Mitglieder des Hauses sauses sallsch verstanden worden sei. Sie berusen sich teilweise darauf, daß die Abstimmung durch den Pröstdenten so rasch erfolgt sei. Ich nehme an, daß die Abgeordneten in der Lage waren, den Worten zu solgen, nachdem durch den Abgeordneten Dr. Dehler alles wunderbar dargelegt war; das muß ich wirklich sagen.

Es handelt sich bei der Abstimmung um solgendes: Der Fall A in Beilage 299 — ich wiederhole das jett — will das Schwurgericht, bei dem die Entscheisdung der Schulds und der Straffrage gemeinsam durch Richter und Geschworene nach der Emmingerschen Versordung, die Herr Abgeordneter Dr. Dehler ganz genau geschildert hat, ersolgt. Der Ausschuß hat beschlossen, diesem Fall seine Zustimmung zu erteilen. Der Fall Bsind die alten Schwurgerichte, dei denen der Abgeordnete Dr. Dehler wiederholt auf die Ausschlugen des Herrn Wegeordneten Dr. Schlögl Bezug genommen hat.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Ausschußantrag, also der Form zustimmen wollen, bei der die Entscheidung der Schuld- und Straffrage durch Richter und Geschworene gemeinsam ersolgt, die also im Gegensat zu den alten Schwurgerichten stehen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Zurufe.)

— Kennen sich die Damen und Herren in der Whitim= mung auß?

(Mein!)

— Jest mache ich die Sache ganz anders. Es wäre alles in Ordnung, wenn Sie den Ausführungen des Herrn Berichterstatters aufmerksam gefolgt wären.

Jett richte ich die Frage an das Haus: Wer den alten Schwurgerichten die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Jett ist auszuzählen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es muß eine namentliche Abstimmung erfolgen.

(Dr. Schlögl: Es ist eine hochwichtige Ansgelegenheit.)

Es ist eine Frage von entscheidender Bedeutung, zu der die Auffassung sedes einzelnen Abgeordneten sest= gestellt werden muß.

Wer für die alten Schwurgerichte ist, stimmt mit "Ja", wer dagegen ist, stimmt mit "Nein" und wer gesen beides ist, enthält sich der Stimme. Das ist ganz klar, und ich brauche das ganze nicht zu wiederholen; denn sonst müßte ich noch einmal eine Vorlesung über

die Schwungerichte halten.

(Schesbed: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat Abgeordneter Schefbeck das Wort. Schefbeck (CSU): Ich bitte, mich nicht zu schimpfen, Herr Präsident, wenn ich zur Geschäftsordnung spreche. Es liegt doch ein Antrag bes Ausschusses vor —

Präsident: — Das weiß ich. Aber es haben sich bei der ersten Abstimmung wieder Zweifel bei verschie= denen Abgeordneten ergeben. Diejenigen Abgeordneten, die die alten Schwurgerichte wollen, kennen sich aus. Deshalb kann mit Zustimmung des Hauses die Frage im Gegensatz zum Ausschußbeschluß so gestellt werden: Wer sür die alten Schwurgerichte ist, stimmt mit "Ja", wer dagegen ist, stimmt mit "Nein" und wer für beibe nicht ist, enthält sich der Stimme. Dann kennen sich die Abgeordneten viel besser aus. Es handelt sich hier nicht um eine Gesetzesvorlage, sondern um eine Fragestellung an das Haus, welchem Shstem es die Zustimmung geben will. Das eine Shstem ist das Emminger-Shstem, bei dem die Schuldfrage und die Straffrage miteinander verbunden sind. Das andere System ift das reine Schwurgerichtssustem, das wir aus der vergangenen Zeit alle miteinander kennen. Viele kennen sich in den Fragen der Emmingerschen Verordnung nicht aus. Sie wollen aber die alte Schwurgerichtsform, die, wie Dr. Dehler sagte, die alte demokratische Form ist, bei der die Mitwirkung des Volkes absolut sichergestellt wird. Wer für diese alte demokratische Form der Schwurgerichte ist, stimmt mit "Ja", wer gegen die alte Form ist, stimmt mit "Nein", und wer sich nicht austennt, enthält sich der Stimme.

(Heiterkeit.)

Den Namensaufruf nimmt Frau Zehner vor. Der Namensaufruf beginnt. Das Alphabet wird wiederholt. —

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen; das Resultat wird sestigestellt.

Das Ergebnis ift folgendes: Es haben 119 Abgeordnete abgestimmt, und zwar 67 mit Ja, 49 mit Nein; 3 haben sich der Stimme enthalten.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordoneten: Albert Martin, Ammann Erwin, Anetseder Johann, Bauer Hansbeing, Baur Anton, Dr. Beck Heinz, Behrisch Arno Erich, Bezold Otto, Bitom Swald, Brandner Johann, Dr. Dehler Thomas, Emmert Heinrich, Euerl Alfred, Faltermeier Josef, Fischer Friedrich Wilhelm, Gräßler Friz, Haus Georg, Hermann Matthäus, Höllerer Julius, Hofer Julius, Hofmann Leopold, Dr. Horlacher Michael, Kaifer Albert, Kerner Georg, Kiene Josef, Klessinger Josef, Körner Ernst, Kunach Hans, Kurz Andreas, Lang Andreas, Dr. Linnert Friz, Mack Georg, Marx Franz, Meißner Karl, Miehling Beter, Nagengast Wilhelm, Koske Alfred, Kabstmann Hans, Beschel Max, Pittross Klaus, Dr. Kief Max, Köhlig Ewald, Köll Franz, Koiger Ludwig, Koith Christian, Scharf Josef, Dr. Schlögl Alois, Schmidt Gottlieb, Schneider Georg, Schöpf Georg, Schraml Josef, Stegerwald Wilhelm, Stiller Georg Franz, Stöhr Heinrich, Thaler Kupert, Trepte Hans, Trettenbach Martin, Vidal Konstantin, Vogl Simon, Weinzierl Alois, Wilshelm Franz, Dr. Winkler Martin, Wolf Franz, Zehner Zita, Ziehof Friedrich, Zitzler Georg.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten: Dr. Ankersmüller Willi, Bachmann Georg, Baumeister Leonhard, Bezold Georg, Bickleder Karl, Braun Josef, Dr. Bühner Eustach, Deku Maria, Dietlein Johann, Endemann

(Prafibent)

Christian, Fischer Josef, Freundl Otto, Gröber Franziska, Dr. Gromer Georg, Hagen Georg, Hagn Hans, Helb Walter, Hirschenauer Benedikt, Dr. Hundhammer Alois, von Knoeringen Walbemar, Kraus Engelbert, Krempl Josef, Kübler Konrad, Dr. Lacherbauer Karl, Lau Johannes, Dr. Lehmer Max, Maag Johann, Meizener Georg, Michel Franz, Nirschl Josef, Niissel Adam, Viehler Andreas, Prechtl Wolfgang, Dr. Probst Maria, Prüscher Indreas, Prechtl Wolfgang, Dr. Probst Maria, Prüschenk Josef, Scheibeck Otto, Scherber Andreas, Schmid Karl, Scheingenstein August, Dr. Stang Josef, Stinglwagner Mois, Stock Jean, Strobel Friz, Stücklen Georg, Sühler Wdam, Weiglein Otto, Weinzierl Georg, Dr. Wittmann Julian, Zillibiller Max.

Mit **Ich enthalte mich** stimmten die Abgeordneten: . Dr. Franke Heinrich, Leupoldt Richard, Schmid Andreas.

Der Landtag hat sich also mit stärkerer Mehrheit für die Nr. 2 der Berordnung nach Beilage 299 entsichieden, entgegen dem Ausschußboschluß. Damit ist die erste einsache Abstimmung hinfällig geworden. — Ich stelle das sest.

Ich möchte auch dazu sagen, daß die Regierung selber dem hohen Hause die Entscheidung überlassen hat. Es ist keine Entscheidung nach Sachkunde oder Nichtssachtunde. Das scheibet hier vollständig aus. Es ist eine Entscheidung, die sich für das eine System ausgesprochen hat. Damit ist die Sache sür den Landtag entschieden.

(Dr. Bühner: Die Whgeordneten wissen noch nicht, für was sie gestimmt haben. Ich habe Beweise dafür.)

Meine Damon und Herren! Damit ist die Angelegensheit erledigt. Der Landtag hat entschieden. Wir sahren in den Beratungen fort.

(Dr. Kief: Zur Geschäftsordnung!) Zur Geschäftsordnung hat Dr. K i e f das Wort.

Dr. **Rief** (WA'E): Namens der WA'E stelle ich den Antrag, ab 9.15 Uhr das Kauchen zu gestatten, bzw. der Landtag wolle das beschließen.

(Heitenkeit.)

Der Grund für diesen Antrag liegt darin, daß die Herren dann, wenn sie rauchen wollen, nicht mehr hinausgehen brauchen, sondern sich an der parlamentarischen Arbeit beteiligen können.

(Widenspruch.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich halte das nicht für angebracht. Ich nehme an, daß die Mehrheit des Hauses dem nicht zustimmt. Wer für die Annahme ist, —

(Stock: Ich würde nicht abstimmen lassen, weil es eine Blamage für das Barlament ist.)

Ich stehe als Präsident des Hauses auf dem Standpunkt, daß das Rauchen nicht zulässig ist. Auch die Mehrheit des Hauses ist damit nicht einverstanden.

Wir fahren in ber Tagesordnung weiter.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu ben Anträgen der Abgeordneten Wiglinger und Genossen betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Hochwasserschäben und Behebung der Hochwasserschäben an der Vils (Beilage 425).

Berichterstatter ist Abgeordneter Bickleber. Ich ersteile ihm das Wort.

Bidleder (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Witzlinger hatte den Antrag bezüglich der Hochwassenschäden an der Vils eingebracht. Herr Dr. Rief führte aus, es sei selbstver= ständlich, das geholfen werden müsse, doch erschien ihm die Formulierung etwas merkwürdig, da die Regierung doch die Hochwasserschäden nicht verhindern, sondern bei Hochwasserschäden höchstens helfend eingreifen könne. Er bat, den Antrag anzunehmen. Abgeordneter Dr. S t a n g erwähnte, daß die Anträge aus den vielen Zuschriften herausgewachsen seien, die aus den hochwassergefähr= deten Gebieten gekommen sind. Es sei notwendig, durchgreifende Schutzmaßnahmen zu schaffen, um für die Zutunft Schäden in solch verheerendem Ausmaße zu ver= hindern. Die allgemeine Fassung sei gewählt worden, weil man nicht auf Einzelheiten eingehen konnte. Die Schäden würden wohl nie ganz zu vermeiden fein. Soweit Schäden eingetreten seien, sollte den Gemeinden durch den Staat Hilfe geleistet werden.

Ministerialrat Lut stührte aus, das sich die Anträge auf das Hochwasser vom März 1947 bezögen. Die Tausluten hätten bei den großen Flüssen Donau, Far und Inn nicht das verheerende Ausmaß angenommen, wie es ursprünglich schien. Im Donautal wäre die Lage dort fritisch gewesen, wo die Hochwasserschumaßnahmen noch nicht durchgesührt waren. Dagegen wären die Hochwasser in den kleineren Nedenslüssen viel gesährlicher gewesen. Infolge der durch den Frost noch geschlossenen Bodendecke seien bei der Schnee- und Eisschmelze Hochwassersen. Besonders groß sei die Hochwassersührung an der Rott, der niederbayerischen Vils, der Laaber und an der Im gewesen.

Es sei der feste Wille der Staatsregierung, alle Baumöglichkeiten auszuschöpfen, die zur Zeit zwar sehr gering seien. Den größten Engpaß bildeten die Arbeits= frafte, die nur ungenügend mit der erforderlichen Berufskleidung versehen werden konnten. Auch die Beschaffung der Werkzeuge und der Bauftoffe bereite die größten Schwierigkeiten. Eine Anzahl von Abhilfemaßnahmen werde sofort durchgeführt ober sei für die nächste Bausaison vorbereitet. So sei im Straubinger Becken die sofortige Schließung der Hochwasserdamm= lücke beabsichtigt. Der verstärkte Ausbau der Laaber-mündung sei für das Jahr 1948 vorgesehen. Die In-angriffnahme ausgebehnter Kiesbaggerungen in der Donau bei Deggendorf und unterhalb der Farmündung könne noch in diesem Jahr erwartet werden. Die Ar-beiten seien vergeben und zum Teil bereits in Ausführung. Im Pleitinger Becken sei die Schließung der Dammlücken für 1948 vorgesehen. Die Durchführung dieser Arbeiten wäre aber nur mit Internierten möglich, was die Errichtung eines Arbeitslagers erforderlich mache. An der Donau sei eine hochwasserfreie Linie durch den Ausbau der Verlängerung der kleinen Domau in Aussicht genommen. Der erste Bauabschnitt werde im Juli 1947 begonnen. An der Rott, der Ilm und der niederbayerischen Vils würden die bereits begonnenen Regulierungsarbeiten unter Ausschöpfung der örtlich

(Bickleder [CSU])

bestehenden Baumöglichkeiten sortgesetzt. An der niederbaherischen Vils sei die Regulierung des unteren Ab-

schnittes im Gange.

Soweit Bauschäden eingetreten seien, werden die Betroffenen nicht nur finanziell, sondern auch durch Bereitstellung von Bau- und Betriebsstoffen unterstützt. Der Ausgleich von Ernteschäden liege nicht im Bereich der Bauadteilung des Staatsministeriums des Innern, das also auf diesem Sektor keine Beihilfe geben könne.

Abgeordneter Dr. K i e f beantragte Annahme der Anträge. Dr. Stang stellte sest, daß die Staatsregiezung bereits Schritte unternommen habe und in Zustunft nichts unterlassen werde, die notwendigen Vorstehrungen zu tressen. Soweit Bauschäden in Frage kämen, seien Unterstützungen gegeben worden. Die Entschäbigung sür Ernteschäden könnte die Bauabteilung nicht als ihre Ausgabe betrachten. Dies sei Sache des Ernährungsminisberiums dzw. der Ernährungsämter.

Ich empsehle die beiden Anträge nach Beilage 241 und 363 dem hohen Hause zur Annahme. Der Ausschuß hat beide Anträge einstimmig angenommen.

Präsident: Wortmelbungen liegen nicht vor. Der Antrag bes Ausschusses nach Beilage 425 lautet auf Zustimmung zu den Anträgen nach Beilage 241 und 363. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses sest.

Ich habe noch einen Punkt ber Tagesordnung

nachzuholen.

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitik zu bem Antrag der Abgeordneten Dr. Korff und Genossen betreffend Arbeitsbeschaffung für die wurzellos gewordene Jugend (Beilage 526).

Der Antrag des Ausschusses lautet auf Zustimmung zum Antrag nach Beilage 436. Eine Anderung ist im Ausschuß nicht ersolgt. — Ich nehme die Zustimmung des Hauses an. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu dem Antrag der Abgeordeneten Dr. Linnert und Genossen betreffend übernahme der Städtischen Oberrealschule Füssen durch den Staat (Beilage 426).

Berichterstatter ist Abgeordneter Baumeister. Ich erteile ihm das Wort.

Baumeister (SSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Haushaltzausschuß des Bayezischen Landtags hatte in seiner Sitzung vom 8. Juli 1947 über einen Antrag der Wegeordneten Dr. Linnert und Genossen von der Demokratischen Partei zu bezraten, der solgenden Wortlaut hatte:

Die Städtische Oberrealschule Füssen (Allgäu) wird vom Staat übernommen.

Berichterstatter war Dr. Stang, Mitberichterstatter Dr. Beck.

Der Berichterstatter erwähnte, er habe vor Einbringung des Antrags, der von Dr. Linnert gestellt sei, mit dem Staatsminister über diese Frage gesprochen. Die Stadt Füssen habe den Antrag gut des Stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1946/47, Bd. I, 24. Sigung

gründet und darauf hingewiesen, daß die Schule bereits 25 Jahre alt sei, 400 Schüler aufweise und bei der Wertung der Schüler den strengsten Maßstab anlege, so daß von den jährlich angemeldeten Schülern in der Regel nur zwei Drittel aufgenommen würden. Das 25jährige Bestehen der Anstalt habe gezeigt, daß die Schule in Fussen lebensfähig, sei. Von seiten des Finanzministeriums seien nun Bedenken geltend gemacht worden; doch müsse darauf verwiesen werden, daß im Um= freis von 45 Kilometern keine Oberschule mehr bestehe. Ein gewisses Hemmnis sei nun dadurch eingetreten, daß in Hohenschwangau ein Gymnasium mit einem realisti= schen Zweig errichtet werden soll. Da die Stadt 25 Jahre lang finanzielle Opfer auf sich genommen und Großes geleistet habe, erscheine der Wunsch nach Verstaatlichung nicht unberechtigt. Der Berichterstatter beantragte daher, den Wunsch der Stadt Füssen der Regierung zur Be=

rücksichtigung zu empfehlen.

Der Mitberichten.

Der Mitberichter ftatter war ebenfalls der Meinung, daß die Oberrealschule in der Provinz erhalten bleiben muß. Falls die Stadt die Mittel nicht mehr aufbringen kann, habe der Staat einzuspringen. Die Verhältnisse auf dem Lande haben sich wesentlich geändert. Wenn auch keine neuen Schulen errichtet werben sollen, so müssen doch die bestehenden erhalten werben. Eine Dezentralisierung der Schulen aus den Groß-

städten sei wünschenswert.

Es werbe nun der Einwand gebracht, daß dieser einen Schule viele andere solgen würden, die den Antrag auf Verstaatlichung stellen. Hier sei zu erwägen, ob man diese Schulen nicht in Zukunft den Areisderbänden unterstellen könne, die finanziell stärker seien als die Städte.

Der Berichterstatter warf ein, daß auch die Landtreise sinanziell nicht besser gestellt sind, und verwies auf seinen Antrag, der die starke Belastung der Landtreise zum Ausdruck bringt. Die Forderung, die Schulen auf die Schultern der Landkreise abzuschieben, sei zur

Zeit nicht zu erfüllen.

Ministerialrat Dr. Hornstein meinte, der Antrag der Stadt Füssen gehe von sinanziellen Erwägungen aus. Die Annahme des Antrags würde unübersehvare Folgen herausbeschwören, denn die vielen bereits abgelehnten Fälle würden sofort wieder aufgegriffen werden. Die Schwierigkeiten für den Schuldesuch auf dem Lande sind bekannt und werden auf verschiedenste Weise behoben.

Gegen die Verstaatlichung der Schule in Füssen bestehen insosern prinzipielle Bedenken, als das Ministerium nicht weiß, ob es in absehbarer Zeit die eigenen Schulen noch aufrechterhalten kann. Das Finanzministerium hat einen 25prozentigen Abbau der Lehrkräfte angekündigt. Das läßt die Frage auftauchen, was mit

den Schulen geschehen soll.

Ministerialdirigent Dr. K in gelmann stellte sest, daß die Vorstellungen der Stadt Füssenbem Ministerium noch nicht zugegangen sind. Das Ministerium könne deshalb keine Stellung nehmen. Es handelte sich aber um eine grundsätliche Frage. Der Staat habe 1923 wohl die Oberrealschulen der Kreisverbände übernommen, konnte sich aber nicht dazu entschließen, die städtischen Keals und Oberrealschulen zu übernehmen. Der Finanzausgleich zwischen Staat, Kommunalbehörden und Gemeinden ist auf dieser Verteilung der Schulslasten aufgebaut. Wird die eine oder andere Stadt das von herausgenommen, so gerät das ohnehin auf

(Mth.

(Baumeister [CSU])

schwachen Füßen stehende Gebäude des Finanzausgleichs derart ins Wanken, daß diese Angelegenheit jeht unmittelbar vor der Währungsumstellung nicht mehr in Ordnung gebracht werden kann. Für die Gemeinden, die durch ihre Lasten erdrückt werden, gibt es den Weg der Bedarfszuweisungen, sür den Millionenbeträge bereitgestellt sind. Es ist unmöglich, vor einer Neuregelung des Lastenausgleichs, das heißt der Entscheidung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Schulwesens zwischen Staat, Kommunalverbänden und Gemeinden, eine einzelne Stadt auszumehmen und ihre Schule zu verstaatlichen. Ein solches Vorgehen würde zur Folge haben, daß sosort alle anderen Städte solgen würden.

Staatsminister Dr. Hundhammer führte zu der Schule in Hohenschwangau aus, daß es sich dort zunächst darum gehandelt habe, eine höhere Schule mit Internat für solche Flüchtlingskinder zu schaffen, deren Elbern auf dem Lande zerstreut wohnen.

Präsident: Sprechen Sie, bitte, etwas lauter, Herr Abgeordneter!

Baumeister (CSU) [Berichterstatter]: Der zweite Grundgedanke war, das Abertinum, das früher in München seinen Sitz hatte und dessen Gebäude zer=

stört sind, dort hinaus zu verlagern.

Angesichts der Bedenken, die geltend gemacht worben sind, empfahl Staatsminister Dr. Hundhammer die Ablehnung des Antrags, nachdem er sich gezwungen gesehen habe, eine ganze Reihe solcher Anträge abzulehnen. Werde jett ein Präzedenzfall geschaffen, so würden sosort alle anderen Fälle wieder aufgegriffen werden. Falls das Problem grundsätlich aufgerollt werden soll, wäre es das Beste, dies bei den Beratungen des Haushalts zu tun.

Abgeordneter Stock fragte an, ob es nicht möglich sei, die Schulen in Hohenschwangau und Füssen miteinander zu verbinden, nachdem die beiden Orte nicht weit auseinander liegen. Mit der Errichtung der Schule in Hohenschwangau bereite der Staat der Stadt Füssen eine Konkurrenz.

Der Berichterstatter wies demgegenüber darauf hin, daß in Hohenschwangau nur eine Ausweichschule entstehen soll, die das Albertinum, Flüchtlingsschüler und ebentuell Schüler aus Würzburg in einem Internat aufnehmen soll.

Abgeordneter Stock befürchtete, die Stadt Füssen sei nicht mehr in der Lage, die Anstalt sinanziell aufrechtzuerhalten. Die dort befindlichen Lehrer seien sicher in einer Pensionskasse und da müsse es doch gleich sein, ob die Stadt oder der Staat die Lasten trage.

Der Berichterstatter teilte mit, ihm sei bei Vershandlungen mit dem Staatsminister und einem Reserenten im Kultusministerium gesagt worden, daß man unter Umständen eine Vorschrift erlassen wolle, wonach die Schule nur bestimmten Kreisen zugänglich gemacht wird. Damit solle der Gesahr vorgebeugt werden, daß das Sinzugsgebiet der Stadt Füssen zu stark einsgeengt wird.

Staatsminister Dr. Hundhammer machte darauf aufmerksam, der Bertreter des Finanzministeriums habe bei der Frage der Versorgung der ausscheidenden Lehrkräfte betont, daß die Bedarsszuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs den Städten eine Hilfe geben können. Diese Möglickkeiten sind noch nicht voll ausgeschöpft. Die Stadt Füssen könne auf diesen Ausweg angesichts der sinanziellen Schwierigkeiten hinsgewiesen werden.

Der Berichterstatter wollte wissen, wie hoch die Summe ist, die die Stadt Filsen aus den Bedarfszuweisungen erhalten kann. Ministerialdirigent Dr. Ningelmann erwiderte, daß dies für jede Stadt verschieden sei.

Nach dreistündiger Überprüfung faßte der Ausschuß einstimmig den Beschluß, den Antrag der Freien Demokratischen Partei abzulehnen.

Präsident: Zum Wort hat sich der Abgeordnete Dr. Stang gemeldet.

Dr. Stang (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden mir gestatten, daß ich durch zwei dis drei Sätze Ihre Verhandlungen aushalte. Ich möchte als Stimmkreisabgeordneter von Füssen und Markt Oberdorf nur meine Visitenkarte zu dieser Angelegenheit abgeben.

Ich habe bereits in den Verhandlungen des Hallsausschusses eingehend darüber gesprochen, daß es an sich nicht underechtigt ist, wenn die Stadt Füssen den Wunsch erhebt, daß ihre städtische Obenschule verstaatlicht wird. Die Stadt Füssen kann nämlich auf eine 25jährige Entwicklung dieser Schule und auch darauf hinweisen, daß die Besürchtungen sich nicht verwirklicht haben, die damals bei der Ablehnung des Gesuchs, das vor etwa 15 bis 20 Jahren schon einmal gestellt worden war, maßgebend waren; damals erklärte der Ministerialvertreter, die Frequenz dieser Anstalt seinicht gesichert. Tatsache ist, daß die Frequenz dieser Anstalt heute 400 Schüler beträgt und daß sie trotz der Anwendung strenger Maßstäbe erreicht und aufrechterhalten wurde.

Aber trozdem habe ich selbst als Berichterstatter in Anerkennung der ausschlaggebenden Gründe, die der Vertreter des Finanzministeriums und auch der des Kultusministeriums dargelegt hat, für die Abstehnung dieses Antrags gestimmt. Ich habe dies mit Kücksicht darauf getan, daß dann eine ganze Keihe anderer Städte kommen und die gleichen Forderungen erheben würden; auch ist dabei nun ein Weg gezeigt worden, auf dem die Stadt Füssen im Fall einer allzu starken Beanspruchung städtischer Mittel eine Silse ersahren könnte, nämlich der Weg über die Bedarfszuweisung. So habe ich um so eher die Ablehnung des Demokratischen Antrags beantragen können.

Aber ich darf hier noch einen Wunsch aussprechen, der sich an den Herrn Kultusminister richtet. Ich bitte zu überlegen, ob nicht bei der Einrichtung der neuen Schule in Hohenschwangan der realistische Zweig etwa in die Oberschule von Füssen hinübergelegt werden könnte; denn die Entfernung zwischen Hohenschwangan und Füssen kann mit dem Autobus in acht Minuten zurüchgelegt werden.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Antrag des Ausschusses auf Beilage 426 lautet, den Antrag auf Beilage 260:

(Brafident)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Städtische Oberrealschule Füssen (Allgäu) wird vom Staat übernommen abzulehnen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erstellen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist, wie ich sehe, einstimmig so beschlossen.

(Protestierende Zurufe.)

— Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist dem Antrag des Ausschusses gegen fünf Stimmen zugestimmt worden.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tages= ordnung:

Biffer 5c:

Mündlicher Bericht bes Ausschusses für ben Staatshaushalt zu bem Antrag ber Abgeordeneten Dr. Stang und Genossen betreffend übertragung der Pflege ber Straßen II. Ordnung an die Landkreise (Beilage 427).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Sühler; ich erteile ihm das Wort.

Ich darf bemerken, daß die Herren Berichterstatter sich etwas kürzer fassen können. Es ist notwendig, daß der Berichterstatter den Bericht vorher daraushin durchstudiert, welches die wesentlichen Punkte sind.

(Sehr richtig!)

Er hat diese wesentlichen Punkte dann dem Hause mitzuteilen. Wer nähere Auskünfte haben will, kann ja das Protokoll einsehen.

Sühler (CSU) [Berichterstatter]: Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat sich in seiner Sitzung vom 19. Juni 1947 mit dem Antrag Stang und Genossen betressend übertragung der Pflege der Straßen zweiter Ordnung an die Landkreise befaßt.

Der Berichterstatter erblickte in dem Antrag die Wiederherstellung des strüheren Rechtszustandes. Die Bezirke hatten ehebem die Verpflichtung der Aufsicht und Unterhaltung der sogenannten Bezirksstraßen, der jezigen Landstraßen zweiter Ordnung. Im Laufe der letzten Jahre sei diese Verpflichtung den Straßen= und Flußbauämtern übertragen worden, wobei die Landstreise nach wie vor die Kosten zu tragen hatten.

Der Mitberichterstatter erhoffte sich von der Verantwortung des Landrats für die Straßenunterhaltung eine bessere Pflege der augenblicklich durch den Mangel an Straßenwärtern außerordentlich vernachlässigten Straßen und stimmte baher dem Antrag zu.

Der Vorsitzende eals Antragsteller bezeichnete es als einen merkwürdigen Zustand, daß die Landstreise wohl für die Kosten aufzukommen, aber hinsichtslich der Unterhaltungsmaßnahmen nichts zu sagen haben. Man habe manchmal das Empfinden, als wenn die Straßen zweiter Ordnung von den Straßen- und Flußbauämtern wirklich als Straßen zweiter Ordnung behandelt würden.

(Sehr richtig!)

Es gehöre zu den Selbswerwaltungsausgaben der Areise, auf diesem Gebiet von sich aus die Masnahmen durchzusühren, für die sie aufzukommen haben.

Dr. Sch wal ber befprach eingehend die Rechtslage. Der stellvertretende Ministerpräsident habe ihm in einem Streit mit dem Straßen- und Flußbauamt beigepflichtet, daß es sich in dieser Sache nicht um eine reine Verwaltungs-, sondern um eine grundsätliche politische Angelegenheit handle. Seit nahezu hundert Jahren seien die Bezirksstraßen von den Bezirken beziehungsweise Distrikten verwaltet worden und erst ein Geset vom 26. März 1934 habe die zentralistischen Bestrebungen des Dritten Keiches auch auf die Verwaltung der Straßen ausgedehnt. Er machte dann eingehende Aussührungen über die Entstehung der gegenwärtigen Kechtslage.

Staatssekretär Fischer wies darauf hin, daß die Militärregierung hier das entscheidende Wort zu sprechen hat. Er machte auf die Vorschriften der Militärregierung für die Unterhaltung der Straßen in der US-Zone unter dem Titel 14, Verkehrswesen, aufmerkam. Diese Verordnung der Militärregierung sieht insbesondere vor:

Der Ministerpräsident eines jeden Landes ist unmittelbar verantwortlich für den Bau und die Unterhaltung von Straßen und Brücken, soweit sie für den Bedarf der Besatungsmächte und der lebenswichtigen deutschen Wirtschaft erforderlich sind.

Eine weitere Bestimmung lautet:

Deutsche Behörden für den Bau und die Instandsetzung von Straßen und Brücken:

- a) Land: In jedem Land besteht eine Dienstsstelle für den Bau und die Instandhaltung von Straßen und Brücken, die dem Ministerspräsidenten in jeder Hinsicht verantwortlich ist für die richtige Planung, Aussührung und übenvachung aller Baus und Instandhaltungsarbeiten am Straßen und Brücken innerhalb des Landes.
- b) Regierungsbezirk: In jedem Regierungsbezirk besteht eine Dienststelle für den Bau und die Instandhaltung von Straßen und Brücken, die der unter a) genannten Dienststelle des Landes in jeder Hinsicht verantwortlich ist für die richtige Planung, Ausführung und Überwachung aller Bau- und Instandhaltungsarbeiten an Straßen und Brücken innerhalb des Regierungsbezirkes.

Es ist also in dieser Verordnung der Militärregierung nichts davon gesagt, daß die Landräte bzw. die Landkreise die Aussicht und die Instandhaltung ihrer Straßen zu bestimmen hätten.

Der Beschluß des Ausschusses lautete auf Zustimmung zu dem Antrag in der abgeänderten Fassung, wie sie auf Beilage 427 abgedruckt ist. Er ersolgte mit allen gegen zwei Stimmen.

Ich empfehle dem hohen Haus, dem Ausschußbeschluß beizutreten. **Präsident:** Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich nehme die Zustimmung des Hauses zu dem auf Beilage 427 abgebruckten Ausschußbeschluß an. — Widerspruch erfolgt nicht; ich stelle das sest.

Nun fragt es sich, ob die Beratungen jett absgebrochen werden sollen, damit die Mitglieder des Hauses noch mit den letzten Straßenbahnen nach Hause kommen können.

(Zustimmende Zurufe.)

— Es scheint das der Wille des Hauses zu sein. Ich breche also hiermit die Beratungen ab.

Die Tagesordnung für die morgige Situng habe ich bereits bekanntgegeben; im übrigen liegen die alten Tagesordnungen, soweit sie noch zu erledigen sind, vor.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 21 Uhr 43 Minuten.)